

# DISS

Journal

- ▶ DISScourse
- ▶ DISSagree
- ▶ DISSorder

#40  
Nov 2020



DIE INSTRUMENTALISIERUNG DER  
COVID-19-PANDEMIE VON RECHTS

VERSCHWÖRUNGSMYTHEN UND FEIND-  
BILDER WÄHREND DER CORONA-KRISE

VON DER DISKURSPIRATERIE ZUM  
'REAKTIONÄREN WERKZEUGKASTEN'

CORONA-SOLUTIONISMUS

ZUM TODE UNSERES FREUNDES  
SIEGFRIED JÄGER

### IMPRESSUM

DISS-Journal  
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-  
und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15, 47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249  
Fax: 0203/287881  
info@diss-duisburg.de  
www.diss-duisburg.de  
Blog: www.disskursiv.de

### REDAKTION

Helmut Kellershohn  
Jobst Paul  
Wolfgang Kastrup  
Benno Nothardt  
Guido Arnold

### LAYOUT

Guido Arnold

Schutzgebühr: 4 EUR  
kostenfrei für Mitglieder des  
DISS-Förderkreises

### INHALT

3	„... ALS OB EIN DIKTATOR DIE BÜHNE RÄUMT ...“	32	„DIE CORONA - GESELLSCHAFT“
4	ZUM TODE UNSERES FREUNDES SIEGFRIED JÄGER (1937-2020)	36	SOLIDARISCHER PATRIOTISMUS VS. AUTORITÄRER LIBERALISMUS
5	GEGEN DEN STRICH	41	KLASSE UND KLASSENKAMPF – LÄNGST ÜBERHOLTE BEGRIFFE?
6	AUS DEM INSTITUT	45	LÜTTEN KLEIN
8	VON DER DISKURSPIRATERIE ZUM 'REAKTIONÄREN WERKZEUGKASTEN'	46	EINE MORALPHILOSOPHISCHE NS-ANALYSE AUF ABWEGEN
11	CORONA-SOLUTIONISMUS	48	NEUER FASCHISMUS? DER AUFSTIEG DER RECHTEN IN ITALIEN
15	VERSCHWÖRUNGSMYTHEN UND FEINDBILDER IM COMPACT MAGAZIN WÄHREND DER CORONA-KRISE	51	„NICHTS IST, WIE ES SCHEINT. ÜBER VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN“
18	DIE INSTRUMENTALISIERUNG DER COVID-19-PANDEMIE VON RECHTS	55	NEUERSCHEINUNG IN DER EDITION DISS: ENTFREMUNG – IDENTITÄT – UTOPIE
22	DIE SCHAFFUNG DER TÜRKISCHEN NATION DURCH DISKURSIVE EXKLUSION UND PHYSISCHE VERNICHTUNG	56	„VULVA-TAPETE“ LINOLSCHNITT (2020)
24	OTHERING UND WEIBLICHE GENITALVERSTÜMMELUNGEN		
28	ZWISCHEN NATURFETISCHISMUS UND ÖKONOMISCHEM KONFORMISMUS		

### VORWORT

Das vorliegende DISS-Journal beginnt mit einer traurigen Nachricht, die vielen schon bekannt sein dürfte. Der Spiritus Rector unseres Instituts, Siegfried Jäger, ist am 16. August verstorben. In ihrem Nachruf, den wir hier abdrucken, schreiben Freund\_innen und Schüler\_innen: „Die grundsätzliche Veränderung der Verhältnisse, die radikale Herrschaftskritik war das, was Sigi immer Orientierung war.“ Das sollte uns Verpflichtung sein: Weitermachen!

Das neue Heft thematisiert erneut – wie das vorige – die „Corona-Krise“. Wenn man zynisch wäre, würde man sagen: ein Glück, dass es sie gibt. Nicht wenige Wahlbeobachter\_innen in den USA führen die Niederlage Trumps, die dieser standhaft leugnet, auf das Versagen seiner Regierungsarbeit in diesem Jahr zurück. Sie hat allerdings etwas sichtbar gemacht, wie *Jobst Paul* in seinem Beitrag schreibt, nämlich „das Ausmaß der sozialen Katastrophe vor allem der sogenannten ‚Minderheiten‘ [...], aber auch, wie das schmutzige Handwerk von *white supremacy* damit zusammenhängt. Denn durch den Aufbruch dieser ‚Minderheiten‘ kommt das Tabuisierte nun zur Sprache – ganz ähnlich wie zuvor in der MeToo-Bewegung“. *Jobst Paul* nimmt das zum Anlass, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie man den diskursiven „Werkzeugkasten des Reaktionären“ – auch unabhängig vom US-amerikanischen Kontext – analysieren könnte.

In der alltäglichen Forschungspraxis des DISS spielt die Beobachtung und Analyse reaktionärer Ideologien seit Jahr und Tag eine zentrale Rolle. Dem sind zwei Beiträge gewidmet, die die Bearbeitung der „Corona-Krise“ von Seiten extrem rechter Medien in Deutschland untersuchen (Compact Magazin, Junge Freiheit). Mit Blick auf die Demonstrationen der sogenannten „Querdenker“ einerseits, die Schwächephase der AfD andererseits sind die Argumentationsmuster von Interesse, mit denen von rechts versucht wird, Einfluss auf diese Bewegung zu gewinnen bzw. das Wähler\_innen-Reservoir der AfD zu stabilisieren und zu erweitern. →

Gegen Verschwörungsmymen, wie sie etwa durch das Compact Magazin verbreitet werden, zu argumentieren, ist notwendig, enthebt aber nicht der Aufgabe, staatliche Maßnahmen kritisch zu hinterfragen, die zu einer möglichen Implementation einer technokratisch angelegten „umfassenden Kontrollstruktur über die Corona-Krise hinaus“ führen könnte. *Guido Arnold* geht dem in seinem zweiten Beitrag zum „Corona-Solutionismus“ (vgl. DISS-Journal 39) aus der Perspektive eines „linken Skeptizismus“ nach.

Was gibt es sonst noch im neuen DISS-Journal zu lesen (neben den immer anregenden Rezensionen). *Tom Thümmeler* beschäftigt sich mit der rechtsökologischen Zeitschrift „Die Kehre“. *Helmut Kellershohn* analysiert zwei markante Bücher, die die Spannweite sozialpolitischer Konzepte in der Neuen Rechten widerspiegeln. *Wolfgang Kastrup* wendet sich der neueren Debatte über „Klasse und Klassenkampf“ zu. *Ismail Küpeli* kritisiert den offiziellen türkischen Nationalismus und *Lea Kristin*

*Kleinsorg* zeigt in einem aufschlussreichen Artikel Zusammenhänge zwischen britischem Kolonialismus und der Praxis der weiblichen Genitalverstümmelung in Kenia auf. Mit dem Artikel weisen wir zugleich voraus auf den UN-International Day of Zero Tolerance for Female Genital Mutilation am 6. Februar 2021. (Vgl. Resolution adopted by the General Assembly on 20 December 2012, [https://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=A/RES/67/146](https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/67/146)). In diesem Zusammenhang bitten wir auch um Aufmerksamkeit für die letzte Seite unseres Journals: Statt der gewohnten ‚Fundstelle‘ findet sich dort eine künstlerische Stellungnahme der Künstlerin Anna Lisa Kleinsorg zum Thema.

Abschließend: Wir bedanken uns bei Jürgen Link, dass er uns seinen Nachruf auf Siegfried Jäger aus der *kultuRRevolution* zur Verfügung gestellt hat.

*Helmut Kellershohn*

## „... als ob ein Diktator die Bühne räumt ...“

Ausgelassene Straßenfeste überall in den USA stehen für die Erleichterung über das Ende der Trump-Ära, dieser quälenden Zeit aus Zerstörung, Lügen, Nepotismus und dreistem Egoismus. Ein Beobachter sprach – nun schon im Rückblick – gar von einer Nahtod-Erfahrung. Eine unbeschreibliche psychische und politische Last ist abgefallen, als habe – wie ein Beobachter es formuliert – ein Diktator die Bühne geräumt.

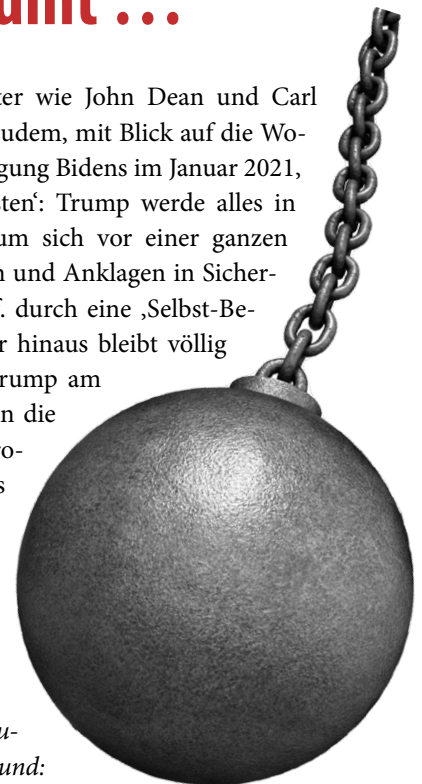
Da verblassen vorerst all die Aufgaben des neuen Tandems Biden/Harris, sich an den außen- und innenpolitischen Trümmern abzarbeiten. Auch spricht vieles dafür, dass die maßgeblichen Machtzentren der republikanischen Partei auch nach Trump am Trumpismus festhalten werden – die von Biden in seiner ersten programmatischen Rede anvisierte, große Kooperation wird es wohl nicht geben: 70 Millionen Amerikaner haben sich für Trump entschieden: Die US-Wahlforschung hatte nach 2016 nun noch einmal und nun noch massiver die Realität des Landes in unverantwortlicher Weise verfehlt<sup>1</sup>. Vor allem das ländliche Amerika hat weiterhin rechts gewählt, und selbst Teile des gebildeten Mittelstands hielten sich buchstäblich die Nase zu und wählten Trumps Republikaner<sup>2</sup> bzw. erneut eine ganze Reihe der Trump-Ergebnisse in die beiden Häuser des Kongresses.

1 Bokat-Lindell, Spencer 2020: 2016 Dealt a Blow to Polling. Did 2020 Kill It? So far, the numbers seem even more off than last time. In: New York Times vom 5. November 2020 [[https://www.nytimes.com/2020/11/05/opinion/election-polls-wrong.html?surface=most-popular&fallback=false&req\\_id=499763150&algo=bandit-all-surfaces&imp\\_id=554114785](https://www.nytimes.com/2020/11/05/opinion/election-polls-wrong.html?surface=most-popular&fallback=false&req_id=499763150&algo=bandit-all-surfaces&imp_id=554114785)].

2 Lindstrom, Natasha 2020: ‘Hold your nose’ voters could tip 2020 election as Biden struggles with enthusiasm. In: Trib Total Media vom 11. Oktober 2020 [<https://triblive.com/local/regional/hold-your-nose-voters-could-tip-2020-election-as-biden-struggles-with-enthusiasm/>].

Erfahrene Beobachter wie John Dean und Carl Bernstein warnten zudem, mit Blick auf die Wochen bis zur Vereidigung Bidens im Januar 2021, vor ‚dem Schlimmsten‘: Trump werde alles in Bewegung setzen, um sich vor einer ganzen Reihe von Prozessen und Anklagen in Sicherheit zu bringen, ggf. durch eine ‚Selbst-Begnadigung‘. Darüber hinaus bleibt völlig offen, ob die von Trump am 9. November 2020 in die Wege geleitete Prozesswelle gegen das Wahlergebnis nicht doch entscheidende Früchte tragen wird. – It’s not over, yet.

Unter dem Titel *Zurück vom Abgrund: Frauen, Neuwähler und die ‚Minderheiten‘ wählen Trump ab, aber die Rechte wird bestätigt* veröffentlichen wir im Dezember 2020 ein DISS-Journal-Sonderheft. Jobst Paul dokumentiert darin den Gang der Dinge in den Wochen vor und den Tagen nach der US-Präsidentschaftswahl.





## Zum Tode unseres Freundes Siegfried Jäger (1937-2020)



Im Artikel »Hugo Moser« der Wikipedia wird Siegfried Jäger unter die »Schüler« des berühmten Germanisten eingereiht. Tatsächlich war er dessen Mitarbeiter und Doktorand und beteiligte sich unter dessen Leitung am Aufbau des mehr als berühmten Mannheimer Instituts für deutsche Sprache IDS (heute Leibniz-Institut für deutsche Sprache). Was in Wikipedia fehlt: Sigi Jäger war nicht nur Schüler, sondern mehr noch Apostat von Hugo Moser. Er gehörte zu den deutschen Intellektuellen, die die 68er Kulturrevolution entscheidend mit geprägt haben, die aber die vor-68er GeistesTypologie, in diesem Fall die alte germanistische nationale »Sprachpflege«, von der Pike auf gelernt hatten (einschließlich der GeistesTypologischen Mediävistik, in der Sigi promovierte, und einschließlich der GeistesTypologischen Dialektologie). Heute forscht das IDS auch soziologisch und »pragmatisch«, aber all das musste erst erkämpft werden. Es brauchte sozusagen erst ein (von Sigi gegründetes) DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung), um auch das IDS auf solidere wissenschaftliche Gleise zu lenken. Man kann die 68er Kulturrevolution in den »Geistes«-Wissenschaften pauschal als Soziologisierung auffassen – jedoch als radikale und daher an den von Marx angestoßenen Fragestellungen orientierte, womit zur Soziologisierung eine Politisierung hinzukam. Für die Sprachwissenschaft allerdings findet sich bei Marx außer einigen Geistesblitzen über die »Sprache des wirklichen Lebens« wenig. (Bekanntlich versuchte der alte Stalin sich darin, die Lücke zu füllen.) Wenn man die Sprache soziologisch betrachtet, erscheint sie zum einen (mikrologisch) als »Handlung«, was dann in der

Pragmatik ausbuchstabiert wurde und in der »Transkriptionslinguistik« landete (Karikatur: Zählen der »Turns«). Zum anderen erscheint sie (makrologisch) als Raum eines systemisch begrenzten Wissens mit Machteffekt. Beides wurde und wird als »Diskursanalyse« bezeichnet mit den bekannten Verwirrungen. Sigi hat in seinem Beitrag »Von der Ideologiekritik zu Foucault und Derrida« (2008; in: *Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse?*, bes. S. 19) seinen Erkenntnisprozess skizziert: sozusagen von »Frankfurt« nach »Paris«. Auf diesem Weg lag als wichtiger Durchgangspunkt auch der sowjetische Sprachhandlungstheoretiker Leontjew.

Entscheidend dabei ist (und das sollte der meines Erachtens eigentlich redundante Begriff »kritisch« wie eine Fahne unübersehbar machen), dass sich dieser exemplarische Erkenntnisprozess stets »in Tateinheit« mit politischen Interventionen entwickelte und nur so entwickeln konnte. Ich selbst bin mit Sigi, Margret und mehreren späteren »DISS-Leuten« über die gewerkschaftlich-oppositionelle Ruhrgebietszeitschrift REVIER bekannt geworden, die bezeichnenderweise auf Wikipedia fehlt. Ohne REVIER lässt sich die Geschichte der Kämpfe der alten Ruhrarbeiterschaft innerhalb der Stahlkrise nicht schreiben (dazu das Kapitel in *Bangemachen gilt nicht auf der Suche nach der Roten Ruhr-Armee*, das ich Sigi gewidmet habe). Tatsächlich betrieben die Streikenden gegenüber dem Blabla der Politiker und Gewerkschaftsführer eine praktische Diskurskritik (»Der Kompromiss/ Ist ein Beschiss/ Auch wenn er vom Minister iss«). Ein direkter Weg führt von dort zu den *BrandSätzen*, dieser exemplarischen Analyse des alltäglichen neorassistischen Diskurses, längst bevor seine erfolgreiche politische Resonanz in der »Mitte« eine eigene Partei »am Rand« gebar.

Die *BrandSätze* stellen nur einen Buchrücken inmitten der weißen Fülle mehrerer Regalbretter von DISS-Publikationen, zu denen später noch das *DISSjournal* hinzukam. Daraus bedient sich, wer sie zitiert und wer nicht. Achtundsechzig soll wenig Positives erreicht haben? – Seit den frühen Achtziger Jahren arbeiten DISS und *kultuRRévolution* zusammen, und zwar solidarisch-arbeitsteilig. Das ist eine ganz seltene Errungenschaft jenseits aller Ironie dieses Begriffs, und ich werde Sigi dafür stets dankbar bleiben. Der heimliche Konkurrenzkampf der Intellektuellen um ihr stirnersches »Eigentum«, ihr symbolisches Kapital nach Bourdieu, gehört zu den Tabus des kulturellen Diskurses. Ich bin überzeugt, dass dieser verschwiegene Kampf gerade auch unter oppositionellen Intellektuellen, gerade auch 68ern, zu den wichtigsten Ursachen des (global betrachtet) Scheiterns von 68 gezählt werden muss. Konkurrenzfreie Zonen lassen den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess frei atmen: Sigi Jäger hat eine solche Zone geschaffen. Dass sich junge Wissenschaftlerinnen darin wohlfühlen, zeigt die Fülle der Namen auf den Buchrücken und im Inneren der Bücher. Wenn eine Spezialität des DISS hervorgehoben werden



soll, dann sicher die kritische Rekonstruktion des alt- und neu-deutschen Rassismus (einschließlich Antisemitismus) und Faschismus. Wer die AfD und ihre Erfolge, wie vor allem auch ihre prognostischen Kapazitäten, begreifen will: diskursanalytisch, historisch und einfach auch archivalisch, kann sich beim DISS umfassend bedienen – nach Möglichkeit auch mit dem Hinweis, woher seine Weisheit stammt.

Basis und Synthese seiner Arbeit ist Siegfried Jägers Einführung in die *Kritische Diskursanalyse* mit ihren mehreren Auflagen und Erweiterungen. Darin ist komplexe Theorie mit

einer Art Nürnberger Trichter für die praktische Anwendung verbunden, was Hunderte junger Forscherinnen dankbar aufgegriffen haben. Ein Grundbegriff ist der »Diskursstrang«: Sigi hat einen mächtigen Diskursstrang auf die Beine gestellt, der sich längst selbständig gemacht hat und der sich hinfort ohne ihn und doch mit ihm weiter entwickelt.

**Der Literatur-, Kultur- und Diskurswissenschaftler Jürgen Link stand seit vielen Jahren in freundschaftlichem Austausch mit Siegfried Jäger. Er hat ihn zur Foucault-Lektüre angeregt und damit die Konzeption der Kritischen Diskursanalyse (KDA) in vielfältiger Weise inspiriert und intellektuell bereichert.**

## Gegen den Strich

### DER DUISBURGER DISKURSANALYTIKER SIEGFRIED JÄGER IST IM ALTER VON 83 JAHREN GESTORBEN

*Von Regina Wamper, Sebastian Friedrich,  
Sara Madjlessi-Roudi und Jens Zimmermann*

Eigentlich wird im Besprechungsraum des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung nicht geraucht. Doch das scherte Siegfried Jäger, den wir alle nur Sigi nannten, wenig. Auch ohne die Autorität des Institutsgründers hätte er sich während der Diskussion genüsslich eine Zigarette angezündet. Als er mal aufgefordert wurde, doch bitte die Kippe auszumachen, fluchte er, argumentierte eloquent mit Foucaults Bio-Politik und zog ein weiteres Mal demonstrativ an seiner Zigarette.

Vom französischen Philosophen Michel Foucault, der Sigi wie kein zweiter geprägt hatte, gibt es eine interessante Passage zur Herrschaft im Kapitalismus: »Die Bourgeoisie ist intelligent, scharfsichtig und berechnend. Keine Herrschaftsform war jemals so fruchtbar und damit so gefährlich, so tief eingewurzelt wie die ihrige. Wenn man ihr laute Anklagen entgegenschleudert, wird sie nicht umfallen; sie wird nicht verlöschen wie eine Kerze, die man ausbläst.« Das wusste Sigi nur allzu gut, forschte und publizierte er mit dem DISS hauptsächlich zu den Themen extreme Rechte, Rassismus, Nationalismus, Neoliberalismus, Militarismus und Biopolitik; zu Themen also, die im Laufe seines wissenschaftlichen und politischen Lebens nicht gerade an Relevanz verloren haben – im Gegenteil.

Sigi war seit 1972 Professor für Sprachwissenschaft an der Universität Duisburg. Bis in die 1970er noch stark vom Marxismus geprägt, widmete er sich ab den 1980er Jahren dann vor allem Foucault. 1987 gründete er mit seiner Frau Margarete Jäger und anderen das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Ein linkes, undogmatisches, unabhängiges Institut. Zentrales Motto: Wissenschaft gegen den Strich. In diesem Sinne wurde dort, federführend von Sigi, die Kritische Diskursanalyse (KDA) entwickelt.

#### IN DIE GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE INTERVENIEREN

Auch durch den Austausch mit seinem Umfeld und seinen Studierenden beschäftigte er sich seit den 1980er Jahren mit der Neuen Rechten. Zentral war dabei, völkisches Denken nicht als etwas zu verstehen, das lediglich exklusiv für einige wenige Splittergruppen ist. Gerade weil der völkische Nationalismus in der »Mitte der Gesellschaft« verankert ist, geht von ihm eine gesamtgesellschaftliche Gefahr aus.

Ähnliches gilt für ein weiteres für Sigi wichtiges Thema: In den frühen 1990er Jahren, in der Zeit der Pogrome und Morde gegen Migrant\*innen, Geflüchtete und neuerlich erstarkender rassistischer und nationalistischer Diskurse wandte er sich der Analyse des alltäglichen und institutionalisierten Rassismus zu, in einer Zeit wohl gemerkt, in der ein Großteil der Meinungsmacher\*innen noch immer davon ausging, Rassismus à la »Ausländer-« oder »Fremdenfeindlichkeit« seien mit dem Ende des NS von der Bildfläche verschwunden. Mit den Publikationen wie »BrandSätze« intervenierte das DISS in die Erzählung, Rassismus könne wirksam durch eine Beschneidung des Asylrechtes begegnet werden. Dabei hob das Institut die Mitverantwortung von Medien und Politik an den Angriffen hervor.

Für Sigi war immer klar: Wissenschaft muss eingreifend sein. Diese Devise vertrat Sigi auch bei wissenschaftlichen Konferenzen, wo er sich dann eben von so manchen Kolleg\*innen anhören musste, das DISS betreibe eher politischen Aktivismus als objektive Wissenschaft.

Sigi wusste mit Foucault, dass Wissensproduktion immer auch Wahrheitsproduktion ist. Wer anderes behauptet, so Sigi, spielt eine machtvolle Karte aus, macht sich und die wissenschaftlichen Wahrheiten unangreifbar. Und diese akademische Unangreifbarkeit, also Wissenschaft, die Konsens erzeugt, war Sigi



zutiefst suspekt. So verachtete er die »akademischen Esel, ihre Dumpfheit und Kurzsichtigkeit, die Wissens- und Kritikfeindlichkeit der heutigen Universität insgesamt«, wie er 2007 in einem Nachruf auf Alfred Schobert schrieb.

Dass die Herrschaftsform nicht einfach umfallen wird, rechtfertigt eine gewisse Traurigkeit, fährt Foucault in der Passage über die bürgerliche Herrschaft des Kapitalismus fort. »Umso mehr gilt es, in dem Kampf so viel Fröhlichkeit, Helligkeit und Ausdauer wie nur möglich hineinzutragen. Wirklich traurig wäre, sich nicht zu schlagen.« Mit solcher Leidenschaft begab sich auch Sigi in Auseinandersetzungen. Wenn wir abends

nach der Diskurswerkstatt länger auf ein paar Gläser Wein zusammen saßen, fragte er meist als erstes, was es Neues aus den politischen Zusammenhängen gebe, in denen wir zu diesem Zeitpunkt jeweils unterwegs waren. Die grundsätzliche Veränderung der Verhältnisse, die radikale Herrschaftskritik war das, was Sigi immer Orientierung war. Am 16. August 2020 ist er gestorben.

*Regina Wamper, Sebastian Friedrich, Sara Madjlessi-Roudi und Jens Zimmermann haben mit Siegfried Jäger am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) zusammengearbeitet.*

## Aus dem Institut

### WORKSHOPS

Dieses Jahr haben wir vier zweitägige *Workshops zur Einführung in die Kritische Diskursanalyse* anbieten können. Gerade jetzt in Zeiten von Kontaktarmut ist der wissenschaftliche und politische Austausch für Teilnehmer\*innen und Moderator\*innen besonders bereichernd, auch wenn die Gruppen wegen Corona kleiner sein müssen.

Außerdem förderte die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* die Konzeption von drei *Workshops zum Fluchtdiskurs in deutschen Medien* für Lehrer\*innen, Journalist\*innen und Student\*innen. In diesem Zusammenhang erforschte außerdem ein Team aus Praktikant\*innen den aktuellen Fluchtdiskurs im Juni & Juli 2019, als die Sea-Watch 3 unter Carola Rackete trotz Verbotes in Lampedusa anlegte. Wir hoffen die Studie im kommenden Jahr veröffentlichen zu können. Siehe auch: Fabian Marx im DISS-Journal Nr. 39.

Für Kurzsenschlossene: Workshop „Fluchtdiskurs in deutschen Medien für Student\*innen und andere Interessierte“, Freitag, **04.12.2020**, dank RLS kostenlos. Infos und Anmeldung: [www.diss-duisburg.de](http://www.diss-duisburg.de).



### DISKURSWERKSTATT

Die Diskurswerkstatt verfolgt derzeit ebenfalls den Fluchtdiskurs und einzelne Aspekte des Corona-Dispositivs. Außerdem lesen wir theoretische Texte und diskutieren laufende Forschungsarbeiten. Im Sommer tagten wir coronasicher im idyllischen DISS-Garten, im Winter müssen wir die Teilnehmer\*innenzahl begrenzen. Interessent\*innen finden die aktuellen Termine auf [www.diss-duisburg.de/diskurswerkstatt](http://www.diss-duisburg.de/diskurswerkstatt).

### DISS-KOLLOQUIUM 2020 +++ VERTAGT AUF JUNI 2021 +++

#### „DIE CORONA-KRISE – DER WEG IN EINE NEUE NORMALITÄT?“

*Samstag, den 19.06.2021 von 10:00 – 17:00 Uhr*  
*Jugendherberge Duisburg Sportpark*  
*Kruppstraße 9, 47055 Duisburg*

Die sogenannte Corona-Krise, ausgelöst durch die als Pandemie deklarierte Ausbreitung des Virus Covid-19, hat unser Leben schon jetzt nachhaltig verändert. Die Pandemie kann auch als eine Konsequenz der weltweit zunehmend kapitalistisch geprägten Produktions- und Lebensweisen betrachtet werden. So gesehen stellt sie eine logische Folge menschlichen Handelns dar und wäre eigentlich vorhersehbar gewesen. Tatsächlich aber trifft sie die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme der Welt und damit sehr viele Menschen völlig unvorbereitet.

Den zentralen Vortrag hält *Prof. Dr. Jürgen Link*. Er fragt: In welcher „neuen Normalität“ wird die „Coronakrise“ enden? Die Coronakrise ordnet Jürgen Link als Moment innerhalb der normalistischen Kultur ein und fragt danach, in welche „neue Normalität“ die Krise führen kann. Dabei stellt er fest, dass die Reflexion des Kodes „Normalität/normal“ abnimmt, je häufiger er verwendet wird. Das gelte auch für kritische Diskurse, die sich an den altbekannten „Neoliberalismus“ klammerten,

statt die „rechtsoffenen“ Demos – wie sie aktuell in Berlin z.B. zu beobachten sind – als Symptome einer heftigen Denormalisierung zu begreifen. In dem Vortrag wird es deshalb auch um die Grenzen des Normalismus und notwendige transnormalistische Fluchtlinien gehen.

Ein zweiter Vortrag wird von *Dr. Guido Arnold* gehalten. Er wird über eine Internetzuschaltung zum Thema „Corona-Solutionismus: Sinn und Unsinn von Corona-Warn-App, PCR- und Antikörpertests“ sprechen. In seinem Vortrag geht er der Frage nach, wie geeignet bzw. (absehbar) ungeeignet die Nutzung dieser drei Techniken zur Bekämpfung der Pandemie ist. Dabei verfolgt er die These, dass eine taktische Instrumentalisierung der Krise zur Durchsetzung einer umfassenden Kontrollstruktur verfolgt wird, die über die Corona-Krise hinaus in einem „neuen Normal“ weitergeführt werden soll.

Wir haben die Zahl der Referate auf zwei begrenzt, um genügend Raum für die Diskussion der Beiträge und die Einschätzungen der Anwesenden zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf politische, soziale und kulturelle Prozesse zu geben. Wir wollen darüber sprechen, welche Effekte die Krise auf Demokratie, Umweltpolitik, Migration, auf das Zusammenleben in Familien und mit Freunden, auf Bildung und Kommunikation hat.

Darüber hinaus wollen wir uns auch Zeit lassen, um an das Lebenswerk von *Prof. Dr. Siegfried Jäger* zu erinnern, der am 16.08.2020 verstorben ist. Er war nicht nur wichtiger Mitbegründer und Impulsgeber des DISS. Er rief auch die Institution des jährlichen DISS-Kolloquiums mit ins Leben und war bei jedem Kolloquium dabei, solange es sein gesundheitlicher Zustand zuließ.

*Unsere Veranstaltung muss leider Corona-bedingt auf Juni 2021 vertagt werden.* Sie wird von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)* unterstützt. Dies ermöglicht es uns, auf den sonst üblichen Tagungsbeitrag zu verzichten. Dennoch bitten wir um großzügige Spenden an das DISS, damit wir weiter erfolgreich durch die Krisenzeiten kommen. Wir danken der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die freundliche finanzielle Unterstützung und solidarische Zusammenarbeit.

Herzliche Grüße

Im Namen des gesamten DISS-Teams:

*Iris Tonks und Zakaria Rahmani*

## FORSCHUNGSPROJEKT ZUR NEUEN RECHTEN

Seit November 2020 forscht eine Gruppe von DISS-Mitarbeiter\_innen intensiv zu dem Thema „*Metapolitik und Weltanschauung. Konzepte und Debatten der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik*“. Das Projekt ist auf zwanzig Monate angelegt und wird im Rahmen des CoRE-Netzwerks („Connecting Research on Extremism in North Rhine-Westphalia“) durchgeführt. Es handelt sich um ein „wissenschaft-

liches Netzwerk, das sich mit den Bedingungen und Formen extremistischer Radikalisierung sowie wirksamen Gegenmaßnahmen beschäftigt. Im Netzwerk kommen verschiedenste Expertisen und Perspektiven konstruktiv zusammen.“ CoRE-NRW wird vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW (MKW) durch eine Koordinierungsstelle unterstützt, die beim Friedens- und Konfliktforschungsinstitut BICC in Bonn liegt.

*Kontakt: helmut.kellershohn@diss-duisburg.de*

## AUGSBURGER WISSENSCHAFTSPREIS FÜR DISS-MITARBEITERIN KATHARINA PETERS

Unsere Mitarbeiterin Katharina Peters wurde für ihre Abschlussarbeit zum Thema Antiziganismus im Tatort und politischen Talkshows im öffentlich-rechtlichen Fernsehen mit dem diesjährigen Augsburger Förderpreis für Interkulturelle Studien ausgezeichnet.

Der Preis wird jährlich von der Universität Augsburg zusammen mit der Stadt Augsburg und dem Forum Interkulturelles Leben und Lernen (FILL e.V.) verliehen. Er „zeichnet hervorragende Leistungen von Nachwuchswissenschaftler\*innen aus, deren Forschung sich mit der interkulturellen Wirklichkeit in Deutschland und den damit zusammenhängenden Fragen und Herausforderungen auseinandersetzt. Die Ausschreibung wendet sich an alle wissenschaftlichen Disziplinen und will in besonderer Weise interdisziplinär und innovativ angelegte Qualifikationsarbeiten prämiieren“ (Ausschreibung Augsburger Wissenschaftspreis).

Katharina Peters hat in ihrer Abschlussarbeit mit Instrumenten der Diskurs- und Medienanalyse untersucht, welche Bilder von ‚Sinti und Roma‘ und als solche Gelesene im deutschen Fernsehen aufgegriffen und (re)produziert werden. Im Rahmen der Analyse werden diese in ihrer Konstruiertheit entlarvt und die folgenreichen Wechselwirkungen zwischen fiktionalen Sendungen wie dem Tatort und nicht-fiktionalen Formaten wie politischen Talkshows herausgestellt. Die Arbeit schafft dadurch Raum für andere Wirklichkeitsentwürfe und will die Sensibilität für eine diskriminierungsfreie mediale Darstellung schärfen.

*Die Arbeit wird im Frühjahr 2021 in der Reihe „Edition DISS“ im UNRAST-Verlag Münster erscheinen.*

### Masterarbeit

„Die klauen doch, was sie kriegen können“ -

Mediale Inszenierungen von ‚Sinti und Roma‘ am Beispiel der Krimi-Reihe **Tatort** und Sendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens



# Von der Diskurspiraterie zum ‚reaktionären Werkzeugkasten‘

Von Jobst Paul

*Der diesjährige DISS-Tag (4. Juli 2020 u.a. mit Beiträgen von Helmut Kellershohn und Guido Arnold) war der Frage gewidmet, wie insbesondere im Kontext der Corona-Debatte rechte populistische (Verschwörungs-)Kampagnen teilweise Erfolg darin haben konnten, eine differenzierte und wohlbegründete Kritik zu übertönen, zu blockieren oder zu vereinnahmen.*

*Jobst Paul stellte dieses Phänomen in seinem Beitrag in den größeren Kontext der Frage, mit welchen gegnerischen Methoden emanzipatorische Kritik und emanzipatorische Projekte insgesamt zu rechnen haben. Er plädierte dabei dafür, diese Frage künftig als Forschungsfeld zu etablieren. Nachfolgend sein Beitrag im Wortlaut.*

Vor 10 Jahren gaben Helmut Kellershohn, Martin Dietzsch und Regina Wamper den Band *Rechte Diskurspiraterien* heraus. Der Untertitel lautete: *Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen*. Im Begleittext hieß es:

„In den letzten Jahren ist ein verstärktes Bemühen auf Seiten der extremen Rechten zu beobachten, Themen, politische Strategien, Aktionsformen und ästhetische Ausdrucksmittel linker Bewegungen zu adaptieren und für ihren Kampf um die kulturelle Hegemonie zu nutzen. ... Solche Phänomene sind keineswegs neu. Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten.“

Und 2017 erschien dann der Band: *Autoritäre Zuspitzung - Rechtsruck in Europa*, in dem wir kleinlaut zugaben, dass die europäische Linke neoliberal nach rechts abgefahren war und so die Rech-

te, die wir zwischenzeitlich populistisch nannten, in die vakanten Räume vordringen konnte.

Das von rechts gekaperte Raubgut, ob Heavy Metal oder Rap, ist dort längst zuhause, so dass nun linke Rapper wie Ben Salomo versuchen, umgekehrt in der rechten Jugendszene Boden gut zu machen.

Aus dem Populismus dagegen ist z.B. mit Blick auf Brasilien, Russland und die USA inzwischen ein ausgewachsener Faschismus geworden, so dass der Begriff ‚Diskurs-Piraterie‘ längst zu harmlos wirkt, um die inzwischen gebündelten reaktionären Energien zu beschreiben.

Europa erscheint da fast als liberale Insel, die rechtspopulistisch das Schlimmste hinter sich und die erwähnten ‚reaktionären Energien‘ besiegt zu haben scheint. Das ist aber wohl eine Täuschung.

Daher möchte ich (1) das Thema radikal erweitern. Ich möchte mich dabei (2) von ‚Konjunkturen‘ befreien und (3) dafür plädieren, die Thematik sogar als kontinuierliches Forschungsfeld zu etablieren. Statt ‚Diskurspiraterie‘ würden wir dann den viel umfassenderen Werkzeugkasten des Reaktionären überhaupt untersuchen. Die Leitfrage wäre dann: Mit welchen Mitteln kann man ‚linke‘, progressive Projekte, Entwicklungen, Dynamiken von Gleichheit, Gerechtigkeit, Partizipation verhindern, aushebeln, ins Leere laufen lassen? Welche Faktoren müssen wir beobachten, um dagegen handlungsfähig zu bleiben?

Eine solche Konzeption drängt sich mir gewiss auch aufgrund meiner Beobachtung der US-Verhältnisse auf. Denn der dortige Kampf um die weiße Vorherrschaft mit Blick auf Personal, Methoden und Ressourcen wird inzwischen geradezu obszön offen geführt.

Die extreme Rechte um Trump macht gar nicht mehr den Versuch, die Brutalität und Verkommenheit ihrer Methoden zu verbergen. *So versuchten Trump und sein Team noch am 20. November 2020 (offenbar noch erfolglos), ‚befreudete‘ republikanische Spitzenpolitiker im Staat Michigan (der an Biden gegangen war) ‚umzudrehen‘: Im Gespräch war der Versuch, sie dafür zu gewinnen, das eigentliche Wahlergebnis zu ignorieren und statt Biden-Wahlmännern einfach Trump-Wahlmänner zur Präsidentenwahl zu schicken: Der Werkzeugkasten, zu dem ein solches Ansinnen gehört, steht nicht erst seit Trump bereit - er ist seit Gründung der USA in Aktion, und nicht nur dort. Aber die gegenwärtige bessere Sichtbarkeit in den USA geht auf zwei Faktoren zurück:*

- 1) Der Corona-Virus hat das Ausmaß der sozialen Katastrophe vor allem der sogenannten ‚Minderheiten‘ sichtbar gemacht, aber auch, wie das schmutzige Handwerk von *white supremacy* damit zusammenhängt. Denn durch den Aufbruch dieser ‚Minderheiten‘ kommt das Tabuisierte nun zur Sprache – ganz ähnlich wie zuvor in der MeToo-Bewegung.
- 2) Der Corona-Virus trifft den gefährdeten weißen Mittelstand der USA ins Mark und veranlasst ihn, sich nun zu den Tricks und Doppelstandards der ‚Reaktion‘ öffentlich zu bekennen.

Meine nachfolgende Liste bezieht sich aber nur teilweise auf die US-Entwicklung. Denn ich möchte zugleich die Umriss des möglichen Forschungsgegenstands definieren.

## 1) PROPAGANDA / MEDIEN

Zuerst möchte ich den Hinweis aus unserem Band *Rechte Diskurspiraterien* aufgreifen:



„Auch der Nationalsozialismus bediente sich der Codes und Ästhetiken politischer Gegner und suchte Deutungskämpfe gerade verstärkt in die Themenfelder zu tragen, die als traditionell links besetzt galten.“

Tatsächlich – und hier sind wir doch wieder in den USA – wird Trump in der US-Publizistik vor allem in einer Hinsicht mit Hitler verglichen: Die intellektuellen US-Eliten, die den Anti-Totalitarismus geradezu als Teil ihrer Identität begreifen, sehen vor ihren Augen mitten in einer ‚Demokratie‘ die Triebkräfte des Totalitären die Macht übernehmen: eine opportunistische, rassistische und antisemitische weiße Mittelschicht, eine Propagandamaschine von oben und gefügige Medien. Diese Zutaten sind uns aus unserer Geschichte so geläufig, dass ich sie nicht vertiefen muss.

Wo der Vergleich Trump-NS wohl nur bedingt trägt, ist die soziale Camouflage, ein faschistischer Sozialismus. Ich will dazu einmal die unverblühte Aussage Hitlers zitieren:

*„Ich habe vom Marxismus viel gelernt. ... ich habe damit ernst gemacht, womit die kleinen Krämer und Sekretärseelen zaghaft angefangen haben. Der ganze Nationalsozialismus steckt da drin. ... Arbeiterturnvereine, Betriebszellen, Massenaufmärsche, Propagandaschriften eigens für das Verständnis der Masse verfasst; alle diese Mittel des politischen Kampfes gehen ja im Wesentlichen auf die Marxisten zurück. ... Der Nationalsozialismus ist das, was der Marxismus hätte sein können, wenn er sich aus der absurden, künstlichen Bindung mit einer demokratischen Ordnung gelöst hätte.“* (Rede in München 1941)

Wir haben diese Variante rechter Piraterie schon im Zusammenhang unseres Colloquiums vor 10 Jahren, und zwar im Kontext des faschistischen Projekts *Casa Pound* in Italien erörtert, nämlich mit Kümmerer-Programmen und lokaler Sozialarbeit Zustimmung für umfassende faschistische Programme zu organisieren. Ähnlich operierte die griechische *goldene Morgenröte*. Aber auch

die *Hamas* muss hier wohl genannt werden. Voraussetzung sind stets tatsächliche Ansatzpunkte, soziale Skandale, Zentralismus und Korruption etc.

Ich glaube, hierher gehört auch – der Tendenz nach – der rechtsextreme Populismus der letzten Jahre, der ins soziale Vakuum des Neoliberalismus vorstieß.

Dessen oppositionelles Image entsteht dabei durch ein Agieren unterhalb der Exekutiven, ein ‚staatspolitisches‘ Image würde den Schein zerstören. Trump hat allerdings eine neue Variante erfunden: Er agiert ausschließlich und stets sichtbar für seine Klientel, für die Evangelikalen, für die Maisfarmer, für die Öl- und Kohleindustrie u.a.m. Zugleich zeigt er, dass er – obwohl in der Regierung - den Regierungsapparat als Feind betrachtet und ihn – wie Steve Bannon das projektierte - torpediert.

## **2) DISKURSUMKEHR TÄTER-/OPFER-UMKEHR; ZUSAMMENSPIEL VON / ZWISCHEN STAATLICHER AUTORITÄT, JUSTIZ UND RECHTSAUSSEN:**

Ein weites Feld, aus dem progressive Dynamiken lahmgelegt werden können, sind traditionelle Verbindungen zwischen rechten ‚Projekten‘ und staatlichen Autoritätsebenen.

Man muss nur erinnern an den zähen Kampf um V-Leute und um die Aufklärung rechtsterroristischer Verbrechen etwa des NSU, an rassistische Praktiken wie *racial profiling*, an Polizeigewalt, an die hinhaltende Taktik mancher Ebenen der Justiz, rechtsextreme Akteure zur Rechenschaft zu ziehen. Hinzu kommen Ohnmacht oder Untätigkeit von Teilen der parlamentarischen Ebene, daran etwas zu ändern. Und – immer öfter beschreiben Jüdinnen und Juden einen institutionellen Antisemitismus in Deutschland, ein Zusammenspiel zwischen rechten Positionen und Autoritätsebenen, etwa wenn die jüdischen

Mobbing-Opfer, nicht aber die Täter die Schule verlassen müssen, weil die Schulverwaltungen und die Schulöffentlichkeit das Vorhandensein von Mobbing bestreiten, d.h. einen unangreifbarer Tenor antisemitischer Normalität vertreten.

## **3) DISKURSTAKTIKEN: ACCUSATION IN A MIRROR**

*Unterstelle deinen Gegnern, was du selbst vorhast. Klage deine Gegner dessen an, was du selbst getan hast.*

Mit dem Prinzip *accusation in a mirror* schließen wir an den Aspekt ‚Diskursumkehr‘ an. Das Prinzip wurde im Zusammenhang des Völkermord in Ruanda beschrieben, als Mittel von Sprechern, Anhänger zu rekrutieren, die einen Feind vernichten sollen.

Allerdings muss es nicht immer Völkermord sein: Die Feindbildproduktion dient immer dazu, eigene Anhänger zu rekrutieren und zur Tat zu reizen. Oder anders: Um eine Okkupation zu bewerkstelligen, wird ein Angreifer inszeniert, dem man zuvorkommen müsse.

Donald Trump hat dieses rhetorische Prinzip privat und ökonomisch lebenslang praktiziert: Er unterstellte dem ‚Establishment‘ jene Tricks, die er selbst praktizierte. Als Präsident inszenierte er Einwanderer, Minderheiten und Frauen als Feinde, um die Fortsetzung ihrer Diskriminierung zu legitimieren.

Freilich - der rhetorische Bausatz der Feindbild-Produktion lässt sich, als Element einer Gegenstrategie, auch offenlagen .

## **4) BEGRIFFSBESETZUNGEN, AGENDA-SETTING**

Dieser Punkt ist mit dem vorherigen und dem *Kümmerer-Faschismus* verknüpft. Anschauungsunterricht bieten hier vor allem Pegida und AfD: Tatsäch-



liche Probleme oder auch nur Impressionen, (frisierte) Informationen, die in diese Richtung gehen, werden genutzt, um die Feindbildproduktion zu starten.

Dies wirkt für linke, progressive Positionen insofern als Blockade, als die linke Zurückweisung der Feindbildproduktion als Rechtfertigung der betreffenden ‚Missstände‘ oder Verteidigung der ‚Feinde‘ gedeutet werden kann. Übernimmt man dagegen von links die Position der Kritik, kann das als Übernahme des Feindbilds bzw. rechter Positionen gedeutet werden.

Genau diese Falle scheint im Fall der Corona-App ausgelegt worden zu sein. Die Frage, wie wir mit diesem Phänomen umgehen, ist also grundsätzlich – und ebenso grundsätzlich ist dann die Aufgabe, sich eingehend mit der Analyse zu beschäftigen, wie Feindbilder *konkret* etabliert werden, um linke Kritik aus der Falle herauszuhalten.

## 5) VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN

Verschörungstheorien sind Zuspitzungen von Feindbild-Portraits, die erzählen, wie der Feind uns überfällt, untergräbt, aussaugt, vergewaltigt oder uns übers Ohr haut.

Der *Verschwör-o-mat* der Heute-Show demonstriert in genialer Einfachheit die gleichbleibenden Ingredienzien aller Feindbild-Portraits. Auch Jan Böhmermann verrührte in seinem künstlich gefertigten Schmähedicht gegen Erdogan alle bekannten Zutaten.

## 6) INVISIBLE HAND

Unter 6 fasse ich politische Maßnahmen zusammen, die –

- langfristig ohne aktuelle Wirkungen angelegt sind und daher ‚unsichtbar‘ sind.
- als *Sachzwang* definiert werden und Alternativen ausblenden, und
- als *Ausnahme im Notfall* definiert sind und die Entscheidungsgrundlagen ausblenden.

Gewiss kommt keine dieser drei Klassen in Reinform vor, wie z.B. die Austeritätspolitik zeigt:

Das Austrocknen des Bildungsbereichs über zwei Jahrzehnte hat die kritischen Potenziale in der Bevölkerung reduziert und die Bereitschaft gefördert, sich z.B. Verschwörungstheorien anzuschließen. Die ‚Verschlangung‘ und Privatisierung des Gesundheitswesens führte zur Disziplinierung prekär Beschäftigter, deren Fähigkeit zur demokratischen und kulturellen Partizipation dadurch reduziert wurde.

Die Vernachlässigung der Bahn, der Infrastruktur führte zu einem Rechtsruck innerhalb der ländlichen Bevölkerung u.a.m.

Wiederum in den USA: Die Privatisierung der Gefängnisse, die Militarisierung der Polizei, die Manipulation der Wahlkreise und des Wahlrechts – all dies hat zum faktischen Entzug der Grundrechte für viele Millionen Menschen geführt.

Ich möchte noch ein ganz furchtbares Kapitel anschließen: Hinter dem *laissez-faire* der beiden Gestalten Trump und Bolsonaro in Sachen Covid 19 ist ein Kalkül rekonstruierbar, der Sterberate vor allem in den Minderheiten ihren Lauf zu lassen – zugunsten von white supremacy. Wenn es diese verwerfliche Strategie gibt, wird sie nicht aufgehen, da das Virus sich nicht daran hält.

Für uns in Deutschland scheint die ‚unsichtbare Hand‘ nicht zuletzt in das ökonomische, realpolitische Agieren in und außerhalb Europas verpackt zu sein. Wir wissen nicht viel darüber und sollten diese Kapitel, inklusive der Rüstungspolitik in die Sichtbarkeit zwingen.

## 7) KOLLISIONEN

Schließlich ein sehr delikates Thema: Hier geht es um Situationen, in denen linke Projekte von (gewaltbereiten) Linksaußen oder aber von agents provocateurs von rechts okkupiert werden.

Die Klärung der Überschneidungen und Trennlinien zwischen demokratischer Linker und gewaltbereiter Linker ist – aus meiner Sicht – ein noch kaum andiskutiertes Problem, verständlicher Weise. Denn hier sind auch Grundsatzprobleme angesprochen: Ich habe im vorigen ja letztlich eine ‚richtige‘ Politik imaginiert, die Gerechtigkeit und Gleichheit, d.h. den Staat und eine Regierung (nicht eine Nation!) voraussetzt. Auch genossenschaftliche Modelle scheinen mir nicht außerhalb dieses Rahmens denkbar.

Eine Position, die außerhalb oder ohne Staatsbegriff operieren möchte, müsste die Begriffe Gerechtigkeit und Gleichheit dann in anderer Form definieren oder aber einfach verwerfen. Diese Klärungsarbeit ist wohl noch nicht geleistet, so dass ständig die Gefahr droht, dass linke, progressive Aufbrüche auch von ganz links diskreditiert werden können.

Soweit die Liste – sie ist nur ein Anfang und gewiss unvollständig. Sie ist wahrscheinlich politologisch auch etwas unorthodox. Dennoch – so meine ich – müssen wir zur Absicherung linker und progressiver Diskurse auch zusammenhängende Analysen jener Prozesse leisten, die diese Diskurse zurückwerfen oder ersticken. Vielleicht erfinden wir noch einen schönen Begriff für dieses Forschungsgebiet, das es noch nicht gibt.

**Jobst Paul ist Mitarbeiter am DISS mit den Themenschwerpunkten Diskurs-, Rassismus- und Antisemitismusforschung**

# Corona-Solutionismus

## TEIL II: CORONA-TESTVERFAHREN



Von Guido Arnold

*Es ist derzeit unklar, wann und sogar ob es einen wirksamen Impfstoff gegen das sich verändernde Corona-Virus Sars-CoV-2 geben wird. Nach aktuellem Forschungsstand ist (abhängig von der Schwere des Verlaufs der Krankheit Covid-19) nicht einmal eine andauernde Immunität bereits Infizierter gegeben. Die Folgen der Krankheit für Herz, Lunge und Hirn können schwerwiegend sein - selbst bei vermeintlich leichter Erkrankung jüngerer „Nicht-Risiko-Patient\*innen“. Weltweit wird „bis zur Verfügbarkeit eines Impfstoffes“ auf PCR- und (neuerdings) Antigen-Tests gesetzt, um akute Infektionen zu erkennen. Viele Länder wählen zusätzlich Smartphone-Apps zur Kontaktnachverfolgung, um ein individuelles Infektionsrisiko abzuschätzen und Infektionsketten nach Möglichkeit zu unterbrechen. Zusätzlich sollen Antikörper-tests eine (zeitlich begrenzte) „Immunität“ als Unbedenklichkeitsnachweis bescheinigen.*

*Dieser Text zeigt auf, wie (absehbar) wenig geeignet die derzeitige Nutzung dieser Techniken zur Bekämpfung der Pandemie ist. Ich sehe in dieser Form des „Solutionismus“ eine Instrumentalisierung der Krise zur Durchsetzung einer umfassenden Kontrollstruktur, die über die Corona-Krise hinaus in einem „neuen Normal“ in Anwendung bleiben soll. Aufgrund der Komplexität wurde der Text in zwei (separat verständliche) Teile aufgetrennt. Interessierte Leser\*innen verweise ich zusätzlich auf Teil I: Die Corona-Warn-App<sup>3</sup>.*

### SOLUTIONISMUS - TECHNISCHE LÖSUNG EINES ERSATZPROBLEMS

In der Technologiekritik kursiert seit einigen Jahren der Begriff des „Solutionismus“. Er beschreibt die selbstbewusste „Lösungsorientierung“ einer technologie-zentrierten Kaste von Ingenieur\*innen, die jegliche (auch soziale) Probleme für technisch beschreib- und lösbar hält. Solutionismus sucht nach Lösungen über (neue) Technologien, die vielfach an den Problemen vorbeigehen. Das eigentliche Problem wird wie im Fall der Corona-Warn-App und der Corona-Testverfahren zwar nicht gelöst, aber für lösbar erklärt.

Die Solutionist\*in löst zu ihrer eigenen Legitimation als „Problemlöser\*in“ technologisch fassbare, leichter zu lösende Ersatzprobleme, die sich die Technokrat\*in gerne zunutze macht. Gemeinsam suggerieren Solutionist\*in und Technokrat\*in die Kontrollierbarkeit selbst von (denormalisierenden) Krisenphänomenen wie eine Pandemie oder menschengemachter Klimawandel.

Der Solutionismus steht dabei vielmehr für die Vertauschung von Problem und Lösung: Statt ein Problem mit einer technischen Erfindung zu lösen, preist die Solutionist\*in technische Erfindungen als Lösung für Probleme an, von denen man nicht weiß, nicht wissen will oder verschleiern will, welcher Art und Komplexität sie sind. Der Solutionismus gibt vor, mit seinen „pragmatischen“ Problemlösungsstrategien „post-ideologisch“ zu sein. Tatsächlich ist die Radikalität, mit der Techno-

3 <http://www.disskursiv.de/2020/11/18/solutionismus/>



krat\*innen den Solutionismus zum einzig „denkbaren“ Ansatz für gesellschaftliche Probleme erheben, alles andere als unideologisch. Man muss die konsequente Art, lediglich technologie-basierte Pflaster auf die eklatantesten Wunden eines krisenhaften Kapitalismus zu kleben, sehr wohl als Ideologie, – nämlich als Ideologie der „Politik-Vermeidung“ – begreifen. Mit der machtvollen Neusetzung gesellschaftlicher Strukturen im Zuge der Renormalisierung (nach der Pandemie) etablieren Solutionismus und Technokratie eine „neue Normalität“ und machen ihrerseits wirkungsvoll (eine andere) Politik. Die neu geschaffenen (Lösungs-)Welten sind dabei Orte der Spaltung und Individualisierung, nicht der gegenseitigen Hilfe und Solidarität.

### PCR-, ANTIKÖRPER- UND ANTIGEN-TESTS

PCR steht für Polymerasekettenreaktion. Dazu wird aus einem Rachenabstrich das Erbgut des Erregers isoliert und in einem Labor über mehrere Runden so vervielfältigt, dass es messbar wird. Die Virus-RNA lässt sich in der menschlichen DNA jedoch nur in einem bestimmten Zeitfenster der Infektion nachweisen. Hat sich jemand gerade erst angesteckt, haben sich die Viren noch nicht ausreichend vermehrt, um angezeigt zu werden. Laut einer Studie im Fachblatt „*Annals of Internal Medicine*“ schlagen PCR-Tests nicht zuverlässig an, wenn noch keine Symptome auftreten. So fielen die Tests am ersten Tag nach der vermuteten Infektion in 100 Prozent der untersuchten Fälle negativ aus, obwohl die Patienten nachweislich infiziert waren. Demnach liegt der optimale Zeitpunkt für die Probeentnahme am achten Tag nach der Infektion. Im Schnitt war die Chance, ein falsch-negatives Ergebnis zu bekommen, größer als 20 Prozent. Zudem ist bekannt, dass mit Fortschreiten der Infektion die Erregerlast im Rachen wieder abnimmt. Auch in diesen Fällen kann ein Test möglicherweise ein falsch-negatives Ergebnis liefern. Das heißt, der Betroffene ist laut Testergebnis nicht infiziert, obwohl er das Virus in sich trägt.

Entscheidend ist überdies die korrekte Probeentnahme. Für ein möglichst zuverlässiges Ergebnis muss ein Abstrich tief aus dem Rachen oder der Nase entnommen werden. Dies ist eine zusätzliche Quelle für falsch-negative Testergebnisse.

Nach Einschätzung der meisten Bundesländer spielen neben „Party-Hotspots“ Reiserückkehrer\*innen eine signifikante Rolle für das Infektionsgeschehen. Wer aus einem Risikogebiet nach Deutschland einreist, musste in der Zeit von Anfang August bis Mitte November seinem Gesundheitsamt einen negativen PCR-Test melden, der nicht älter als 48 Stunden ist. Ein PCR-Test kann aber (jenseits aller Ungenauigkeiten) erst vier bis fünf Tage nach einer Infektion das korrekte Ergebnis „positiv“ liefern. In dieser Testpraxis gab es also einen Zeitraum von bis zu einer Woche, in der sich Reisende infizieren und trotzdem bei der Einreise ein negatives Ergebnis vorweisen konnten. Die Kapazitätsprobleme bei den auswertenden Laboren verlängerte diese Zeit der nicht angezeigten Ansteckungsgefahr

um weitere Tage. Die einzig zuverlässige Methode der Quarantäne sollte aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schädigung vermieden werden. Viel zu spät, nämlich erst mit einer ab Mitte November gültigen Regelung reagierte die Konferenz von Bundes- und Länderregierungen als neuer Interims-„Gesetzgeber“ und fordert nun eine 10-tägige Quarantäne für alle Rückkehrer\*innen aus Risikogebieten, die frühestens nach fünf Tagen mit einem negativen PCR-Test vorzeitig beendet werden kann.

Die Aussagekraft bei den sogenannten **Antikörper-Tests**, basierend auf der Suche nach Antikörpern im menschlichen Blut, ist noch schwächer: In der ersten Woche nach Beginn der Symptome erkennen die Tests nur 30 Prozent aller Infizierten. Erst in der dritten Woche ergibt sich gemäß Eleanor Riley, Professorin für Infektionskrankheiten an der University of Edinburgh, eine Erkennungsquote von 91 Prozent: „Wie auch immer das Ergebnis ausfällt, die Information ist im Grunde bedeutungslos für den Einzelnen.“ Es ist nicht sicher, ob das Vorliegen von Antikörpern tatsächlich heißt, dass der Mensch gegen eine erneute Infektion immun ist. Und selbst wenn, ist unklar, ob der Schutz bei allen Menschen gleichermaßen ausfällt und wie lange er anhalten würde. Asymptomatisch Infizierte bildeten demnach weniger Antikörper als Patienten mit Krankheitszeichen. Binnen acht Wochen nach der Genesung konnten bei 13 Prozent der vormals Erkrankten und bei 40 Prozent der asymptomatischen Probanden keine Antikörper mehr nachgewiesen werden. Ein Antikörper-Test verliert also auch mit größerer zeitlicher Distanz zur Infektion seine Aussagekraft.

Um zukünftig einen Lockdown *aller* zu vermeiden, propagieren einige Politiker\*innen und Pharmavertreter\*innen die massenhafte Anwendung so genannter „Schnelltests“. Hierbei handelt es sich um **Antigentests**, bei denen nach den für das Corona-Virus typischen Proteinen gesucht wird. Schnell heißt, dass ein Ergebnis nach 15 Minuten vorliegt – ohne Labor. Zwar geben einige Hersteller, wie etwa Roche, eine Sensitivität von mehr als 95 Prozent an – jedoch nur, wenn ausreichend Antigene vorhanden sind. Das heißt, dass auch hier Infizierte mit einer geringeren Viruslast durch Schnelltests nicht entdeckt werden. Ein positives Testergebnis ist also mit einer recht hohen Wahrscheinlichkeit korrekt; ein negatives nur bedingt aussagekräftig.

Für diesen Test benötigt man (wie beim PCR-Test) einen Rachenabstrich. In Deutschland darf den aber aktuell nur medizinisch geschultes Personal durchführen. Doch nach Meinung der Pharmaindustrie soll sich das ändern, um einen Großteil der Bevölkerung wöchentlich „selbst testen“ zu können. Das größte Problem dabei: Der Abstrichtupfer muss sehr tief in den Rachen eingeführt werden, um dort eine für den Test ausreichende Virusmenge zu gewinnen. Das kann einen unangenehmen Würgereiz provozieren. Fragt sich also, wie viele Menschen bei sich selbst einen korrekten Rachenabstrich nehmen würden.



Fazit: Die Instrumente PCR- Antikörper- und Antigen-Tests sind ungeeignet, das aktuelle Ansteckungsrisiko einer einzelnen Person aussagekräftig abzubilden. Einmalige Tests ermöglichen statistische Aussagen über den Verbreitungsgrad des Virus – mehr nicht. Die politische Forderung nach „flächendeckenden Tests“ ist der wissenschaftlich ungerechtfertigte Versuch, statistische Kontrolle des Infektionsgeschehens in der Gesamtheit auf (soziale) Kontrolle des einzelnen Individuums zu übertragen.

## REGELMÄSSIGE TESTS STATT „IMMUNITÄTSNACHWEIS“

Eigentlich wollte Bundesgesundheitsminister Spahn einen Immunitätsausweis einführen. Das war mehr als der Versuch, in der aktuellen Corona-Unsicherheit Kontrolle zurückzugewinnen. Die erwünschte Renormalisierung nach einer für alle gleichermaßen geltenden Kontaktbeschränkung der ersten Welle sollte bewusst ein „neues, individualisiertes Normal“ herbeiführen: Ein Immunitätsausweis soll bescheinigen, dass jemand eine COVID-19-Erkrankung überstanden hat und nun – wahrscheinlich – immun ist. Ein solcher Pass soll die Inhaberin von Beschränkungen befreien: beim Reisen, beim Job oder beim Altenheimbesuch. Doch sowohl das Virus als auch ein Teil der Zivilgesellschaft machten nicht mit – bislang.

Kritik: Ein bescheinigter Immunstatus stellt nicht nur eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit dar, indem er kontraproduktive Anreize schafft, sich selbst absichtlich zu infizieren, oder den Nachweis zu fälschen – er ist zudem eine Art „definierte Ungleichheit der Gesellschaft“ und produziert darüber soziale Spaltung und Entsolidarisierung. Eine unbeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben bliebe nur den Ausweisinhaber\*innen vorbehalten.

Der Verweis auf Chinas Praxis, wesentlich mehr sensible Gesundheitsdaten als nur den COVID-19-Krankheitszustand in einem solchen digitalen Zeugnis abzulegen, gibt Anlass für die Befürchtung: „Die Immunitätspässe von heute könnten die allumfassenden biologischen Pässe von morgen werden“<sup>4</sup>. Die Debatte hält weiter an. In Reaktion auf die breit vorgetragene Kritik delegierte das Bundesgesundheitsministerium das Thema an einen Ethikrat weiter. Dieser riet im September von einer Einführung „derzeit ab“.

Da derzeit weder Immunität noch Impfung *verlässlich* in Sicht sind, nimmt der (mitunter mehrfache) Tests ersatzweise die Funktion der zeitlich begrenzten Bedingung für Teilhabe oder Zugang ein. Flughäfen, Konzertveranstaltungen, Messen, ... experimentieren mit Corona-Warn-App und/oder Massentests. Ein Beispiel dafür gibt ein unternehmensfinanziertes Experiment an einer Schule in Mecklenburg-Vorpommern, in der die Schüler\*innen sich „freiwillig“ regelmäßig testen lassen kön-

nen, um mit einem negativen Testergebnis Vereinfachungen im Schulalltag zu erlangen<sup>5</sup>. Negativ PCR-getestete erhalten einen Unbedenklichkeitsausweis in Form eines grünen Punkts auf ihrem Namensschild. Mit dem dürfen sie ohne Mundschutz über eine „Fast Lane“ das Gymnasium betreten und sich auch ohne Mundschutz im Gebäude bewegen. Die Schule sieht sich als Pionier der „neuen Eigenverantwortung“, wie man wieder einen normalen Schulalltag realisieren und auch Lehrer\*innen im Risikoalter einsetzen kann. Die Schule wird hier zum Experimentierfeld für Strategien, wie man den Zugang zu Räumen und das Verhalten in ihnen kontrollieren kann. Ein Parade-Beispiel für Foucaults „Disziplinierungsverfahren“, das alle Schüler\*innen zwingt sich der „freiwilligen“ Maßnahme zu unterwerfen, um nicht als Außenseiter oder Gefährder kenntlich zu werden. Mit Erfolg: 90 Prozent der 1100 Schüler\*innen machen mit.

Hier ist der „Sponsor“ des Experiments nicht unerheblich: Das Rostocker Biotech-Unternehmen Centogene entwickelt mit anderen Firmen einen App-basierten Immunitätsausweis und hofft auf ein Milliardengeschäft, wenn alle Schulen ein solches Konzept umsetzen würden.

## NOTWENDIGER LINKER SKEPTIZISMUS

Einige Linke halten eine über den Datenschutz hinausgehende Kritik an der Corona-Warn-App<sup>6</sup> für unzulässig. Sie mache „verschwörerische“ Annahmen über ein nicht erkennbares, sondern lediglich herbeigeredetes Interesse von verschiedenen Akteur\*innen an einem nur vage angedeuteten Bevölkerungs- / Versicherten- / Kund\*innen-management. Ich halte an dieser weitergehenden Kritik fest und erachte es als richtig und notwendig, einzelne Coronamaßnahmen, ihre Durchsetzung und auch das Projekt „individualisierte Gesundheit“<sup>7</sup> zu analysieren und zu kritisieren – ohne die real bestehende Corona-Gefahr zu leugnen und vor allem ohne sich mit rechten Akteuren oder Aluhüten gemein zu machen!

So abwegig sind die Überlegungen zur möglichen Nutzung der Corona-Warn-App (trotz gegenteiliger Beteuerungen der Bundesregierung) offenbar nicht: Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland streiten Jurist\*innen über die Rechtmäßigkeit, die Corona-Warn-App zur Zugangsvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe zu machen: Veranstalter\*innen solle erlaubt werden, nur Besucher\*innen mit App zuzulassen. Dies ist zwar umstritten, nach Meinung vieler Jurist\*innen aber zulässig – es gehe um eine „sachbezogene Ungleichbehandlung“. Nun setzt sich der Alltag aus vielen einzelnen Dienstleistungen und auch nicht-kommerziellen Ereignissen zusammen, deren Einzelregelung in der Summe nicht nur eine sachbezogene sondern

5 Kofler, Baylis: Ten reasons why immunity passports are a bad idea. 2020, S. 380.

6 <http://www.disskursiv.de/2020/11/18/solutionismus/>

7 Weniger Ärztin im künstlich intelligenten Gesundheitssystem in der Broschüre DIVERGE, capulcu 2020, <https://capulcu.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/54/2020/06/DIVERGE-small.pdf>

4 <https://www.heise.de/tp/features/Coronavirusepidemie-Kontroll-und-Ueberwachungstechniken-fuer-Schulen-4779309.html>



eine generelle Ungleichbehandlung rechtfertigen würde - den täglichen Einzelfall sozusagen.

Die hoch polarisierte (weil angstbesetzte) Corona-Debatte scheint jedoch nur noch wenig Raum für (dringend notwendige) Überlegungen über das post-pandemische „neue Normal“ zuzulassen. Dennoch will ich eine solche kritische Überlegung zu den PCR-Tests anfügen:

Die Polizei wertet vielerorts sogar bei kleinsten Straftaten die „Corona-Listen“ umliegender Restaurants aus, sowie Online-Tickets von Museen, Schwimmbädern, etc., die angeblich ausschließlich dem Infektionsschutz dienen sollen. Auch hier hagelt es Kritik, die die polizeiliche Praxis jedoch unbeeindruckt lässt. Wer sagt uns, dass die laut Robert-Koch-Institut aufzubewahrenden Speichelproben der täglich bis zu einer Million Gen-Proben beim PCR-Test nicht ebenso zum nachträglichen DNA-Test genutzt werden könnten? Ein ähnlicher Pragmatismus scheint jetzt noch „unverhältnismäßig“, aber in Zukunft vielleicht völlig nachvollziehbar, wenn zur Aufklärung einer besonders schweren Straftat bundesweit gesucht wird und man doch „nur“ auf bereits vorhandenes Genmaterial zugreifen brauche.

Zum Verständnis: „Die vom Patienten gewonnenen Proben sollten asserviert werden, um im Zweifelsfall weitere Untersuchungen zu ermöglichen“<sup>8</sup>. Begründet wird diese Anordnung des RKI unter anderem mit falsch-negativen Testergebnissen: „Ein negatives PCR-Ergebnis schließt die Möglichkeit einer Infektion mit SARS-CoV-2 nicht aus. Falsch-negative Ergebnisse können z.B. aufgrund schlechter Qualität der Probenentnahme, unsachgemäßem Transport oder ungünstigem Zeitpunkt (bezogen auf den Krankheitsverlauf) der Probenentnahme nicht ausgeschlossen werden“. Das heißt: die untersuchenden Labore sollen nicht nur positiv getestete Proben aufbewahren, sondern alle. Aus verschiedenen Laboren ist zu hören, dass diese derzeit nicht genügend Kapazitäten für eine Lagerung von Hunderttausenden DNA-Probenstäbchen haben. Das ist jedoch nur ein schwaches Argument für eine Beschwichtigung, denn von der Charité in Berlin ist bekannt, dass sie die Proben tatsächlich aufbewahrt.

## VOM GEFÄHRDER ...

Das neu geregelte Infektionsschutzgesetz von 2020 sieht weitreichende staatliche Befugnisse beim Umgang mit Infizierten vor. Der Umgang mit „potenziell Infizierten“ ist nicht nur fragwürdig und rechtlich nicht abgedeckt, sondern erinnert an den traditionell repressiven Umgang mit „gefährlichen Klassen“. Wie der Historiker Frank M. Snowden bemerkte, geht dieser Begriff nicht nur auf die politische „Gefährlichkeit“ des Proletariats im 19. Jahrhundert zurück, das sich der staatlichen Ordnung widersetzte oder betrunken randalierte. Die Metapher

8 [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Vorl\\_Testung\\_nCoV.html](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Vorl_Testung_nCoV.html)

galt auch den Gefahren, die von den Angehörigen dieser Klassen als potenzielle Überträger\*innen gefährlicher Krankheiten ausgingen. Ihre beengten Wohnverhältnisse, fehlende Kanalisation und sauberes Wasser machten sie zur leichten Beute von Cholera- und Tuberkulose-Erregern.

Die Corona-Pandemie hat nun weltumspannend diesen Aspekt der „gefährlichen Klassen“ wiederbelebt: In Indien wurden Hunderttausende Wanderarbeiter\*innen rabiat von den Straßen geräumt und in „Quarantäne-Lager“ gesperrt. In der Enge dieser Lager waren sie einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt als vorher. Sie wurden aus den öffentlichen Räumen verbannt, um die indische Mittel- und Oberschicht vor den gefährlichen Körpern derjenigen zu schützen, die normalerweise in Fabriken, auf Baustellen oder in privaten Haushalten für einen kärglichen Lohn arbeiten und in billigen Unterkünften oder Armenvierteln wohnen. In derselben Logik wurden weltweit Teile von Slums abgeriegelt, wenn dort Covid-19-Fälle aufgetaucht waren. In Katar wurden zehntausende Wanderarbeiter\*innen in einem Industriegebiet eingeschlossen, wo sie in beengten Schlafsälen ausharren mussten. In Südafrika holte die Polizei Obdachlose von der Straße und sperrte sie zu Tausenden in Sportplätzen ein. In Bangladesch, im Libanon und in Jordanien wurden Geflüchtete in überfüllten Lagern eingeschlossen.

In Berlin-Neukölln wurden mehrere Wohnblocks im Rahmen einer Zwangs-Quarantäne abgeriegelt und mit einem von der Polizei bewachten Gitterzaun versehen, nachdem dort mehrere Covid-19-Infektionen aufgetaucht waren. Eigentlich muss in Deutschland nur in Quarantäne, wer infiziert ist oder engen Kontakt zu einem laborbestätigten Infizierten hatte. Die Abriegelung ganzer Wohnblocks wurde in Neukölln damit begründet, die Bewohner\*innen seien „sozial schwach“ und „wenig integriert“, was – bei genauerem Hinsehen – noch nicht einmal stimmte. Ähnlich wurde in Wohngebieten von Tönnies-Arbeiter\*innen (vornehmlich nicht deutscher Herkunft) in NRW verfahren. In allen Fällen wurde in Kauf genommen, dass die Eingesperrten noch stärker der gefährlichen Enge und den unhygienischen Bedingungen ihrer Unterkünfte ausgesetzt waren.

Daraus wird ersichtlich, dass in der Pandemie zwar prinzipiell alle zur virologischen Gefahr werden (genau das macht die Ausweitung des virologischen Gefährder-Begriffs gegenüber der terroristischen Gefährder\*in politisch so universell nutzbar), aber in der Anwendung bleibt eine klassistische und rassistische Interpretation der Gefährdung die Regel. Nicht selten wird aktuell die ohnehin fehlende Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten mit dem Verweis auf Corona „begründet“.

## ... ZUM SELBSTGEFÄHRDER

„Bleiben Sie gesund !!!“ Der Grundgedanke, dass der Staat das Individuum zu physischer Gesundheit zwingen darf, ist erschreckend. Es ist absehbar, dass die Sozialtechnokratie nach



der Pandemie eine tolle Zeit wittert, um das Verhältnis von Freiheit und Gesundheit zulasten der Freiheit neu zu definieren. Denn kann nach der gewaltigen Solidarität gegenüber der Einzelnen und dem Schutz ihrer Gesundheit nicht verlangt werden, dass sie ihre Selbstzerstörungen durch Rauchen, Alkohol, Überernährung oder allerlei unnötige Alltagsrisiken unterlässt? Zu dumm, dass sie ihre Vorlieben auch noch als Ausdruck ihrer Freiheit empfindet und akzeptiert, dass Freiheit als Gegenpol auch immer Risiken einschließt.

Eine gesundheitsoptimierte Gesellschaft wird bei Zwangsquarantänen, Impfnachweisen oder Tabakwerbeverboten nicht Halt machen. Sie wird mit Leidenschaft das menschliche Genom vermessen, um Krankheiten individualisiert (präventiv)

zu vermeiden. Sie wird dazu Punktesysteme als Anreiz zur Selbstunterwerfung nutzen und sie wird, in immer „bester Absicht“, auch das Problem der Sterblichkeit lösen wollen, eines der letzten großen Ohnmachtsgefühle des Menschen.<sup>9</sup>

**Guido Arnold ist promovierter Physiker und arbeitet im DISS zum Thema Entsolidarisierung durch digitale Transformation des Gesundheitssystems.**

<sup>9</sup> Auch das ist keine verschwörerische Vermutung, sondern die Absichtserklärung eines wachsenden Forschungszweiges so genannter Transhumanist\*innen, die auf der Basis eines technologiegläubigen, rechten Weltbilds die Bedingungen menschlicher Reproduktion und die Sterblichkeit überwinden wollen.

## Verschwörungsmythen und Feindbilder im Compact Magazin während der Corona-Krise

Von Jasmin Farkasch

Das Virus Covid-19 hält seit Anfang des Jahres die ganze Welt in Atem und ist aus den Medien, Zeitschriften und Magazinen nicht mehr wegzudenken. Die Corona-Pandemie kommt jedoch besonders extremen Gruppen der Gesellschaft zugute, die in dieser Zeit von der allgemeinen Verunsicherung der Menschen profitieren wollen. Durch die Verbreitung von Verschwörungs- und Erwartungsmythen versuchen sie, eine bei manchen Bürgern vorhandene ablehnende oder gar feindselige Stimmung gegenüber staatlichen Maßnahmen zu verstärken, um damit zum gemeinsamen „Widerstand“ zu mobilisieren. Dies ist auch der Fall im Compact Magazin, dessen Argumentationsweise im Folgenden vorgestellt werden soll.

### DAS COMPACT MAGAZIN

Das Compact Magazin, seit Oktober 2013 mit dem Zusatz „Magazin für Souveränität“, ist ein monatlich erscheinendes politisches Magazin in Deutschland. Es handelt sich hierbei um eine „Querfront“-Organ, womit ein politisches Konzept gemeint ist, das laut Selbstbeschreibung auf die „Überwindung der Kategorien ‚Links‘ und ‚Rechts‘ zurückgeht“ (Schilk 2017, 10) und sowohl linke als auch rechte Inhalte in dem Magazin inkludieren will.

Der Chefredakteur des Magazins ist Jürgen Elsässer, welcher zuvor Autor bzw. Redakteur bei so unterschiedlichen linksorientierten Printmedien wie *konkret*, *Bahamas* oder *Junge Welt* war, sich jedoch 2010 mit der Gründung von Compact politisch neu orientierte, um vorgeblich Linke und Rechte bewegungs-

orientiert zusammenzuführen (vgl. Lang 2016). Auch in der Corona-Pandemie verfolgt Compact dieses strategische Konzept, das auf den Widerstand gegen das Regierungshandeln gerichtet ist und dazu aufruft, sich diesem Widerstand anzuschließen. Die im Verlauf der Pandemie in Compact verbreiteten Verschwörungsmythen und Feindbilder dienen als Instrumente zur Unterstützung der Bewegungsorientierung und des damit verbundenem Aufrufs zum Widerstand.

### VERSCHWÖRUNGSMYTHOS: CORONA-DIKTATUR

Der Begriff „Corona-Diktatur“, der für einen solchen Verschwörungsmythos steht, wird zwischen Ende März und Anfang August 2020 häufig aufgerufen und mit den verschiedensten Aussagen unterlegt. Laut Compact komme die Corona-Krise der Regierung zugute, da sie damit den langersehten „Übergang in den autoritären Seuchenstaat“ (Elsässer 2020a, 10) erreichen könne, um die Grundlagen der westlichen Kultur von Grund auf zu revidieren und den Abstieg in eine sogenannte „Abstandsgesellschaft“ (ebd.) zu beschleunigen. Die Corona-Krise werde als Vorwand für den geplanten „Ausbau“ eines autoritären Systems genutzt. In Wahrheit sei das das Corona-Virus viel „milder“ als eine herkömmliche Grippe; nur bestimmte Risikogruppen wie ältere oder vorerkrankte Menschen seien von dem Virus betroffen sein. Elsässer behauptet, dass selbst bei diesen betroffenen Menschen nicht gesagt werden könne, ob sie *an* oder *mit* Corona verstorben sind. Um die Angst der Bürger zu schüren, würden die Statistiken zur Ausbreitung des Virus und zu den Todesfällen „verzerrt“ und „künstlich aufgebläht“. Der mit der Corona-Krise verbundene Lockdown wird nicht als Schutzmaßnahme angesehen, sondern wiederum als Vorwand, um die Wirtschaft in Deutschland „abschalten“ und den „Nati-



onalstaat“ schwächen zu können und dadurch den „Untergang“ des Wirtschafts- und Gesundheitssystems herbeizuführen.

Ähnlich argumentiert der Compact-Autor Kleine-Hartlage. Für ihn steuert die Regierung mit dem Lockdown wissentlich und willentlich den „Ruin der Wirtschaft“ (Kleine-Hartlage 2020, 44) an. Gleichzeitig greife sie gezielt in die Grund- und Menschenrechte ein, um die „Corona- Diktatur“ erfolgreich umzusetzen zu können. Der Lockdown diene als Instrument für den Ausbau der Autokratie und die Abschaffung der nationalstaatlichen Wirtschaft. Von dem Umstand, dass zu keinem Zeitpunkt des Lockdowns weder das Parlament noch der Rechtsstaat (der Demonstrationen der Corona-Leugner zuließ) ausgeschaltet waren und somit weiterhin eine funktionierende Demokratie vorzufinden war, lassen sich weder Kleine-Hartlage noch Elsässer in ihrer Argumentation stören. Der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel.

Und der Zweck wird offen ausgesprochen. Die Compact-Gruppe will Einfluss gewinnen auf die Bewegung der Corona-Leugner und -Relativierer, die sich durchaus aus ganz unterschiedlichen Haltungen, Kräften und Strömungen zusammensetzt. Diese ideologische Diversität – einschließlich diffus ‚linker‘ Einstellungen – berücksichtigend empfiehlt Martin Sellner, Führungsfigur der Identitären Bewegung in Österreich und Kolumnist des Magazins, den „Patrioten“ ein vorsichtiges Auftreten: „Ich appelliere daher an jeden Patrioten, sich zeitweise an breiten Zweckbündnissen gegen die Virusdiktatur zu beteiligen und dafür auch Kompromisse in Kauf zu nehmen. Man muss nicht überall mit der eigenen Fahne auftreten und alles mit dem eigenen Logo schmücken“ (Sellner 2020, 65). In seinem Aufruf zum Widerstand gegen die „Diktatur“ und zur Bildung von „Zweckbündnissen“ präsentiert er sich und die Rechte als ‚Freiheitskämpfer‘. Das Ziel lautet: „Wenn wir es schaffen, den Zugriff auf unsere letzten Freiheitsrechte zu verhindern, und diese Zweckbündnisse ihr Ziel erreicht haben, werden viele der Politisierten und Aufgewachten in unsere Parteien und Bewegungen strömen“ (ebd.).

Diese Okkupation des Freiheitspathos durch Compact ist die Kehrseite des Verschwörungsmythos. Der Weg zum „kapitalistische[n] Überwachungsstaat“ (Neumann 2020, 27) sei geebnet. Infolge des Lockdowns würden zwischenmenschliche Begegnungen und die Versammlungsfreiheit immer mehr eingeschränkt, die Freiheit der Menschen sei nicht mehr gewährleistet. Der Überwachungsstaat solle durch die Corona-Warn-App ausgebaut werden, insofern die App, die in dem Magazin als „digitale Fußfessel“ (Pführinger/Klemm/Grassmann 2020, 13) bezeichnet wird, sämtliche mobilen Daten der Menschen auswerte und als „Überwachungstechnik“ genutzt werde.

Weitere Überwachungstechniken würden die Lockdownbedingungen vermehrten Online-Käufe darstellen, da sie der Regierung ermöglichen, Auswertungsmaterial zusätzlich zu den Daten aus der Corona-Warn-App zu erlangen. In Folge dessen sei die „totale Überwachung“ nicht mehr abzuwenden. Die

Einführung dieser „Überwachungstechnik“ lasse Deutschland immer mehr zu einer „faschistischen Diktatur“ (Hildmann 2020, 24)<sup>10</sup> werden und führe zu einer allmählichen „Atomisierung des Menschen“ (Glaser 2020, 16).

## VERSCHWÖRUNGSMYTHOS: MACHTÜBERNAHME DER GLOBALEN ELITEN, BILL GATES ALS „IMPFDIKTATOR“

Wie bereits angesprochen, wird angenommen, dass durch die momentane Corona-Krise der Nationalstaat Deutschland entmachtet werden könne. Folglich könnten die „globalen Eliten“ ihre weltweite Macht ausweiten. Die Corona-Krise würde zur Errichtung einer „globalen Regierung“ (Hildmann 2020, 24) verhelfen und der Nationalstaat Deutschland würde einen starken Souveränitätsverlust erleiden.

Auch hier wird Corona wieder als „Vorwand“ gesehen, um die weltweite Produktion stillzulegen zu können, damit die „globalen Eliten“ im Anschluss an die Krise die Möglichkeit hätten, die Macht über weltweite Produktion zu erringen, um ihre weltweite Dominanz auszuweiten. Durch die Zusammenarbeit der „globalen Eliten“ würde die „Pluralität von Staaten“ (Janich 2020, 64) nicht mehr gegeben sein, die Nationalstaaten wären somit als Machtfaktor außer Kraft gesetzt. Das bedeute, dass nationale Ideen und Interessen nicht mehr umgesetzt werden könnten, sondern nur noch auf die „globalen Eliten“ abgestimmte Interessen durchgesetzt würden.

In diesem Zusammenhang richtet das Compact-Magazin seine Aufmerksamkeit auf Bill Gates. Denn dieser habe die Pandemie zu seinem Nutzen erfunden habe, um die weltweite Macht erlangen zu können. Begründet wird dies damit, dass er ein großes Mitspracherecht und aus diesem Grunde auch einen großen Einfluss bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Corona habe. Er könne daher mit einem Impfstoff gegen Corona sein Vermögen enorm steigern und durch die Krise einen außerordentlichen Profit einfahren würde. Mit der von ihm propagierten „Impfpflicht“ beabsichtige er allerdings nicht, die Menschen gegen das Corona-Virus immunisieren, vielmehr wolle er durch die Impfung einen Haut-Chip unter die Haut der Menschen transplantieren lassen: als eine „individuelle, tragbare biometrisch verknüpfte und digitale Identität durchsetzen, die auf Lebenszeit besteht“ (Leonhard 2020, 13). Der Haut Chip solle dazu dienen, ihn als eine weitere Überwachungstechnik nutzen zu können und durch die neu dazu gewonnenen Daten die totale Kontrolle und Überwachung über die gesamte Menschheit erlangen zu können.

Für Bill Gates stehen nach Aussagen des Compact-Magazins nicht die „sozialen Faktoren“, also Gesundheit, Immunität

<sup>10</sup> Interviews mit bekannten „Verschwörungstheoretikern“ wie Attila Hildmann, Xavier Naidoo u.a. werden in Compact oft abgedruckt, um sie für das Magazin sprechen bzw. die Position des Magazins bestätigen zu lassen



gegen das Virus etc. im Vordergrund, sondern ganz allein der „technische- und wirtschaftliche Faktor“ (Leonhard 2020, 13) zugunsten der weltweiten Machtausdehnung und des Ausbaus der weltweiten Überwachung. Aufgrund dieser Behauptungen wird Gates als der „Impfdiktator“ (Leonhard 2020, 10) betitelt, gewissermaßen als der Vorbote einer bald folgenden (Gesundheits-)Diktatur. Jürgen Elsässer sieht das Gates-Projekt, „die Impfung von sieben Milliarden Erdenbürgern“, als „Angriff auf unsere Körper und Reproduktion“ (Elsässer 2020b, 42).

Dieser Verschwörungsmythos hat keinen informativen Gehalt, denn es wird keinen Zusammenschluss der „globalen Eliten“ zu einer Art Kollektiv geben, da die jeweiligen Nationalstaaten „nach wie vor eine nationale Prägung“ (Bourdieu 2002, 23) aufweisen und weiterhin im eigenen Interesse handeln werden, um die nationalen Ziele zu erreichen und durchzusetzen.

## FEINDBILDER UND ERWARTUNGSMYTHEN

Die Verschwörungsmythen, darauf soll abschließend eingegangen werden, reproduzieren bereits hinlänglich bekannte Feindbilder aus der ‚Vor-Corona-Zeit‘. Das gilt für das Feindbild der „globalen Eliten“. Aber auch das ‚klassische‘ Feindbild des Flüchtlings darf nicht fehlen. So behauptet Elsässer, dass das Corona-Virus nur nach Deutschland gekommen sei, weil die meisten „Flüchtlinge“ einen Fluchtweg über den Iran gewählt hätten. Dort habe sich das Virus zu Hochzeiten der Krise „grasierend“ (Elsässer 2020b, 42) verbreitet und dort hätten sich die „Flüchtlinge“ angesteckt.

An dieses Konstrukt knüpft der Erwartungsmythos (vgl. zu diesem Begriff Lenk 2005, 56) an, dass die vielen erkrankten „Flüchtlinge“ die Intensivbetten für die Behandlung der Schwer-Erkrankten den Deutschen wegnehmen würden. „Unser“ Gesundheitssystem sei dafür nicht ausgelegt, um erkrankte „Flüchtlinge“ – dazu noch in steigendem Ausmaß – aufzunehmen. Dieser Erwartungsmythos schürt Wut oder Panik bei den Lesern, die Abneigung gegen „Flüchtlinge“ soll ansteigen. Nach Elsässer sind demnach vor allem die Flüchtlinge für die herrschende Krise verantwortlich, womit er den in Compact gepflegten Rassismus im Kontext der Corona-Krise reproduziert. Elsässer stellt Corona als Vorwand für den häufig beschworenen „Bevölkerungsaustausch“ dar, der zur „Zerstörung der Völker und Nationen, vor allem der Deutschen“ (Elsässer 2020b, 42) führe und seiner Meinung nach bereits „weitgehend abgeschlossen“ (ebd.) sei.

Damit ist auch die Thematik der Grenzsicherungen und des ‚Regierungsversagens‘ angesprochen. Nach Elsässer hätten

die Grenzen schon viel früher geschlossen werden müssen: Deutschland befinde sich in „Gefahr“, seine Souveränität sei gefährdet. Das „Wir“ sei, so Jonas Glaser, durch die „massive Integration“ (Glaser 2020, 51) bedroht, dagegen müsse sich – hier wird wieder die Bewegungsorientierung des Magazins deutlich – „aufgelehnt“ werden.

**Jasmin Farkasch studiert Soziologie an der Uni Duisburg-Essen und war Praktikantin im DISS**

## QUELLEN UND LITERATUR

- Bourdieu, Pierre 2002: Das Politische seiner Soziologie, in: Bittlingmayer, Uwe H. u.a. (Hg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen, 13-26.
- Elsässer, Jürgen 2020a: Sie kommen: Die neue Asylflut, in: Compact Magazin H. 4, 10-13.
- Elsässer, Jürgen 2020b: „Ich kann erst ruhen, wenn den Deutschen Gerechtigkeit widerfährt“, in: Compact Magazin H. 6, 38-42.
- Glaser, Jonas 2020: Fürchte deinen Nächsten wie dich selbst, in: Compact Magazin H. 5, 16ff.
- Hildmann, Attila 2020: So Gates nicht: „Aufpassen, was mit unserer Demokratie geschieht“, in: Compact Magazin H. 6, 24-25.
- Janich, Oliver 2020: Janichs Welt. Querfront-Frühling, in: Compact Magazin H. 6, 64.
- Kleine-Hartlage, Manfred 2020: Versagen die Konservativen in der Corona-Krise? In: Compact Magazin H. 6, 44-46.
- Lang, Jürgen P. 2016: Biografisches Porträt: Jürgen Elsässer, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie 28, 225-240.
- Lenk, Kurt 2005: Das Problem der Dekadenz seit Georges Sorel, in: Kauffmann, Heiko/Kellershohn, Helmut/Paul, Jobst (Hg.): Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt. Analysen rechter Ideologie, Münster, 49-63.
- Leonhard, Johann: Der Impfdiktator, in: Compact Magazin H. 6, 10-14.
- Neumann, Marvin Timotheus 2020: Nach dem Tag X, in: Compact Magazin H. 4, 25-27.
- Pföhringer, Daniell/Klemm, Paul/Grassmann, Roy 2020: Die Welt danach, in: Compact Magazin H. 5, 13-15.
- Schilk, Felix (Hg.) 2017: Souveränität statt Komplexität. Wie das Querfront-Magazin ‚Compact‘ die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet, Münster.
- Sellner, Martin 2020: Alle an einem Strang! In: Compact Magazin H. 6, 65.



# Die Instrumentalisierung der COVID-19-Pandemie von rechts

## ANALYSE DER BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE COVID-19-PANDEMIE IN DER WOCHENZEITUNG JUNGE FREIHEIT

Von Rebekka Bonacker

Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteure nutzen die gegenwärtige COVID-19-Pandemie, um ihre (Um-)Deutungen, Narrative und Propaganda in sozialen Netzwerken und ihren Veröffentlichungen zu platzieren und in der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu verbreiten (vgl. Sold/Süß 2020). Dabei lassen sich unterschiedliche und z.T. widersprüchliche Deutungszuschreibungen bzgl. der globalen Gesundheitskrise beobachten.<sup>11</sup> Der folgende Beitrag untersucht, wie in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die als zentrale Publikation der jungkonservativen Neuen Rechten in Deutschland gilt (vgl. Kellershohn 2013, 5f), die Pandemie als Möglichkeit genutzt wird, Mehrheiten für eine völkisch-nationalistische Ideologie zu mobilisieren.

Seit Anfang März ist die Pandemie ein fester Bestandteil der Berichterstattung in der auf dem Zeitungsmarkt etablierten Wochenzeitung Junge Freiheit (JF). Unter dem „Deckmantel des Konservatismus“ bildet die JF ein „Scharnier zwischen Rechtsextremismus und demokratischem Spektrum“ (Braun/Vogt 2007, 9f). Um der Frage nachzugehen, wie die COVID-19-Pandemie in der Berichterstattung der JF diskursiv mit der ideologischen Position der Zeitung in Verbindung gebracht wird, wurden mittels einer Strukturanalyse die Aussagen zur COVID-19-Pandemie erfasst und deren Wirkungspotenziale aufgezeigt.<sup>12</sup>

11 Vgl. dazu auch McNeil-Willson 2020.

12 Materialgrundlage der Analyse waren 24 Kommentare, die im Zeitraum vom 06.03.2020 (Beginn der Berichterstattung) bis 14.08.2020 erschienen. Die Kommentare wurden der Ersten Seite der Printausgabe entnommen, da an dieser Stelle Aussagen komprimiert zusammengefasst werden, und

### DAS VIRUS ALS NATIONALE NOTLAGE

Der pandemiebedingte Ist-Zustand wird in den analysierten Kommentaren als eine umwälzende „Mega-Krise“ (JF 15/20), eine „Vollbremsung“ (JF 18/20) oder ein „gesellschaftliche[s] Not-Aus“ (JF 13/20) verstanden. Dabei werden wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Auswirkungen – insbesondere mit Bezug auf die nationale Ebene – beleuchtet. In Bezug auf ersteres erfahren die volkswirtschaftliche Bedrohung durch die Pandemie und der ökonomischer Kontrollverlust Aufmerksamkeit. Bei den gesellschaftlichen Auswirkungen werden insbesondere Leid, Verunsicherungen und Ängste der Bevölkerung angesprochen, wie z.B. die „Furcht um das eigene wirtschaftliche und soziale Überleben“ (JF 21/20). Gründe für Ängste seien u.a. „[z]ehntausende vernichtete Existenzen, Massenkurzarbeit, Entlassungen“ (JF 21/20). Neben der volkswirtschaftlichen wird demnach eine gesamtgesellschaftlich emotionale Notlage entworfen. Ebendieser Ist-Zustand der Notlage ist sowohl Ausgangspunkt für Schuldzuweisungen als auch für politische Forderungen.

### REGIERUNGSVERSAGEN

Das am häufigsten angeführte Aussagenfeld bezieht sich in unterschiedlichen Ausprägungen auf das Regierungsversagen, wodurch ein Narrativ, das im Allgemeinen Unverantwortlichkeit bzw. Unfähigkeit der Regierung deutlich macht, produziert wird. In den ersten zwei Monaten des Untersuchungszeitraums wird das Fehlen von frühzeitigen mit einer themenaspektororientierten Auswahl von Online-Kommentaren ergänzt. Das vollständige Dossier aller Artikel kann in DISS angefragt werden.

Maßnahmen und angemessenen Vorkehrungen in den Vordergrund der Berichterstattung gestellt. Die angenommene „lethargische[...] Passivität“ (JF 15/20) der Regierung zeige sich durch Verschweigen, Verleugnen, Verharmlosen und Beschwichtigen der Gefahr. Die Autoren betonen wiederkehrend den Vorwurf, dass trotz Vorwarnungen keine Notfallvorsorge getroffen worden sei, sodass sich das Land zum Schutz der Bürger\*innen nicht mehr verteidigen könne. Die Ursache der Verbreitung der Pandemie und damit des o.g. Notstands wird folglich fahrlässiger Untätigkeit der Regierung zugewiesen.

Das Narrativ des Regierungsversagen in der Krise wird dahingehend erweitert, dass auf eine Kontinuität der staatlichen Unfähigkeit verwiesen wird: „Wer jetzt denkt, daß das Wahnsinn sei, der wird erkennen, daß dahinter Methode steckt.“ (JF 11/20) In diesem Zusammenhang werden mittels Diskursverschränkungen sachfremde Themen, welche jedoch den klassischen, rechten Feindbildern<sup>13</sup> entsprechen, in Verbindung mit dem pandemiebedingten Zustand gebracht.<sup>14</sup> Das mangelhafte staatliche Krisenmanagement sei auf eine falsche Ausrichtung der politischen Praxis zurückzuführen. Somit wird an die gängige rechte Kritik der gegenwärtigen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse angeknüpft. Die als misslich wahrgenommene Politik, welche im Allgemeinen den „modischen Luxus-themen des links-grünen Komplexes“ (JF 13/20) zugeordnet wird, befasse sich mit dem „Kampf gegen ‚Rassismus und Islamfeindlichkeit‘“ (JF 11/20), „Genderrismus, sozialpolitische[...] Wohltaten und humanitäre[...] Weltverbesserung“ (JF 13/20) oder „widersinnige[n] Projekte[n] wie die Willkommenskultur“

13 Vgl. dazu auch Heitmeyer 2018, 252f.

14 Vgl. dazu auch Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 2020.

(JF 15/20). Hierdurch wird das etablierte Regieren in und vor der Pandemie diskreditiert, indem der Einsatz für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft der Vielen als destruktiv dargestellt wird.

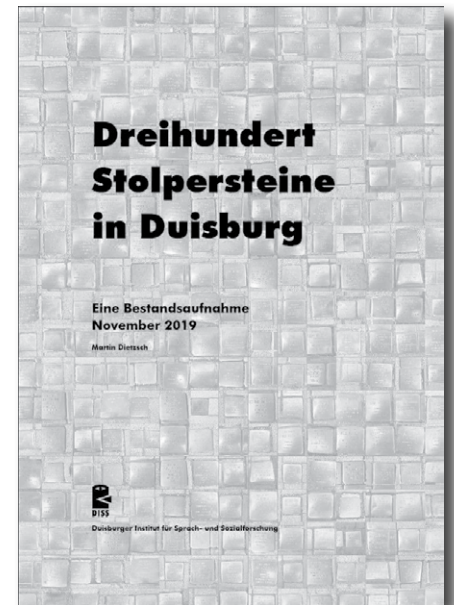
Das Narrativ des Regierungsversagens tritt in Verbindung mit der etablierten Kritik an einem elitären und manipulativen Regierungsstil auf. Hunold und Kellershohn (2013) zeigten bereits in ihrer Untersuchung zur Parteienkritik der JF die in der Wochenzeitung vorherrschende These auf, dass staatstragende Parteien sich von dem Souverän – dem Volk – emanzipiert hätten (vgl. ebd., 264). Diese Annahme wird in der Berichterstattung über die COVID-19-Pandemie ebenfalls diskursiv aufgegriffen, indem das staatliche Handeln in der Krise als eine Praxis elitärer Herrschaft (um-)gedeutet wird: „Der Demos wird als formbare Masse betrachtet, der durch psychologische Tricks auf Gefolgschaftstreue verpflichtet wird.“ (JF 34/20) Durch eine elitäre Herrschaftspraxis, Herablassung und Bevormundung würden die „Sorgen normaler Menschen“ (JF 11/20) ungehört bleiben. Folglich wird das Narrativ des Regierungsversagens durch eine verstärkte politische Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten, welcher ein manipulatives Potential inhärent sei, ergänzt. Das manipulative Potential des staatlichen Handelns wird in der Gefahr eines zunehmenden Machtausbaus der Regierung gesehen. Eine verstärkte Regierungsmacht könne dahingehend genutzt werden, die „Konsensgesellschaft“ (JF 11/20) auszubauen und „Klima-Leugner, Islamophobe, Gender- und Euro-Kritiker sowie Rechte“ (JF 15/20) als legitime (rechts-)konservative, demokratische Alternativen auszuschließen. Demnach wird neben der äußeren Gefahr durch das SARS-CoV-2 Virus, welches Auslöser des Notstands sei, auch eine innere Gefahr durch einen möglichen Machtmissbrauch der Regierung, wodurch der nationale Notstand zugespitzt würde, konstruiert.

## DER NATIONALSTAAT ALS LÖSUNG

Der oben genannten Angst und dem komplexen Narrativ des Regierungsversagens wird in den analysierten Kommentaren eine wiederherzustellende Kontrolle entgegengesetzt: „Der souveräne Nationalstaat [...] ist gerade in Notzeiten die sicherste Bank und auch im 21. Jahrhundert ein Erfolgsmodell.“ (JF 14/20) Die (Wieder-)Einführung eines souveränen Nationalstaates wird mittels (1) der Kritik am internationalen politischen System, (2) der Notwendigkeit einer unabhängigen Sicherheits- und Außenpolitik sowie (3) der Berufung auf eine nationale Identität begründet.

Die Kritik am internationalen politischen System bezieht sich z.T. auf eine vermeintliche Fremdbestimmung durch die EU, insbesondere jedoch auf die mangelnde Handlungsfähigkeit und Legitimität der EU. Weil die Exekutive der EU weder in der Krise noch im Allgemeinen eine legitime, handlungsfähige Instanz sei, werde „die Corona-Krise zur Stunde der Exekutive [...] der nationalen Regierungen.“ (JF 13/20) Eine vollziehende Gewalt, welche unabhängig von internationalen Konstellationen ist, wird neben der allgemeinen EU-Kritik insbesondere mit sicherheitspolitischen Aspekten gerechtfertigt. Folglich wird der Diskurs über den Nationalstaat an dieser Stelle mit dem Diskurs über Sicherheit und im weiteren Verlauf mit dem Diskurs über Migration in einen vermeintlich stringenten Zusammenhang gebracht. Es sei Aufgabe des Staates, den Schutz der Bürger\*innen zu gewährleisten: „Von ihm [dem Nationalstaat] wird erwartet, die notwendigen Maßnahmen nach außen und nach innen zu ergreifen, um Leben und Sicherheit seiner Bürger zu schützen.“ (JF 14/20)

In Bezug auf die „Maßnahmen nach außen“ wird in den analysierten Kommentaren die geforderte Einrichtung einer spezifischen Grenzsicherung und -kontrolle zum vorrangigen Thema. Grenzsicherungen seien ein notwendiges Mittel gegen die Verbreitung der



Martin Dietzsch  
Dreihundert Stolpersteine in Duisburg  
Eine Bestandsaufnahme  
November 2019

Kostenlose Online-Broschüre, 338 Seiten, DIN-A4  
<http://www.diss-duisburg.de/online-bibliothek/bucher-im-volltext/broschuere-ueber-die-duisburger-stolpersteine/>

Bis November 2019 wurden in Duisburg 300 Stolpersteine verlegt. Die Leserinnen und Leser finden hier erstmals eine ausführliche und vollständige Liste dieser Steine mit Verlegungsort, Fotos des jeweiligen Steines und dessen Umgebung, das Verlegungsdatum, sowie Kurztexte zu den Biografien, die der Literatur und Zeitungsartikeln entnommen sind und Verweise auf weitere Quellen.



Margarete Jäger, Max Kroppenberg, Benno Nothardt und Regina Wamper

**#120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream.**

Forschungsgesellschaft für gesellschaftliche Weiterentwicklung, 2019. 86 Seiten, online verfügbar, ISSN 2699-1446. Lynn Berg, Andreas Zick (Hg.): FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 02.

[<http://www.disskursiv.de/2020/01/12/3005/>]

Das Verhältnis der extremen Rechten in Deutschland zum Feminismus ist durch einen ausgeprägten völkischen Antifeminismus bestimmt. Das zeigt sich deutlich in deren Rezeption der #MeToo-Kampagne.

Durch die Kampagne #120Dezibel der Identitären Bewegung wird keine spezifische Form des rechten Antisexismus hervorgebracht, auch wenn man vordergründig auf Frauenrechte rekurriert. Der völkische Antifeminismus in der extremen Rechten ist weiter vorherrschend. Bei der Kampagne und ihrer Rezeption in der extremen Rechten handelt es sich um eine populistische Diskursstrategie.

In der Debatte um ein Tötungsdelikt in Kandel im Jahr 2017 wurden in deutschen Leitmedien Ethnisierungen von Sexismus und von Femiziden vorgenommen. Dies bot Anschlussstellen für rechtspopulistische Interventionen in den Diskurs, wie sie die Kampagne #120Dezibel darstellt.

Gleichzeitig grenzen sich deutsche Leitmedien aber von Ethnisierungen ab, wenn diese von der extremen Rechten hervorgebracht werden.

Pandemie: „Sind Volk und Vaterland in Gefahr, gibt es nur eine Parole: Close the ranks – Schließt die Reihen!“ (Weißmann 2020). Eine souveräne Grenzpolitik wird mittels des skizzierten Notstands legitimiert. Demzufolge rechtfertigt die Notlage die Bedingungslosigkeit in der Wahl der Mittel. Staatsgrenzen werden in dieser Sichtweise zu Schutzgrenzen gegen die Gefahr von außen. Über die Hoheit ebendieser Außen- bzw. Schutzgrenzen würde ausschließlich der souveräne Nationalstaat verfügen. Der souveräne Nationalstaat wird somit zu einer Voraussetzung für eine unabhängige Außenpolitik. Bereits Haarfeldt (2013) analysierte das für die JF charakteristische Verständnis einer deutschen Außenpolitik, welches auf der Hervorhebung der Souveränität des Staates basiere. Die nationalstaatliche Souveränität gehe demnach aus der eigenständigen Definition sowie Durchsetzung von nationalen Interessen bzw. der Unabhängigkeit von supranationalen Konstellationen bzgl. politischer Entscheidungsprozesse hervor (vgl. ebd., 305). Das Argument, dass es internationale Netzwerke von Expert\*innen und internationale Absprachen zwischen nationalen Regierungen braucht, um gemeinsam und solidarisch Lösungen in einer globalen Gesundheitskrise zu finden, bleibt in einer solchen Perspektive unberücksichtigt. Genauso wird damit auch das Leid derer, die außerhalb der deutschen Grenzen (über-)leben und sterben, ausgeblendet und ignoriert.

### EINE GRUNDSÄTZLICHE NEUANORDNUNG

Die geforderte Einrichtung eines souveränen Grenzregimes soll sich jedoch nicht allein auf den Pandemieschutz beschränken, sondern zielt auf die Ausweitung der Befugnisse der Grenzsicherung und -kontrolle. Als Begründung für die grundlegende Umgestaltung der Grenzpolitik werden die Effektivität für die Strafverfolgung sowie eine regulierte Einwanderung in den Vordergrund gestellt: Die Krise müsse dazu führen, „das Schengen-Abkommen zu reformieren

und durch ein intelligentes Grenzregime zu ersetzen, das [...] die permanente Kontrolle gegen illegale Migration und flüchtige Straftäter sicherstellt“ (JF 21/20). Hier wird abermals der pandemiebedingte Zustand mit sachfremden Themen (Migration, Strafverfolgung) in Verbindung gebracht, sodass die nationalen Staatsgrenzen zum Schutz vor dem SARS-CoV-2 Virus gleichzeitig als ethnische Grenzen zum Schutz vor illegaler Migration (um-)gedeutet werden. Das bedeutet, dass der pandemiebedingte Zustand als Anlass genommen wird, nicht lediglich autoritäre staatliche Maßnahmen in der Gesundheitskrise, sondern deren grundsätzliche Inkorporierung in den bestehenden Staat zu rechtfertigen. Kellershohn (2016) beschreibt diese in der JF charakteristischen autoritären Bestrebungen als Versuche des „Staatsumbaus“, welcher ein strategisches Ziel des Jungkonservatismus sei (vgl. ebd., 446f).

### DIE NATIONALE SOLIDAR-GEMEINSCHAFT

Zuletzt wird in den analysierten Kommentaren die (Wieder-)Einführung eines souveränen Nationalstaats mit der Berufung auf eine nationale Einheit bzw. Solidargemeinschaft gefordert: „Die jetzt angesagten Tugenden wie Disziplin, Nervenstärke, Geduld und Gemeinsinn sind nur auf nationaler Ebene mobilisierbar.“ (JF 13/20) Solidarität wird an die Nation gebunden – die Nation wird zu einer Solidargemeinschaft. Mit der Berufung auf ein „deutsches“ funktionierendes Gemeinwesen und das Gemeinwohl der Nation werden das „Volk“ als Kollektiv-Subjekt und die Nation zu einer Einheit verbunden. Gleichzeitig ist damit auch eine Zugehörigkeitsordnung gemeint, welche all jene, die nicht der weißen Dominanzkultur entsprechen, ausschließt.

## DIE BEWEGUNGSORIENTIERTE STRATEGIE

Jedoch ist die skizzierte und vornehmlich dominante Argumentationskette von Notstand und äußerer Bedrohung zur Philosophie der Tat – der Verteidigung des Nationalen – in den analysierten Kommentaren nicht stringent. Vielmehr weist sie inhaltliche Brüche und Widersprüche auf. Wird in den ersten zwei Monaten des Untersuchungszeitraums die fahrlässige Untätigkeit der Regierung in den Vordergrund der Berichterstattung gestellt und ein staatliches Durchgreifen gefordert, werden im weiteren Verlauf die eben noch verlangten Maßnahmen als „Panikreaktion“ (JF 17/20) und später als „staatliche [...] Überreaktion, [...] jugendliche [...] Unvernunft, [...] Wutausbrüche [...], Prinzipienreiterei“ (JF 32/20) bewertet. Diese inhaltlichen Brüche deuten eine bewegungsorientierte Strategie der JF an. Als im Mai erstmals tausende Menschen gegen die Regelungen zur Eindämmung des Virus demonstrierten (vgl. Mitteldeutscher Rundfunk 2020), wird in den analysierten Kommentaren das zuvor erwünschte Durchgreifen zunehmend zu einem weit überzogenen Eingreifen umdefiniert: „Die Exekutive hat sich darin eingerichtet, die Bürger nicht wie mündige Subjekte einer aufgeklärten Republik zu behandeln, sondern wie törichte und trotzig Untertanen, denen ihr alltägliches Verhalten bis ins kleinste Detail vorgeschrieben werden muß“ (JF 21/20). Die Kritik der staatlichen Untätigkeit wird zu einer Kritik der staatlichen Übergriffigkeit. Damit werden die Inhalte der Berichterstattung zweckmäßig an diejenigen gegenwärtigen politischen Entscheidungen bzw. gesellschaftlichen Stimmungen angepasst, die (1) eine fortwährende Regierungskritik ermöglichen und (2) eine Haltung gegen die etablierte Regierung in der Gesellschaft stärken.

## FAZIT

Die COVID-19-Pandemie wird in der Berichterstattung der JF als Chance wahrgenommen, Mehrheiten für eine Ideologie eines souveränen Nationalstaats, der Schutz und Ordnung garantiert, zu gewinnen. Das angestrebte Comeback des Nationalstaates bedeutet unmittelbar eine erhoffte grundsätzliche politische wie soziale Neuordnung: das Ende der gegenwärtig staatstragenden Parteien und das Ende der Gesellschaft der Vielen. Die Pandemie wird als Instrument genutzt, vor allem eine Politik der geschlossenen Grenzen weiter zu etablieren. Die Art und Weise der Argumentation in der Berichterstattung über die COVID-19-Pandemie folgt dabei gängigen Schemata – nichtsdestotrotz kann die rechte Vereinnahmung der Pandemie zur Festigung autoritärer Strukturen beitragen. „Es steht viel auf dem Spiel: Für die Rechte geht es darum, die Pandemie zur Krise der Demokratie zu machen“ (Renner/Wehrhahn 2020, 44). Umso dringlicher zeigt sich, dass nicht nur die Verbreitung der Pandemie selbst, sondern auch deren extremistischer Vereinnahmung entgegengewirkt werden muss.

**Rebeka Bonacker ist Studentin des M.A. Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und war Praktikantin im Arbeitskreis Rechts des DISS.**

## LITERATURVERZEICHNIS

- Braun, Stephan/Vogt, Ute (2007). Vorwort. In Stephan Braun/Ute Vogt (Hrsg.), *Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“*. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden (S. 9-14). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (2020). *Sandro Witt und Matthias Quent warnen vor rechtsextremen Vereinnahmung der Corona-Krise*. Abrufbar unter: [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/corona\\_erklaerung\\_witt\\_quent.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/corona_erklaerung_witt_quent.pdf); abgerufen am 18.09.2020.

- Haarfeldt, Mark (2013). Extrem rechte Perspektiven einer „souveränen“ deutschen Außenpolitik. In: Helmut Kellershohn (Hrsg.), *Die „Deutsche Stimme“ der „Jungen Freiheit“*. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten (S. 283-311). Münster: UNRAST.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018). *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Hunold, Giesbert/Kellershohn, Helmut (2013). Die Abschaffer. Parteienkritik in der Jungen Freiheit und der Deutschen Stimme. In: Helmut Kellershohn (Hrsg.), *Die „Deutsche Stimme“ der „Jungen Freiheit“*. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten (S. 256-282). Münster: UNRAST.
- Kellershohn, Helmut (2013). Zur Einführung. In: Helmut Kellershohn (Hrsg.), *Die „Deutsche Stimme“ der „Jungen Freiheit“*. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten (S. 5-29). Münster: UNRAST.
- Kellershohn, Helmut (2016). Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt. In: Stephan Braun, Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten* (S. 439-468). Wiesbaden: Springer.
- Mitteldeutscher Rundfunk (2020). *Die Chronik der Corona-Krise*. Abrufbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/corona-chronik-chronologie-coronavirus-100.html>; abgerufen am 18.09.2020.
- McNeil-Willson (2020) (Rep.). International Centre for Counter-Terrorism.
- Renner, Martina/Wehrhahn, Sebastian (2020). Die neue Rechte: Corona als Tag X. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5, 41-44.
- Sold, Manjana/Süß, Clara-Auguste (2020). *Das Virus als Mittel zum Zweck: Extremistische (Um-) Deutungen der Corona-Pandemie*. Abrufbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/308634/das-virus-als-mittel-zum-zweck-extremistische-um-deutungen-der-corona-pandemie>; abgerufen am 18.09.2020.



# Die Schaffung der türkischen Nation durch diskursive Exklusion und physische Vernichtung

Von Ismail Küpeli



Wie die türkischen Medien die Vernichtungsoperationen damals darstellten: „Die eiserne Faust der Staates erschlägt den rebellischen Kurden“ (aus: *Cumhuriyet*, 12. April 1925)

Die Etablierung eines türkischen Nationalstaats im 20. Jahrhundert, einschließlich der Schaffung einer türkischen Nation, ging einher mit der Vernichtung, Vertreibung und Marginalisierung von nicht-muslimischen und nicht-türkischen Bevölkerungsgruppen. Die Schaffung einer türkischen Nation wurde allerdings nicht nur durch Vernichtung und Exklusion vorangetrieben, sondern ebenfalls mit diskursiven Mitteln, nämlich mittels Narrativen und Leitbildern. Sie dienten dazu, staatliche Politiken zu legitimieren. So wurde etwa die ethnisch-religiöse Homogenisierungspolitik durch das Narrativ der fehlenden nationalen Einheit als Hindernis für eine erfolgreiche Modernisierung legitimiert. Die „ethnischen Säuberungen“, Massaker, Deportationen und Umsiedlungen sind Bestandteile dieser Strategien des türkischen Staates. Die Reduzierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen zu „Minderheiten“ ist eine Folge dieser Gewaltpolitiken. In zahlreichen Regionen hatten nicht-tür-

kische Bevölkerungsgruppen die Mehrheit gestellt, bis dies durch Massaker und Umsiedlungen geändert wurde.

Die Kurd\_innen waren als die letzte große nicht-türkische Gruppe in der neuen Republik das Haupthindernis für das kemalistische Staatsprojekt einer homogenen türkischen Nation. Das Eindringen des Staates und die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung war immer wieder umkämpft, zuletzt 1937/1938 in Dersim. Dersim als widerständige Region mit schwacher staatlicher Präsenz wurde nach langer Planung vom türkischen Staat angegriffen. Jeglicher Widerstand wurde brutal zerschlagen und die Bevölkerung getötet oder vertrieben. Danach gab es keine nennenswerten Kämpfe zwischen kurdischen Akteuren und der türkischer Armee bis in die 1970er-Jahre. So galt bis in die 1960er ein Kompromiss, der nicht ausgesprochen wurde aber trotzdem gültig war: Der türkische Staat kooptierte die loyalen kurdischen Eliten in das neue politische System, etwa durch die Gewährung von Parlamentssitzen. Die faktische Macht, die die lokalen Eliten hatten, wurde institutionalisiert und mit den Strukturen der Republik in Einklang gebracht. Im Gegenzug akzeptierten die kurdischen Eliten die offizielle Redeweise, die die Existenz der Kurden leugnete und von einem monoethnischen, türkischen Staat sprach. Sie verzichteten ebenfalls auf Forderungen wie etwa nach der Anerkennung der kurdischen Sprache oder der Schaffung eines Minderheiten- oder Autonomiestatutes für die Kurden.

## DIE REDE ÜBER DIE KURD\_INNEN

Der hegemoniale Diskurs der türkischen Geschichtsschreibung, wie sie sowohl in den geschichts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Hochschulen als auch von den staatlichen Wissenspro-

duzenten hergestellt wird, entwirft spezifische Erzählungen über die Republik Türkei und ihre jeweiligen Gegner\_innen. Eine dieser Erzählungen, nämlich das Narrativ über die Kurd\_innen als eine rebellische und feindliche Bevölkerungsgruppe, entstand bereits vor der Gründung der Republik und ist bis heute relevant. Die Beschreibung der Kurd\_innen als rebellisch und barbarisch hängt dabei unmittelbar mit der Legitimierung der staatlichen Gewaltpolitiken gegen die Kurden zusammen.

## DIE ERZÄHLUNGEN ÜBER DIE ANDERSARTIGEN KURD\_INNEN

Die Erzählung von den Kurd\_innen als eine fremde, andersartige und nicht vertrauenswürdige Bevölkerungsgruppe ist einerseits zentral, um sie aus den Kreis der schützenswerten Staatsbürger auszuschließen und so die staatliche Gewaltpolitik gegen sie zu legitimieren. Andererseits stellt diese Erzählung den hegemonialen Diskurs selbst in Frage, weil eine andere zentrale Erzählung, nämlich die Homogenität der türkischen Nation unterminiert wird. Anders gesagt: Wenn es gar keine Kurd\_innen im engen Sinne gibt und sie eigentlich ein Teil der türkischen Nation sind, der seine türkischen Wurzeln vergessen hat, wie können sie dann so grundsätzlich anders und fremd sein?

Dieser Widerspruch wird durch die Erzählung gelöst, dass die einfache kurdische Bevölkerung von ihren Anführern absichtlich in Unfreiheit und Barbarei gehalten werde. Folgerichtig sollen die Kurd\_innen von ihren Scheichs und Stammesführern befreit werden, um echte Staatsbürger und Teil der türkischen Nation zu werden. Diese Erzählung von dem Stammesführern und einem feudalen System, denen die Kurd\_innen unterworfen sind und aus

denen sie befreit werden sollen, wurde in den ersten Jahrzehnten der Republik immer wieder verwendet, um die aktuelle Kurdenpolitik zu legitimieren. Im hegemonialen Diskurs der türkischen Geschichtsschreibung wird die Erzählung immer noch verwendet, wenn es um diese Jahrzehnte geht. Allerdings wird heutzutage die gegenwärtige Kurdenpolitik nicht mehr darüber gerechtfertigt, weil mit den sozialen Veränderungen in den kurdischen Gebieten der Türkei die Rede über Stammesführer und Scheichs keine Überzeugungskraft mehr besitzt. Eine Variante dieser Erzählung ist zu beobachten, wenn etwa der kurdischen PKK vorgeworfen wird, die Kurd\_innen hinter das Licht zu führen und in Wirklichkeit eine armenische Verschwörung gegen die Türkei und die Kurd\_innen zu sein – das Beispiel ist nicht ausgedacht.

### **DIE ERZÄHLUNG ÜBER DIE VERSCHWÖRUNG DER FREMDEN FEINDE GEGEN DIE TÜRKEI**

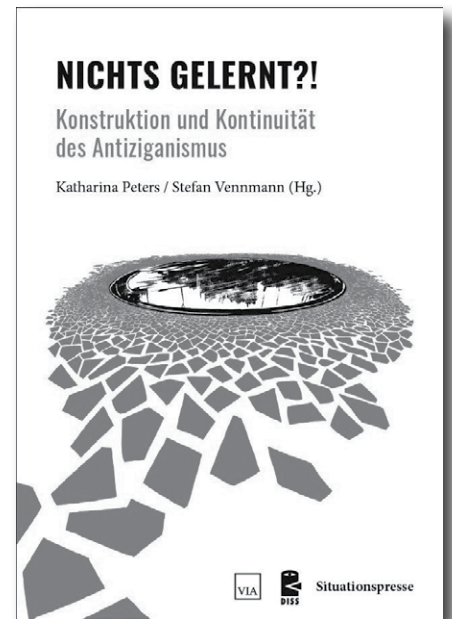
Die Darstellung der kurdischen Aufstände im hegemonialen Diskurs ist neben der Zuschreibungen an die Kurd\_innen zusätzlich davon gekennzeichnet, dass die kurdischen Akteur\_innen zu Werkzeugen von feindlichen fremden Mächten gemacht werden. Die Kurd\_innen sind also nicht nur fremd, barbarisch, nicht vertrauenswürdig und andersartig (was negativ konnotiert wird), sondern zugleich nur Objekte, die benutzt werden. Die Feindschaft der fremden Mächte wiederum wird als absolut und fast schon zeitlos gesetzt. Es ist eine Feindschaft, die schon seit Jahrhunderten existiert und von Kräften weltweit getragen wird. Die Methoden der Feinde sind heimtückisch, schwer zu erkennen und zielen darauf, die Türkei zu schwächen, zu unterminieren und schließlich zusammenbrechen zu lassen. Dazu bedienen sie sich den nicht-türkischen Bevölkerungsgruppen in der Türkei. Diese Erzählung wird fortlaufend aktualisiert und reproduziert und gewinnt in Krisenzeiten zunehmend an Bedeutung – wie etwa seit dem Beginn der Afrin-Offensive am 20. Januar 2018. Auch hier dient die Erzäh-

lung von den fremden und feindlichen Mächten, die mit nicht-türkischen Bevölkerungsgruppen gegen die Türkei zusammenarbeiten, der Legitimierung der eigenen Gewaltpolitik.

### **AUFARBEITUNG DER GESCHICHTE ALS WEGBEREITUNG DES FRIEDENS**

Der hier skizzierte Diskurs der türkischen Geschichtsschreibung mit Erzählungen über die Kurden als das „Anderer“ und von der grundsätzlichen Feindschaft zu den „Anderen“ ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik hegemonial. Das ist allerdings nicht „nur“ ein Problem für eine adäquate wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Republik Türkei, sondern hat auch ganz handfeste Folgen für die politische und gesellschaftliche Lage in der Türkei und im Nahen und Mittleren Osten. Die Politik der Türkei, die bis heute auf die Negierung der Kurd\_innen als eine Bevölkerungsgruppe mit dem Anspruch auf politische, soziale und kulturelle Autonomie setzt und sogar außerhalb der eigenen Landesgrenzen jedes Bestreben der Kurd\_innen eine solche Autonomie oder gar nationale Unabhängigkeit zu erreichen als einen Angriff auf die Türkei selbst versteht, ist nicht zu trennen von diesen Erzählungen über die Türkei und der türkischen Nation. Eine friedliche und nachhaltige Lösung der sogenannten „Kurdenfrage“ ist nur durch eine adäquate und kritische Aufarbeitung der türkischen „Kurdenpolitik“ in der Vergangenheit und Gegenwart zu erreichen.

**Ismail Küpeli schreibt derzeit eine Dissertation über die „Kurdenfrage“ in der Türkei an der Universität zu Köln. Die Promotion wird durch ein Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.**



**NICHTS GELERNT?!**  
Konstruktion und Kontinuität  
des Antiziganismus  
Katharina Peters / Stefan Vennmann (Hg.)  
Situationspresse (Duisburg) 2019  
ISBN 978-3-935673-46-4  
211 Seiten, 18 Euro

Der Sammelband mit Aufsätzen zum Thema Antiziganismus vereint Beiträge aus der Wissenschaft und der Praxis zur in Deutschland leider immer noch am meisten verbreiteten Form des Rassismus. Er wurde vom Arbeitskreis Antiziganismus im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) erstellt – in Kooperation mit dem Verband für interkulturelle Arbeit (VIA).

Antiziganismus hat Tradition. Er ist trauriges Zeugnis einer Kontinuität von ausgrenzenden und menschenverachtenden Verhältnissen. Die spezifische Form von Rassismus wirkt seit Jahrhunderten in Deutschland und Europa in zahlreichen Variationen der immergleichen Stereotype sowie den damit verbundenen Gedankenmustern und Diskriminierungspraktiken. Dabei zeichnet sich Antiziganismus durch eine enorme Anpassungsfähigkeit und eine hohe Widerständigkeit gegen seine Bekämpfung aus. Welche Wirkmechanismen und Strukturen lassen sich identifizieren? Welche Strategien und Lösungsansätze können diesem Ressentiment entgegengesetzt werden?

Erhältlich über den Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) und über den Buchhandel (Verlag Situationspresse, Duisburg)



# Otherring und weibliche Genitalverstümmelungen

## AM BEISPIEL DER KENIANISCHEN KOLONIALZEIT

Von Lea Kleinsorg

Die Kolonialmacht Großbritannien nutzte die Verurteilung von weiblichen Genitalverstümmelungen in Kenia, um sich von der dortigen Bevölkerung abzugrenzen, sich selbst zugleich moralisch zu erhöhen und um u. a. dadurch ihre Kolonialherrschaft zu legitimieren. Kenianische Nationalist\*innen dagegen verwendeten die Praktiken, um sich ihrerseits von der britischen Kolonialmacht zu distanzieren: Sie erhoben diese zum Symbol ihrer Kultur sowie zu einem wichtigen Aspekt kultureller Identität. Der Artikel untersucht, wie Gemeinschaften, die weibliche Genitalverstümmelungen im kolonialen Kenia praktizierten, durch das Otherring der britischen Dominanz ihre Identität stärkten und daraus Kraft für ihren anti-kolonialen Widerstand schöpften.

Im Folgenden wird zunächst das theoretische Konzept des Otherring erörtert, auf dem dieser Artikel basiert. Anschließend wird kurz definiert, was unter weiblichen Genitalverstümmelungen zu verstehen ist und wie sich diese Praktiken in Kenia während der Zeit der kolonialen Unterdrückung durch Großbritannien darstellten. Es folgt eine Betrachtung weiblicher Genitalverstümmelungen im kolonialen Kenia aus der Sicht des Otherring-Konzepts.

1985 prägte Gayatri Chakravorty Spivak in ihrem Aufsatz *Die Rani des Sirmur* Otherring als systematisches theoretisches Konzept. Dieses stützte sie auf eine Reihe von philosophischen und theoretischen Traditionen. Insbesondere basiert Spivaks Otherring-Konzept auf einem Verständnis des Selbst, das eine Verallgemeinerung der hegelschen *Meister-Sklaven-Dialektik* ist, wie er sie in der *Phänomenologie des Geistes* (1807) entwickelte (Jensen, 2011). Theoretische Referenzpunkte sind neben Hegel sowohl Simone de Beauvoirs



International Day of Zero Tolerance to Female Genital Mutilation

### Unleashing youth power: A decade of accelerating actions towards zero female genital mutilation

*Joint statement by UN Women Executive Director Phumzile Mlambo-Ngcuka, UNFPA Executive Director Dr. Natalia Kanem, UNICEF Executive Director Henrietta Fore and WHO Director-General Dr. Tedros Adhanom Gebreyesus on the occasion of International Day of Zero Tolerance for Female Genital Mutilation*

Date: Thursday, February 6, 2020

**6 February 2020** – When Tabitha was growing up in rural Kenya, most of her 16-year-old peers were subjected to female genital mutilation – a human rights violation that more than 4 million girls worldwide are at risk of this year. Yet Tabitha remains unharmed, thanks to the unwavering support of her parents, who, in spite of enormous social pressure, saved their daughter from the same fate.

On the International Day of Zero Tolerance for Female Genital Mutilation, we join with Tabitha and young people around the world who are standing up for their rights with urgency and energy. They are engaging their peers, families, communities and governments with a call to end this harmful act of gender-based violence once and for all, as promised by the international community in the 2030 Agenda for Sustainable Development.

Werk *Das andere Geschlecht* (1949) und Arbeiten Jacques Lacans, als auch frühe postkoloniale Schriften, wie das Werk *Orientalismus* (1978) von Edward W. Said. Auf der Grundlage der genannten Referenzen geht Spivak in ihrem Otherring-Konzept davon aus, dass der Gruppe derjenigen, die als die Anderen markiert werden, eine untergeordnete Rolle im Diskurs zugeschrieben wird, die soziale Distanz sowie Differenz schafft und aufrechterhält (Spivak, 1985). Sune Qvotrup Jensen bezieht sich in seinem Verständnis von Otherring auf Spivak.

Seine Definition betont die Identitätsbildung bei der Gruppe der Marginalisierten. Jensen begreift Otherring als „discursive processes by which powerful groups, who may or may not make up a numerical majority, define subordinate groups into existence in a reductionist way which ascribe problematic and/or inferior characteristics to these subordinate groups. Such discursive processes affirm the legitimacy and superiority of the powerful and condition identity formation among the subordinate.“ (Jensen, 2011, S. 65).

Mit *weiblichen Genitalverstümmelungen*<sup>15</sup> werden in diesem Artikel Praktiken bezeichnet, die die Weltgesundheitsorganisation definiert als: „[...] traditional harmful practice[s] that involve the partial or total removal of external female genitalia or other injury to female genital organs for non-medical reasons“ (WHO, 2019). Weltweit sind derzeit mindestens 200 Millionen Mädchen und Frauen von einer Form der Genitalverstümmelung betroffen (WHO, 2019). Die Praktiken können erhebliche physische und psychische Folgen haben, weshalb sie international als schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte Betroffener angesehen werden. In praktizierenden Gemeinschaften hingegen stellen sie eine soziale Konvention dar, bei deren Missachtung

15 In diesem Artikel ist von weiblichen Genitalverstümmelungen im Plural die Rede, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass die Bandbreite der Formen und Ausprägungen der unter diesem Sammelbegriff subsumierten Praktiken sehr groß ist. Die Unterscheidung der Weltgesundheitsorganisation in vier Typen sowie einige Untertypen verdeutlicht die Diversität der Praktiken (WHO, 2020).

die Mitglieder mit Sanktionen rechnen müssen (Graf, 2013).

Seit West-Europäer\*innen Entdeckungsreisen auf den afrikanischen Kontinent unternahmen, fanden sich Beschreibungen weiblicher Genitalverstümmelungen in ihren Reiseberichten. Umfangreichere Auseinandersetzungen des Westens mit derartigen Praktiken begannen jedoch erst im Zuge des Kolonialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zu der Zeit stellten weibliche Genitalverstümmelungen für Missionierende und Kolonialisierende mehrheitlich ein Symbol der Rückständigkeit dar. Sie lehnten diese Praktiken aus moralischen und gesundheitlichen Gründen ab und versuchten, diese abzuschaffen. Ihre Bemühungen stießen bei den praktizierenden Gemeinschaften<sup>16</sup> auf Widerstand, die weibliche Genitalverstümmelungen positiv bewerteten (Graf, 2013). Durch die unterschiedlichen Bedeutungen, die derartigen Praktiken zugeschrieben wurden,<sup>17</sup> kam es zu Auseinandersetzungen. Besonders kontrovers wurden diese in Kenia ge-

16 Ich verwende die Bezeichnung praktizierende Gemeinschaften, da weibliche Genitalverstümmelungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts keineswegs unter allen ethnischen Gruppen Kenias gleichermaßen verbreitet waren. Damals wie heute unterscheiden sich in Kenia lebende Ethnien stark voneinander, auch was die Prävalenz dieser Praktiken betrifft: während weibliche Genitalverstümmelungen bei einigen Ethnien nahezu universell praktiziert wurden und werden (kenianische Ethnien mit den höchsten Prävalenzen: Somali 94 %, Samburu 86 %), sind und waren sie bei anderen quasi nicht existent (kenianische Ethnien mit den niedrigsten Prävalenzen: Luo 0,2 %, Luhya 0,4 %) (Unicef, 2020).

17 Damit soll keineswegs suggeriert werden, dass es sich um zwei homogene Gruppen handelte, die sich diametral gegenüber standen: praktizierende Gemeinschaften, in denen alle Mitglieder weibliche Genitalverstümmelungen befürworteten, auf der einen Seite und Missionierende und Kolonialisierende, die diese Praktiken einstimmig ablehnten, auf der anderen Seite. Oppositionelle Positionen gab es innerhalb beider Gruppen (Mende, 2011), jedoch dominierten ihre Stimmen weder den jeweiligen Diskurs noch schafften sie es diesen nachhaltig zu prägen.

führt (Mende, 2011). Die verschiedenen Positionen zu weiblichen Genitalverstümmelungen stellten sich zur Kolonialzeit in Kenia im Detail wie folgt dar:

Britische Missionierende und Kolonialisierende kritisierten mehrheitlich, dass weibliche Genitalverstümmelungen im deutlichen Widerspruch zu christlichen Werten und Moralvorstellungen stünden. Ihre Kritik bezogen sie jedoch nicht nur auf den Akt der Praxis an sich, sondern ebenso auf die Initiationszeremonien, die diesen umgaben. Die Lieder, die praktizierende Gemeinschaften dabei sangen, und die Tänze, die sie aufführten, besaßen nach britischer Wahrnehmung starke sexuelle Konnotationen, die sie für unanständig und unrein hielten (Mende, 2011). Die Praktiken an sich betrachteten sie als brutal und unhygienisch. Sie bezeichneten diese als barbarische Verstümmelungen, die ihres Erachtens dauerhafte Schäden mit sich brachten (Skinner, 1988). Auf den Aspekt der gesundheitlichen Folgen wurde insbesondere im britischen Parlament hingewiesen, was einige Abgeordnete als Argument für ein gesetzliches Verbot anführten. Sie kritisierten weibliche Genitalverstümmelungen aufgrund der damit verbundenen starken Schmerzen und der Folgen für Mutter und Kind beim Geburtsvorgang. Auch äußerten Abgeordnete Besorgnis bezüglich der hohen Säuglingssterblichkeit, die sie mit den Praktiken in Verbindung brachten (Pedersen, 1991).

Praktizierende kenianische Gemeinschaften hingegen bewerteten weibliche Genitalverstümmelungen als essenziell für das Funktionieren ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ihres Erachtens leisteten die Praktiken einen Beitrag zur Harmonie zwischen den Geschlechtern und den Generationen (Frederikson, 2018). Sie sahen diese als Voraussetzung für ein reifes und verantwortungsvolles Erwachsenwerden (Frederikson, 2018), das sie eng mit dem Respekt vor den Ältesten und dem Ehesystem verflochten (Mufaka, 2003). Der Initiationsritus markierte einen entscheidenden Moment in der Konstruktion des Altersstufensystems, da

Mädchen dadurch den Status von Frauen erlangten und ihre Mütter von Eingeweihten zu Autoritätsfiguren wurden. Indem Mädchen die Initiation durchliefen, bestätigten sie die elterliche Autorität, sie erlangten den Segen ihrer Vorfahren, sicherten ihre Fruchtbarkeit und galten als heiratsfähig (Thomas, 2001). Nebst der Erlangung eines höheren Status unter den weiblichen Mitgliedern der Gemeinschaft stellte die Initiation den Frauen ein Verhandlungsinstrument zur Verfügung, mit dem sie einen komplementären Status zu der gesellschaftlichen Position der männlichen Mitglieder ihrer Gemeinschaft aushandeln konnten. Aufgrund dessen heben Frauen praktizierender Gemeinschaften ihre Initiation in der Regel als die wichtigste und entscheidendste Erfahrung ihres Lebens hervor (Pedersen, 1991).

Die Verurteilung der Praktiken durch britische Missionierende und Kolonialisierende führte zwischen den Jahren 1929 und 1931 zur sogenannten *female genital circumcision controversy*, die in die kenianische Geschichtsschreibung eingehen sollte: Missionierende führten in Kenia Kampagnen gegen weibliche Genitalverstümmelungen durch und Parlamentarier\*innen setzten sich im britischen Unterhaus für ein gesetzliches Verbot der Praktiken ein (Thomas, 2001). Die Kontroverse führte zwischen Missionierenden und Kolonialisierenden auf der einen Seite und praktizierenden Gemeinschaften auf der anderen zu einem radikalen Bruch. Kenneth Mufaka (2003) beschreibt in einer Untersuchung über die Kontroverse, dass damit eine Zunahme nationalistischer Gefühle innerhalb der kenianischen Bevölkerung einherging. Infolgedessen wurde die britische Dominanz abgelehnt, und es wurden eigene Schulen sowie religiöse und politische Organisationen gegründet. Es dauerte bis in die 1950er Jahre, ehe die kenianische Kolonialregierung ein gesetzliches Verbot weiblicher Genitalverstümmelungen erließ, das 1956 in Kraft trat. Trotz hoher Strafen bei Missachtung hatte das Verbot keinen durchschlagenden Erfolg. Weibliche Genitalverstümmelungen wurden von praktizierenden Gemein-



schaften als wichtiger Bestandteil ihrer Kultur verstanden und die Abschaffung als weitere Repression empfunden. Die Gesetzgebung verfehlte ihr Ziel, die Praktiken abzuschaffen und führte stattdessen zu einem verstärkten Festhalten an ihnen (Thomas, 2001). Nicht zuletzt als Zeichen des Widerstands gegen die britische Kolonialmacht wurden weibliche Genitalverstümmelungen weiterhin praktiziert (Graf, 2013).

Betrachten wir die *female genital circumcision controversy* sowie die gesamten Geschehnisse, die einen Bezug zu weiblichen Genitalverstümmelungen im kolonialen Kenia aufweisen, aus der Sicht des Othering-Konzepts, wird Folgendes sichtbar: Während britische Missionierende und Kolonialisierende diese Praktiken als Beleg für die Rückständigkeit der kenianischen Bevölkerung und damit als weitere Rechtfertigung ihrer Herrschaft zu nutzen versuchten, festigten sich nationalistische Gefühle und ethnische Identitäten seitens der kenianischen Bevölkerung, woraus anti-koloniale Strömungen Stärke für ihren Widerstand schöpfen konnten.

Wenn wir Othering als ein Instrument verstehen, das von den Mächtigen verwendet wird, dann wird es zwar von ihnen einseitig aktiv genutzt, hat aber passive Auswirkungen auf diejenigen, von denen sich mithilfe des Othering abgegrenzt werden soll. Paradoxaerweise wird aber den Betroffenen beim passiven Prozess der Marginalisierung auch eine reduktionistische Identität zugeschrieben. Und wenn sie diese Identität in der Folge ablehnen, können durch reduktionistische Zuschreibungen bei den davon Betroffenen erhebliche, handlungsleitende Energien des Widerstands entstehen.

Tatsächlich wurde im Falle weiblicher Genitalverstümmelungen im kolonialen Kenia die kulturelle Identifizierung mit diesen Praktiken in so bedeutendem Ausmaß erst durch das Othering der Kolonialmächte geprägt. Der Widerstand praktizierender kenianischer Gemeinschaften gegen britische Missionierende und Kolonialisierende erfolgte

hier somit nicht nur in der Form der Verweigerung, Abwertungen hinzunehmen, sondern vor allem dadurch, dass den Praktiken erst recht ein neuer Wert zugeschrieben wurde. Das Einsetzen des Othering-Instruments zur Abschaffung weiblicher Genitalverstümmelungen stellte sich also für das Anliegen der Kolonialmächte als kontraproduktiv heraus. Die Betroffenen nahmen den kolonialen Druck als imperialistische Bedrohung der lokalen Kultur und ihrer Selbstbestimmung wahr. Statt die Praxis weiblicher Genitalverstümmelungen zu reduzieren, stabilisierten die Kolonialmächte stattdessen das Fortbestehen und erhöhten ihre Prävalenz, obwohl es zuvor innerhalb der kenianischen Bevölkerung bereits kritische Diskussionen über derartige Praktiken gegeben hatte.

In der Folge wurden weibliche Genitalverstümmelungen zwischen dem kolonialisierten Kenia und der britischen Kolonialmacht und den Missionierenden zum Politikum (Mende, 2011). In einer Studie aus dem Jahr 2011 zeigt Janne Mende auf, dass diese Entwicklungen verallgemeinert werden können. Mit Verweis auf postkoloniale Ansätze hat sie herausgearbeitet, dass antikolonialer Widerstand häufig zu einem verstärkten Festhalten an Riten führt und dass der Zugriff auf Frauenkörper dabei nicht selten zu einem wirkmächtigen Symbol für Traditionen und indigene Selbstbestimmung avanciert.

*Ausgehend von der vorhergegangenen Darstellung wird es nicht verwundern, dass trotz der Bemühungen zur Überwindung solcher Praktiken, die nun schon ein Jahrhundert andauern, Mädchen und Frauen in Kenia noch immer an ihren Genitalien verstümmelt werden. Um auf die globale Problematik weiblicher Genitalverstümmelung aufmerksam zu machen und den Diskurs gegen weibliche Genitalverstümmelungen zu intensivieren, benannten die Vereinten Nationen den 06. Februar zum Internationalen Tag Null-Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung. Mehrere Autor\*innen (u. a. Wairimé Ngaréiya Njambi, 2001, Maria Caterina La Barbera, 2009) haben*

*wiederholt kritisiert, dass dieser Diskurs immer noch stark kolonial konnotiert ist. Im Falle Kenias ist davon auszugehen, dass dies zumindest ein Mitgrund dafür ist, dass derartige Praktiken dort bis heute fort dauern. Im Durchschnitt sind 21 % der weiblichen kenianischen Bevölkerung betroffen.*

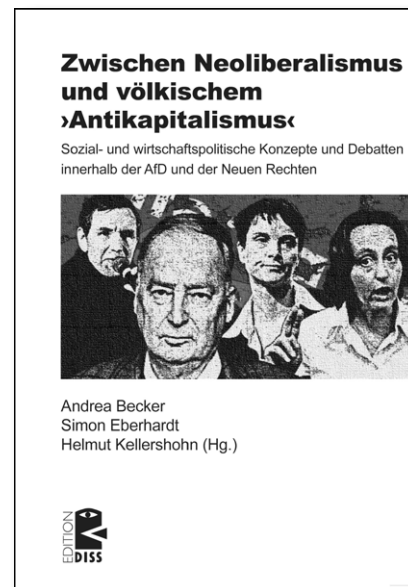
*Allerdings unterscheiden sich die Prävalenzraten je nach Region sehr stark: Die Provinz mit der höchsten Prävalenz weiblicher Genitalverstümmelungen ist der Nordosten mit über 97 %, während der Westen mit weniger als 1 % die niedrigste Prävalenz im Land aufweist (The World Bank, 2014). Dies hängt mit der Verteilung der verschiedenen ethnischen Gruppen im Land zusammen, in denen die Praktiken mit sehr unterschiedlicher Prävalenz Tradition haben. In den vergangenen Jahren war landesweit ein Trend zu sinkenden Prävalenzraten zu beobachten. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass nationales Engagement zur Überwindung der Praktiken seit den 2000er Jahren zugenommen hat, beispielsweise durch einen Aktionsplan des Gesundheitsministeriums (1999) und Schulungen von u. a. Polizist\*innen zur Um- und Durchsetzung des gesetzlichen Verbots (2011) (The Girl Generation, 2016).*

Lea Kristin Kleinsorg studierte „Political and Social Studies“ und Geografie an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Ihr Masterstudium „Disaster Management and Sustainable Development“ absolvierte sie an der Northumbria University in Newcastle upon Tyne (UK).

Derzeit promoviert Frau Kleinsorg am Institut für Politikwissenschaften der Universität Antwerpen (Belgien) zum Thema „Veränderungen im Diskurs über weibliche Genitalverstümmelungen im Kontext eines erstarkenden Rechtspopulismus in Deutschland“ (Arbeitstitel). Mit einer Kritischen Diskursanalyse untersucht Frau Kleinsorg darin den Diskurs auf der Ebene der Politik des Deutschen Bundestages.

## LITERATUR

- Frederikson, Bodil Folke (2018) 'An Encounter in Paris – Conversations on Clitoridectomy across Borders', Gender Forum, 67, S. 92–102.
- Graf, Janna (2013) Weibliche Genitalverstümmelung aus Sicht der Medizinethik. Göttingen: V & R unipress.
- Jensen, Sune Qvotrup (2011) 'Othering, identity formation and agency', Qualitative Studies, 2(2), S. 63–78.
- Mende, Janne (2011) Begründungsmuster weiblicher Genitalverstümmelung: Zur Vermittlung von Kulturrelativismus und Universalismus (Kultur und soziale Praxis). Bielefeld: transcript Verlag.
- Mufaka, Kenneth (2003) 'Scottish Missionaries and the Circumcision Controversy in Kenya, 1900–1960', International Review of Scottish Studies, 28, S. 47–87. doi: 10.21083/irss.v28i0.176.
- Pedersen, Susan (1991) 'National Bodies, Unspeakable Acts: The Sexual Politics of Colonial Policy-making', The Journal of Modern History, 63(4), S. 647–680.
- Skinner, Elliott P. (1988) 'Female Circumcision in Africa: The Dialectics of Equality', in Randolph, Richard R./ Schneider, David M./ Diaz, May N. (ed.) Dialectics and Gender. Anthropological Approaches. London: Westview Press.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1985) 'The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives', History and Theory, 24(3), S. 247–272.
- The Girl Generation (2016) FGM in Kenya Country Briefing. Available at: <https://www.28toomany.org/static/media/uploads/Country%20Research%20and%20Resources/Kenya/thegirlgeneration-countrybriefings-kenya-final-printversion-nomb.pdf> (Accessed: 13.03.2020).
- The World Bank (2014) Kenya - Demographic and Health Survey 2014. Available at: <https://datacatalog.worldbank.org/dataset/kenya-demographic-and-health-survey-2014> (Accessed 16.04.2020).
- Thomas, Lynn (2001) 'Ngaitana' (I Will Circumcise Myself): Lessons from Colonial Campaigns to Ban Excision in Meru, Kenya', in Shell-Duncan, Bettina/ Hernlund, Ylva (ed.) Female 'Circumcision' in Africa Culture, Controversy, and Change. London: Lynne Rienner Publishers.
- United Nations Children's Fund (Unicef) (2020) A Profile of Female Genital Mutilation in Kenya. Available at: [file:///C:/Users/LeaKl/AppData/Local/Packages/MicrosoftEdge\\_8wekyb3d8bbwe/TempState/Downloads/Profile-of-FGM-in-Kenya-English\\_2020%20\(1\).pdf](file:///C:/Users/LeaKl/AppData/Local/Packages/MicrosoftEdge_8wekyb3d8bbwe/TempState/Downloads/Profile-of-FGM-in-Kenya-English_2020%20(1).pdf) (Accessed: 11.05.2020).
- World Health Organization (WHO) (2019) Female genital mutilation Evidence brief. Available at: <https://www.who.int/reproductivehealth/publications/fgm-evidence-brief/en/> (Accessed: 19.03.2020).
- World Health Organization (WHO) (2020) Female Genital Mutilation. Available at: <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/female-genital-mutilation> (Accessed: 11.05.2020).



Andrea Becker, Simon Eberhardt, Helmut Kellershohn (Hg.)  
 Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten

ISBN 978-3-89771-772-5, Erscheinungsdatum: August 2019  
 Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Ausstattung: softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, -Thesenpapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologiepolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten ›Konservativen Revolution‹, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.

»Einige Beiträge sind eher für wissenschaftlich Arbeitende von Interesse, die thematische Breite macht das Buch aber für alle Antifaschist\_innen lesenswert und rechtfertigt den Preis voll und ganz.«  
 – Bernd Brenner, Lotta

»Alles in allem bietet der Sammelband einen sehr gelungenen und lesenswerten Überblick über die Materie.« – Sascha Schmidt, der rechte rand

»... unverzichtbar für jeden, der sich theoretisch oder praktisch mit der AfD auseinandersetzt.« – Michael Bittner, junge Welt



# Zwischen Naturfetischismus und ökonomischem Konformismus

## DIE RECHTE ÖKOLOGIE IN DER ZEITSCHRIFT „DIE KEHRE“

Von Tom Thümmler

### GESELLSCHAFTLICHE NATURVERHÄLTNISS UND RECHTE ÖKOLOGIE

Heutige Ökologie-Diskurse sind meist geprägt von der Idee, dass die Natur dem Menschen gegenüber steht und „der Mensch“ in seinem Handeln „das Natürliche“ verändert. Diesem Denken geht allerdings der Prozess der Entfremdung der Natur (vgl. Saitō 2016, 53) voraus. Mit der Konstitution der kapitalistischen Produktionsweise wandelt sich die vormalige „abstrakte Identität des Menschen mit der Natur“, wie sie nach Marx in Agrargesellschaften noch vorherrschte, und die Natur wird „zu einem abstrakten, den Menschen äußerliches An-Sich“ (Schmidt 2016, 98 f.). Infolge dieses Prozesses wird die Natur nicht mehr als ein unabhängiges, über die Menschen herrschendes ‚Subjekt‘, sondern als ein grundsätzlich kontrollier- und nutzbares Objekt betrachtet. Praktisch nützlich gemacht wird die den Menschen äußerliche Natur ebenso wie die menschliche Arbeit, welche den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur vermittelt. Aus den Resultaten dieses Stoffwechselprozesses werden unter den kapitalistischen Bedingungen Waren, der Arbeitsprozess wird zum Verwertungsprozess von Kapital und die menschliche Arbeit als Lohnarbeit dessen Bedingungen unterworfen.

Teil dieses historischen Prozesses ist eine sozialräumliche Transformation. Durch Urbanisierung und Industrialisierung entwickelt sich ein bis dahin nicht gekannter Gegensatz zwischen Stadt und Land. Auf der einen Seite wird der Prozess der Verstädterung durch die Abwanderung oder gewaltsame Vertreibung der ehemaligen Bauernschaft hervorgerufen und führt während der Industrialisierung zu einer anhaltenden und grundlegenden Krise der Stadt, z.B. durch die Entstehung von Elendsquartieren (vgl. Schmid 2005, 143f.). Das Kapital transformiert die städtischen Verhältnisse derart, dass die Stadtgesellschaft in weiten Teilen unter ihnen leidet (vgl. Mitscherlich 1965, 25ff.). Zur Krise der Stadt gesellte sich auf der anderen Seite historisch eine anhaltende Krise der traditionellen ländlichen Verhältnisse, die im Prozess der Urbanisierung selbst derart transformiert wurden, dass heute nur noch einige „rurale Inseln“ existieren (vgl. Schmid 2005, 127). Neben dieser sozialräumlichen Transformation entwickelt sich bereits im 19. Jahrhundert die ökologische Problematik. Marx sah das Verhältnis von Mensch und Natur mit Verstädterung und kapitalistischer

Industrialisierung gestört (vgl. Schmidt 2016, 107). Auch LeFebvre (1976, 31ff.) betont die dadurch verursachte Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen durch die Kommodifizierung der Natur. Und bereits für die frühe Phase der Industriestadt beobachtet er – als Reaktion – einen neuartigen romantischen Naturfetischismus.

Es entstehen vielfältige Lösungsversuche für diese gesellschaftlichen Krisenphänomene. Eine davon ist die politische Ökologie. Deren Forderungen sah Enzensberger (1973, 6ff.) eng verwoben mit politischen und sozialpsychologischen Beweggründen, die von Zivilisationsfeindschaft bis zur Lust am Untergang reichten und sich unter anderem in der „Simulation vor- oder nachindustrieller Verhältnisse“ ausdrückten. Grundlegend für diese Form der Ökologie ist, dass die Natur nicht als gesellschaftliches Verhältnis und die Gesellschaft nicht als Totalität begriffen wird. Daraus folgt eine Ideologie der Partikularität, die davon ausgeht, die gesamte Gesellschaft durch partikuläre Veränderungen (bspw. Konsum) ökologischer gestalten zu können.

In diesem Kontext muss die rechte Ökologie, um die es im Folgenden geht, betrachtet werden, die mit der klassischen Umweltpolitik unter anderem in der neomalthusianischen Argumentation sowie dem ideologisch aufgeladenen Naturbild konvergiert. Rechte Ökolog\*innen begründen nicht nur die





Hierarchie zwischen Menschen als Naturnotwendigkeit, sondern oft auch den Nationalismus biologisch (vgl. Geden 1996, 38). Ein Leben im Einklang mit der Natur bedeutet für sie, biologisch gedacht, dass der Mensch als Lebewesen neben anderen sich der Natur, die durchaus auch sozialdarwinistisch betrachtet wird, unterordnet (vgl. ebd., 48f.). Ökofaschist\*innen leben ein stark patriarchales, rassistisches und homophobes Ideal und betrachten die Menschen als der Natur feindlich gesinnt (vgl. Ditfurth 2011, 23). Darin zeichnet sich ab, was Pohrt (1984, 133) bereits in Teilen der früheren Alternativbewegung sah: Der völkische Umweltschutz trägt Vernichtungspantastien und -tendenzen konstitutiv in sich.

### RENAISSANCE DER RECHTEN ÖKOLOGIE?

Seit einiger Zeit kann man des Öfteren von der Wiederentdeckung des Themas „Ökologie“ durch die Neue Rechte lesen. Betont wird, dass dieses Thema von Linken okkupiert worden sei (vgl. Borrmann 2013, 7). Historische Bezugspunkte finden die Demagogen um das von Götz Kubitschek geführte *Institut für Staatspolitik* seit dem 19. Jahrhundert zu Genüge. Eine Ökologie samt romantischen Bezug zu Boden und Heimat propagierten deutsche Esoteriker bereits vor mehr als 200 Jahren. Die Natur wurde mystifiziert und zum Sehnsuchtsort in einer verhassten Welt stilisiert (vgl. Gugenberger/Schweidlenka 1987, 23). Auch in Armin Mohlers Standardwerk „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932“ lassen sich Bezugspunkte für eine explizit rechte Ökologie erkennen. Nicht nur galten Boden, Blut und Volk als prägende Kategorien für viele „konservativen Revolutionäre“ (vgl. Breuer 1993, 93), sondern auch Ideen der Vordenker des deutschen Umwelt- und Heimatschutzes, Wilhelm Riehl, Rudorff und Schultze-Naumburg finden sich bei Mohler wieder (vgl. Trüby 2019, 14ff.). In Zeitschriften wie der in diesem Jahr erstmalig erschienenen „Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz“ widmet sich die radikale Rechte erneut vermehrt umweltpolitischen Fragen.

„Die Kehre“-Chefredakteur Jonas Schick schreibt seit mehr als einem Jahr regelmäßig in der *Sezession*. Der Sozialwissenschaftler und Kader der Identitären Bewegung befasst sich auch in der Zeitschrift aus Schnellroda in erster Linie mit umweltpolitischen Themen. Diese werden nun quasi ‚ausgegliedert‘ und vom neu gegründeten *Oikos Verlag* in Dresden, welcher dieselbe Adresse wie „Ein Prozent für Deutschland“ hat, verlegt. Mit der „Zeitschrift für Naturschutz“ wird das Ziel verfolgt, aktuell viel beachtete Themen rund um „Ökologie“ mit eigenen Inhalten zu besetzen.

### NATUR- UND GESELLSCHAFTSBILD IN DER ZEITSCHRIFT

In vielen Beiträgen der ersten Ausgabe wird die Veränderung der Landschaft durch Energiegewinnung und insbesondere durch erneuerbare Energie beklagt. Das Verheerende an der erneuerbaren Energiegewinnung durch Windkraftträder sei, dass sie die Landschaft flächendeckend verändert (vgl. Schick

2020b, 25). Für die rechte Perspektive auf Energieerzeugung ist dieser Sachverhalt von größerer Bedeutung als der Klimawandel. Schließlich gilt das deutsche Landschaftsbild als identitätsstiftend (vgl. Bergmann 2020, 33). Mit jener Idee schließen die Autor\*innen direkt an Wilhelm Heinrich Riehl an. Riehl (1823-1897) war als Ideengeber der Blut- und Boden-Ideologie davon überzeugt, dass eine je spezifische Landschaft einem jeden „Volk“ zu eigen ist (vgl. Trüby 2019, 14). Andere, vermeintlich ökologisch relevante Themen sind den Autor\*innen der *Kehre* wichtiger als ein vernünftiges Mensch-Natur-Verhältnis, welches womöglich den Klimawandel einhegen könnte. Die Frage danach, ob es einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und gesellschaftlichen Verhältnissen gibt, wird nicht gestellt.

Stattdessen behauptet Michael Beileites, dass der Klimawandel ausschließlich eine Temperaturveränderung sei, welche unter anderem durch die flächendeckende Urbanisierung sowie die Sonneneinstrahlung bedingt sei. Er bedient sich innerhalb seiner Argumentation des Konzepts der Entropie, welches mit dem pseudowissenschaftlichen, selbstverständlich ganzheitlichen Konzept der „Umweltresonanz“ verknüpft wird. So schafft er es, dem Schein nach wissenschaftlich fundiert zu argumentieren und dabei nicht auf Esoterik zu verzichten. Das Klagen über eine „Klimahysterie“, also die Negation der realen Bedrohung der menschlichen Lebensgrundlagen durch den Klimawandel, wird absurderweise ergänzt durch ein anderes Bedrohungsszenario. Weil die Lust am Untergang dem autoritären Charakter nicht fehlen darf, sucht man sich Alternativen. Historische Veränderungen der Natur werden in der *Kehre* ausschließlich dem Menschen oder der Industrialisierung zugeschrieben. Der Begriff „Kapitalismus“ wird nur ausnahmsweise als Worthülse genutzt, die historisch-ökonomische Bedingtheit des Mensch-Natur-Verhältnisses ausgeblendet. Lotta Bergmann folgt dementsprechend in ihren Artikeln einer neomalthusianischen Argumentation und sieht das Problem in einer angeblichen Überbevölkerung. Diese These gilt seit Langem als widerlegt und ist meist rassistisch konnotiert.

Eingebettet in eine scheinbar wissenschaftliche Erklärung findet sich in der ersten Ausgabe der *Kehre* ein anti-urbanes Weltbild wieder. So sei die Urbanisierung eine Last für die „freie Natur“ (vgl. Beileites 2020, 9). Schick (2020c, 29ff.) stilisiert den deutschen Wald als Sehnsuchtsort und ist der Ansicht, dass es keinen „richtigen“, das heißt „natürlichen“ Wald mehr gebe. Er verkennet, dass das, was wir als Natur betrachten, immer auch den gesellschaftlichen Verhältnissen entspringt. Für ihn ist das Natur, was vor dem Prozess der Industrialisierung existierte, obwohl die Auseinandersetzung des Menschen mit der ihm äußerlichen Natur zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange war und es einen natürlichen Urzustand nicht gibt.

Auch agrarromantische Bezüge, wie sie bereits von Riehl vertreten wurden, finden sich in der *Kehre*, ebenfalls beim Chefredakteur (vgl. Trüby 2019, 14). Schick ist intellektuell genug, das Leben in Agrargesellschaften nicht ohne Begründung zu idealisieren. Er betont mit Siefertle deren Nachhaltigkeit, welche



im Zuge der Industrialisierung unter anderem durch eine Enttraditionalisierung gebrochen worden sei (vgl. Schick 2020d, 9). Nachhaltig sind für Schick, ebenso wie die Ressourcenschonung, „traditionelle Bindungen“, deren Auflösung er bedauert. Für ihn ist die Kernfamilie, vom Faschismus zur „Keimzelle“ erklärt, die nachhaltigste Lebensform.

Das Naturverständnis, welches in der *Kehre* vertreten wird, ist ein ganzheitliches, welches nicht nur die den Menschen äußere Natur einbezieht. Deutlich wird dies an der zu Grunde liegenden Definition von Ökologie, die als „eine Lehre von der gesamten Umwelt“ verstanden wird, „die Kulturlandschaften, Riten und Brauchtum, also auch Haus und Hof (Oikos) als ihren Namensgeber einschließt.“ (Schick 2020a, 1). Einen grundlegenden Bezugspunkt stellt Paul Schulze-Naumburg dar, mit dem man das Interesse daran verbindet, wie und mit welchen Werten „der Mensch“ die Erdoberfläche verändert hat (vgl. Schick 2020b, 21). Einerseits werden kulturelle Zusammenhänge naturalisiert, wenn beispielsweise Beileites davon schreibt, dass der Mensch heute nicht mehr artgerecht leben könne. Andererseits aber wird „der Mensch“ der Natur als das Andere, tendenziell Feindliche gegenübergestellt. Die Gesellschaft und deren Entwicklung erscheinen in dieser an Schulze-Naumburg orientierten Argumentation in erster Linie als Last einer glorifizierten Natur.

Dieser Begriff „Natur“ ist, schließlich handelt es sich um eine selbsternannte „Zeitschrift für Naturschutz“, für die meisten Artikel grundlegend. Die von den Autor\*innen beschriebene Natur wird idealisiert und als beinahe utopischer Zustand beschrieben, der das Richtige und Gute, eine romantische Form der Ursprünglichkeit verkörpert.

## ZURÜCK ZUR NATUR?

Der Titel der Zeitschrift verweist auf ein zentrales Anliegen des Blattes. Im Anschluss an Martin Heidegger wird die „Kehre“ „verstanden als der Weg zurück zum Anfang der europäischen Geschichte (vgl. Schick 2020a, 1). Man fragt sich zurecht, was dieser Anfang sei. Einen Teil der Antwort erhält man in Form der oftmals vertretenen Technik- und Industrie Feindschaft. Angestrebt wird ein Leben, wie es vor der Industrialisierung verbreitet war, als der Großteil des Alltags sich noch auf dem Land abspielte. Passend dazu wird die Subsistenzwirtschaft affirmiert und die Reruralisierung der Gesellschaft gefordert (vgl. Beileites 2020, 13). Darüber hinaus plädiert Eichberger (2020: 17) für einen ethnopluralistischen Bioregionalismus (vgl. Ditfurth 2011, 135), und präsentiert eine „heidnisch-ökologische“ Zeitschrift als Vorreiter auf diesem Gebiet. In Feindschaft zur globalen Welt findet sich seine Argumentation schließlich in latentem Antisemitismus wieder, wenn der Autor den verhassten Wachstumswang – auf den alles Übel der Welt projiziert wird – mit dem Zins identifiziert (vgl. Horkheimer/Adorno 1995, 183).

Entgegen dieser Rückwärtsgewandtheit gibt es aber auch andere Stimmen, die den ‚modernen‘ Gegebenheiten Rechnung tragen. Obwohl z.B. die Elektromobilität grundsätzlich abgelehnt wird, soll die deutsche Autoproduktion doch daran partizipieren, um ihre internationale Führungsrolle im Automobilgeschäft zu verteidigen (vgl. Meyer/Eichberger 2020, 39). Schließlich dürfe Deutschland seine nationalökonomische Stärke nicht ökologischen Experimenten ausliefern. Auf die romantischen Vorstellungen einer deindustrialisierten Welt wird zu Gunsten nationaler Macht gern verzichtet.

Das eigentliche Ziel „konservativer“ Denker, zur bäuerlichen Landwirtschaft des 19. Jahrhunderts zurück zu kehren, hält auch Schicks Interviewpartner Alexander Gauland heute für unrealistisch (vgl. Schick 2020e, 37). Gauland führt weiterhin aus, dass er eine statische Ökonomie ablehnt, da er Anhänger der Lehre von Adam Smith sei. Man erkennt allerdings, dass Schick versucht am regressiven Ideal festzuhalten. Der von ihm in Anlehnung an Siefert geforderte Stillstand, als konservatives und nachhaltiges Prinzip (vgl. Schick 2020d: 10), widerspricht dem mehrfach artikulierten, nationalökonomischen Wettbewerbsgedanken.

Wenn in der *Kehre* geträumt wird, so von Wald, Landschaften, wenigen Menschen und dem Leben in und mit der „Natur“. Großstadtfeindschaft ist diesen Träumen inhärent. Der Rückzug einer „naturnahen“ Band auf die Alm, ihr angebliches Leben im Einklang mit der Natur wird nicht affirmiert, ohne zugleich die eigene Ablehnung von Kosmopolitismus, Moderne und städtischem Leben zu zelebrieren (vgl. Zierke 2020, 49). Zierke geht sogar so weit, den „Rückzug in die Natur als Akt des Widerstands gegen eine Gesellschaft, der es zu entfliehen gilt“ zu verklären und sieht einzig das familiäre Landleben als authentisch an. Widerstand ist hier die versuchte Unterordnung unter die „Natur“.

## DAS „VOLK“ ALS BINDEGLIED

Mit der *Kehre* existiert nun eine rechtsökologische Zeitschrift, in der für verschiedenste Teile der sogenannten „Mosaikrechten“ etwas dabei ist. Die Einen können mit der Forderung eines Rückzugs zur menschenunabhängigen Natur angesprochen werden, der genauso utopisch klingt, wie er unmöglich ist. Denn diese Natur existiert nur imaginär (vgl. Saitō 2016, 300). Die Anderen werden befriedigt durch die autoritäre Identifikation mit der deutschen Nationalökonomie, welche den Deutschen heute oftmals als „sekundärer Führer“ dient (vgl. Decker 2018, 24).

Die sich widersprechenden Argumente der verschiedenen Artikel sind sich darin einig, dass es im Naturschutz zuerst um die deutsche Nation und mit ihr um das „Volk“ zu gehen hat. Schließlich ist das Volk im Deutschen nicht nur Boden, Heimat und Tradition, die Antithese der Moderne (vgl. Plessner 1974, 53), sondern auch umgekehrt meint, wer von diesen Dingen im

Deutschen schreibt, zugleich das Volk als organische Einheit. Diese wird in rechts-ökologischer Tradition naturalisiert und gilt somit als ebenso schützenswert wie die heimische Tier- und Pflanzenwelt. Wie es allerdings gelingen kann, ein vernünftiges Mensch-Naturverhältnis zu schaffen, daran kehrt sich in dieser Zeitschrift niemand.

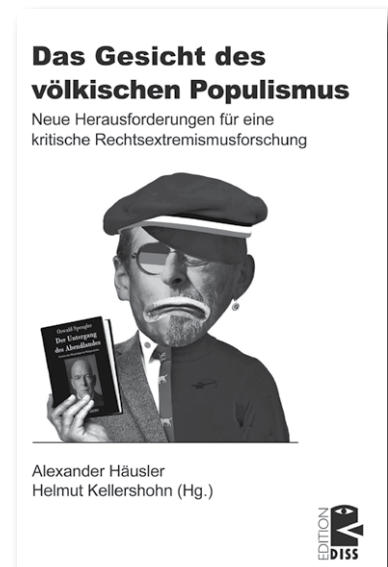
**Tom Thümmler studiert Soziologie an der TU Dresden und war Praktikant im DISS**

## QUELLEN

- Beleites, Michael 2020: Die menschengemachte Überhitzung. Zur Entropie der Industriegesellschaft, in: Die Kehre H. 1, 6-13.
- Bergmann, Lotta 2020: Im Schatten der Windkraft stirbt der Artenschutz, in: Die Kehre H.1, 26-33.
- Borrmann, Norbert (2013): Ökologie ist rechts, in: Sezession H. 56, 4-7.
- Eichberger, Hagen: „Regionalität wirkt!“ Nachdenken über Bioregionalismus, in: Die Kehre H. 2, 14-19.
- Meyer, Konstantin F./Eichberger, Hagen 2020: Elektromobilität: Mogelpackung oder Heilsbringer? Zukunftstechnologie auf dem Prüfstand, in: Die Kehre H.1, 38-47.
- Schick, Jonas 2020a: Editorial, in: Die Kehre H. 1, 1.
- Schick, Jonas 2020b: Landschaftsarbeiten (1). Spuren Energienutzung, in: Die Kehre H. 1, 20-25.
- Schick, Jonas 2020c: Landschaftsarbeiten (2). Forst, in: Die Kehre H. 2, 28-33.
- Schick, Jonas 2020d: Leben über die Verhältnisse. Nachhaltigkeit in der Industriegesellschaft, in: Die Kehre H. 2, 6-13.
- Schick, Jonas 2020e: Nachhaltigkeit als konservatives Prinzip. Interview mit Dr. Alexander Gauland, in: Die Kehre H. 2, 34-41.
- Zierke, Volker 2020: Musik für Aussteiger. Mit Rock zurück zur Natur? In: Die Kehre H. 1, 48-51.

## LITERATUR

- Breuer, Stefan 1993: Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt.
- Decker, Oliver 2018: Flucht ins Autoritäre, in: Elmar Brähler/Oliver Decker (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen, 15-64.
- Ditfurth, Jutta 2011: Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-) Faschismus und Biozentrismus, Hamburg.
- Enzensberger, Hans M. 1973: Zur Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch H. 33, 1-42.
- Geden, Oliver 1996: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin.
- Gugenberger, Eduard/Schweidlenka, Roman 1987: Mutter Erde, Magie und Politik. Zwischen Faschismus und neuer Gesellschaft, Wien.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. 1995: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt/M.
- Lefebvre, Henri 1976: Die Revolution der Städte, Frankfurt/M.
- Mitscherlich, Alexander 1965: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt/M.
- Plessner, Helmuth 1974: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Frankfurt/M.
- Pohrt, Wolfgang 1984: Kreisverkehr, Wendepunkt. Über die Wechseljahre der Nation und die Linke im Widerstreit der Gefühle, Berlin.
- Saitō, Kōhei 2016 Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus, Frankfurt/M.
- Schmid, Christian 2005: Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes, Stuttgart.
- Schmidt, Alfred 2016: Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Hamburg.
- Trüby, Stephan 2019: Eine „Neue“ Rechte gibt es nicht. Zur Architekturhistoriografie und -theorie der Rechten in Deutschland einst und heute, in: Arch+ H. 235, 12-23.



Helmut Kellershohn, Alexander Häusler (Hg.)

**Das Gesicht des völkischen Populismus**  
 Neue Herausforderungen für eine kritische  
 Rechtsextremismusforschung  
 ISBN 978-3-89771-770-1 Dezember 2018  
 Seiten: 216, Reihe: Edition DISS Band: 41  
 Ausstattung: softcover

Angesichts des Einzugs der AfD in den Bundestag ist es angebracht, einmal grundsätzlich über Konzepte der Rechtsextremismusforschung nachzudenken. Dabei wird die grundsätzliche Kritik am dominanten Typus der Rechtsextremismusforschung und an dessen normativer Gebundenheit an staatspolitische Vorgaben geteilt. Alternative Forschungsansätze müssen sich in einem doppelten Sinne als kritisch verstehen: einerseits als Kritik der Rechtsextremismusforschung im herkömmlichen Sinne, andererseits als gesellschaftskritische Aufarbeitung der Phänomene, um die es in dieser Forschung geht.

Die Aufgabe kritischer Rechtsextremismusforschung ist es, die aktuellen Entwicklungen der populistischen und extremen Rechten in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen und Umbrüche im gesellschaftlichen und politischen System des neoliberalen Kapitalismus zu untersuchen. Die komplexen synchronen und diachronen Verschränkungen machen es erforderlich, unterschiedliche kritische Ansätze und Perspektiven und deren jeweiligen Vorzüge zu berücksichtigen und miteinander zu vermitteln. Die Intention, mit der dies erfolgen sollte, ist keine rein wissenschafts- und theorieimmanente, sondern zielt auf eine vernünftige und solidarische Gestaltung der Gesellschaft.



# „Die Corona - Gesellschaft“

## EINE REZENSION AUSGEWÄHLTER BEITRÄGE

Von Wolfgang Kastrup

Die Schnelligkeit erstaunt, da dieses Buch *Die Corona-Gesellschaft* mit dem Untertitel *Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft* mit 39 verschiedenen Beiträgen bereits im Juli dieses Jahres im Transkript Verlag erschienen ist. Für die Herausgeber Michael Volkmer und Karin Werner ist dieses Buch ein „Experiment“, was die Wissenschaft, konkret „die Sozial- und Kulturwissenschaften, in der Aktualität dieser Pandemie-Krise, quasi in Echtzeit, leisten kann.“ (12) Das Buch steht mittlerweile auf der Sachbuchbestenliste September 2020. Wenn auch die Beiträge in der Regel recht knapp abgefasst sind, einer solchen Fülle von Texten kann man kaum im Rahmen einer Rezension gerecht werden. Deshalb beschränke ich mich auf einige wenige Artikel, um diese etwas intensiver zu besprechen.

### SOLIDARITÄT IN ZEITEN DER PANDEMIE?

Der Beitrag von Stephan Lessenich, Professor für soziale Entwicklungen und Strukturen an der Ludwig-Maximilians-Universität München, ist überschrieben mit *Allein solidarisch? Über das Neosoziale an der Pandemie* (177-183). Er stellt eingangs die berechtigte Frage, weshalb der Neoliberalismus trotz der Förderung von systematischen, sozialen Ungleichheitsstrukturen, trotz sozialer Entsicherungen für viele Menschen und trotz eines sich verschärfenden Wettbewerbs der Beschäftigten untereinander erfolgreich in dem Sinne ist, dass er immer wieder gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich vereint. „Warum stimmen die Leute ihrer gnadenlosen Unterwerfung unter allfällige Marktzwänge zu, warum stimmen sie als Wähler\*innen jedes Mal von Neuem für ihre effektive Selbstentmachtung?“

(177) Bisherige Analysen können für ihn die Legitimierung der neoliberalen Transformation der letzten Jahrzehnte nicht hinreichend erklären. Sein Ansatz lautet überraschend: „Moral“. Er meint damit die „moralische Aufladung einer vermeintlich bloßer ökonomischer Rationalität gehorchenden gesellschaftlichen Umgestaltungsmaschinerie“, die er schon früher als „neosozial“ bezeichnet hat. (178) In dieser Logik heißt das sozialverantwortliches Denken und Handeln. Wer privat vorsorgt statt staatliche Unterstützung zu beantragen, wer auf Selbstoptimierung und „marktadäquate Qualifikationen“ setzt und dabei jede Arbeit annimmt, der stellt sich in den Dienst der Gesellschaft, der fördert so das Wohl der Gesellschaft. (Vgl. Ebd.) Die Förderung des Gemeinwohls geschieht heute nicht „untergründig, als verborgene Mechanik des Sozialen“ wie bei Adam Smiths klassisch-liberalem Unternehmerbild, sondern als bewusste und offene Propaganda, „die das genuin Soziale am gezielt Individuellen ins allgemeine Bewusstsein einzuspeisen, einzupflanzen, ja einzupflanzen versucht.“ (179)

So weit, so gut. Mit Marx hätte Lessenich auch sagen können, dass die herrschenden Gedanken die Gedanken der herrschenden Klasse sind. Der Bezug zur Corona-Pandemie erschließt sich für den Autor aus dem zuvor Gesagten und lässt sich auf den folgenden Nenner bringen: „Eigenverantwortung in Sozialverantwortung“. Durch eigenverantwortliches Handeln im Sinne von „Daheimbleiben, Abstand halten, Hände waschen, Mundschutz tragen, Kontakte minimieren“ schützt der Einzelne sich selbst vor Infektionen und vor allem die Allgemeinheit. „Wer gegen die Verhaltensnormen verstößt, macht sich daher schuldig, ja setzt das Leben anderer aufs Spiel. Eine stärkere Moralisierung individuellen Wohl- und Fehlverhaltens als entlang der Achse von Leben und Sterben ist wohl kaum denkbar.“ (179) Die



Vokmer, Michael/ Werner, Karin (Hg.) 2020: *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Bielefeld: Verlag transkript, ISBN 978-3-8376-5432-5. 429 Seiten, 24,50 Euro.

Konsequenzen dieser „Subjektivierung des Sozialen“ sieht Lessenich zweifach: Zum einen gerät aus dem Blick, dass „das strukturelle Pandemierisiko in jener expansiv-destruktiven, industriekapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise wurzelt“. Zum anderen wird der politisch bewusste strukturelle Abbau der öffentlichen Gesundheitsversorgung einhergehend mit einer verstärkten Privatisierung (Stichwort Profitabilität) aus der medialen Diskussion herausgenommen. Wenn von Belastungs- und Kapazitätsgrenzen des Gesundheitssystems und damit auch der Gesundheitsämter die Rede ist, dann wird so getan, als ob diese Grenzen/Kapazitäten naturgesetzlich sind, eine unabhängige Variable, und nicht durch politische Prozesse bewusst herbeigeführt. (Vgl. 180) Jeder soll sich solidarisch verhalten. Solidarität, ein politischer Begriff, wird von der politischen wie intellektuellen Eli-

te wie von der Zivilgesellschaft moralisch aufgeladen. Dadurch gewinnt der rechtliche, administrative und polizeiliche Kontrollapparat seine maßgebliche „Akzeptanz und Legitimität“. „Solidarität“ wird vielmehr zum Ausfallbürgen einer öffentlichen Verantwortung für die Reproduktion des Sozialen und zum mikropolitischen Schmiermittel eines gesellschaftlichen Gestaltungsregimes, das sich gerade durch seine institutionalisierte Asozialität charakterisiert [...].“ (182) Damit wird die Aussage, dass die Pandemie nur solidarisch bewältigt werden könne, zu einer „potenziell autoritäre[n] Drohung“. Da die Corona-Krise noch längst nicht vorbei ist, wird das „Neoliberalen“ mit dem „Neosozialen“ durch die „Logik der Unabschließbarkeit“ vereint. „Es ist nie genug geleistet, ewig grüßt die Rückfalldrohung.“ (Ebd.) Lessenich gelingt es in knapper, aber pointierter Weise, die moralische Aufladung des Begriffs Solidarität deutlich zu machen und somit eine neue Sichtweise auf diesen politischen Begriff zu lenken. Treffend charakterisiert er in diesem Zusammenhang auch die potenziell autoritäre Drohung, die damit verbunden ist. Seine Kritik gegenüber dem Neoliberalismus in Verbindung mit dem Neosozialen erfolgt nachvollziehbar, auch wenn er den Neoliberalismus nicht als eine Regulationsform des Kapitalismus herausstellt.

## CORONA-KRISE UND RISIKOPOLITIK

Andreas Reckwitz, Professor für Allgemeine Soziologie und Kulturosoziologie an der HU Berlin, überschreibt seinen Text mit *Risikopolitik* (241-251). Für ihn war – bis Mai 2020 – die Phase der Corona-Krise mit u.a. Reiseverboten und Schulschließungen ein Ausnahmezustand, der Mittel und Zweck war für eine groß angelegte staatliche Risikopolitik. Seine These ist, dass sich dahinter „ein Muster moderner Politik [verbirgt], das sich bereits in der Vergangenheit immer wieder fand und das möglicherweise in Zukunft noch größere Relevanz erhalten wird.“ (241) Die Politik ist gesellschaftstheoretisch im Zusammenhang einer „Soziologie des Risikos“ zu

sehen, wobei sich der Autor auf Ulrich Beck, Niklas Luhmann und Wolfgang Bonß bezieht. (Ebd.) Im Folgenden beschreibt er sechs idealtypische Strukturmerkmale einer solchen modernen Risikopolitik, die hier nur kurz umrissen werden können:

1. Eine solche Risikopolitik ist für ihn eine *Politik des Negativen*, da ein negativer Zustand verhindert oder abgemildert werden soll. Pandemien werden in modernen Gesellschaften als Risiko eingeschätzt, was bedeutet, dass Infektionen in ihrer Ausbreitung beeinflussbar sind und man ihnen nicht schutzlos ausgeliefert ist. (242)

2. Risikopolitik ist für ihn „immer eine Politik der Sicherheit“ und „Zukunftspolitik“. Damit stellt sich die Frage, wie weit darf Sicherheit auf Kosten von Freiheit und Dynamik gehen. Elementares Ziel ist dabei die „Berechenbarkeit“. (243)

3. Es findet in der Risikopolitik eine *Verwissenschaftlichung der Politik* statt, wobei sich jedoch ein Spannungsfeld der Abhängigkeit ergibt. Sollte sich die Politik von der Wissenschaft die Lösungen vorgeben lassen, wäre das eine „Expertokratie der Alternativlosigkeiten“. (244)

4. Kollektives und individuelles Risikomanagement gehen für ihn Hand in Hand und können in die eine oder andere Seite ausschlagen. In der Corona-Zeit setzt die Risikopolitik stärker auf Verbote und harte Sanktionen, koppelt sie jedoch „an individuelle Maßnahmen des Risikomanagements“, indem jede Person auch für ihre Gesundheit selbst verantwortlich ist. (245)

5. Eine Politik, die die Infektionszahlen minimieren will, steht vor dem Problem einer „Risiko- und Folgeabwägung“, da Persönlichkeitsrechte eingeschränkt werden, ökonomisch große Krisen drohen und psychische Probleme bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen auftreten. (246)

6. Reckwitz unterscheidet hier *Risikopolitik im Dauermodus* von einer im

*Krisenmodus*. Erstere hat wesentlich den „Charakter von Präventionsmaßnahmen“, um einer Epidemie vorzubeugen. In Corona-Zeiten gilt letztere Politik, da „typischerweise das gesamte Regierungshandeln“ absorbiert wird. (Ebd.)

Diese sechs Strukturmerkmale werden seiner Meinung nach noch von sieben Faktoren in ihrer Bedeutung verstärkt:

a. Der globale Kapitalismus ist aufgrund seiner hohen Komplexität besonders risikofähig. Dies zeigte die Finanzkrise von 2008.

b. Aber auch die globale Politik ist seit 2010 risikofähig, was Reckwitz an den folgenden Beispielen beschreibt: Allmählicher Verlust der Hegemonie der USA, der Aufstieg Chinas zur bedeutenden Macht, die stärkere Rolle Russlands, die *failed states* im Nahen Osten und die EU, die durch „innere Spannungen“ gekennzeichnet ist. (247)

c. Die gesellschaftliche Praxis ist abhängig geworden von einer „hochkomplexen Technologie“, die für „Spionage und Ausspähtechniken“ sowie für „immanente Fehler“ anfällig ist. (Ebd.)

d. Regionale Probleme können sich infolge der Globalisierung schnell zu überregionalen Krisen entwickeln, was die Beispiele Finanzkrise, Corona-Krise und die sogenannte Flüchtlingskrise zeigen. (248)

e. Für Reckwitz besteht ein Konflikt zwischen „Liberalismus und Populismus“, der in westlichen Gesellschaften durch „sozialstrukturelle[n] und soziokulturelle[n] Spannungen“ ausgelöst wurde, die wiederum teilweise zu „politische[n] Polarisierungen“ geführt haben. Dadurch haben u.a. durch die Wahl von populistischen Politikern unberechenbare politische Entwicklungen zugenommen. (Ebd.)

f. Durch den Klimawandel entsteht eine Menge an ökologischen Risiken, die durch politisches Handeln nur noch abgemildert werden können. (Ebd.)



g. Risiken sind „immer abhängig von einer gesellschaftlichen Interpretation als Risiko“. Die Sensibilisierung für Risiken hat durch die stärkere „öffentliche und mediale Thematisierung“ zugenommen. (Ebd.)

Reckwitz zufolge steht möglicherweise ein „neuer Strukturwandel von Staatlichkeit“ in Aussicht, in dem „Präventionen und Katastrophenmanagement“ bedeutende Aufgaben eines *resilienten Staates* werden, der sich durch eine „systematische Risikopolitik im Dauermodus“ auszeichnet. (249)

Reckwitz bündelt bekannte und neue gesellschaftspolitische Entwicklungen zu einem interessant zu lesendem Beitrag. Dabei geht er leider nicht auf die mächtige ökonomische und politisch unterstützte nationale wie internationale Agrarindustrie ein. Er zeigt aber mögliche auf uns zukommende politische und gesellschaftliche Konsequenzen der Corona-Krise auf, die für die gesellschaftliche Diskussion wichtig sind.

## CORONA – KONSEQUENZEN FÜR DIE GEOPOLITIK

Einen ganz anderen Blick nimmt Herfried Münkler, Professor em. für Theorie der Politik an der HU Berlin, in seinem historisch-politischen Beitrag *Corona-Pandemie und Geopolitik* (301-308) ein. Er beschreibt, dass die Ausbreitung von Pandemien viel mit Kriegen und Eroberungen zu tun hatten. So im 5. Jahrhundert v. Chr., als die Athener und die attische Landbevölkerung im Peloponnesischen Krieg sich vor den anrückenden Spartanern hinter die Stadtmauern zurückzogen und aufgrund von schlechter Ernährungslage und fehlender Hygiene die *große Pest* ausbrach. Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit sind, so Münkler, mehr Soldaten durch Krankheiten gestorben als durch Feindeinwirkung. (301) Es waren „strategische Optionen“, Krankheiten bei den zu bekämpfenden Feinden absichtlich herbeizuführen. So wurden pockeninfizierte Decken an ausgewähl-

te Indianerstämme verteilt oder Ratten als Pestüberträger in belagerte Städte geschleudert. „Seuchen waren nicht nur Begleiter des Krieges, sondern auch eine heimtückische Waffe bei seiner Führung.“ (302) An der *Spanischen Grippe* starben am Ende des Ersten Weltkrieges weltweit ca. 50 Millionen Menschen. Der Name rührt daher, weil die Spanier diese Epidemie als erste dokumentierten. Münkler zufolge konnten sie sich das erlauben, da sie ein neutraler Staat waren; am Krieg beteiligte Länder unterdrückten Informationen darüber, um dem Gegner keine Hinweise über mangelnde Kriegsfähigkeit zu geben. (Ebd.) Durch veränderte Kräfteverhältnisse ergaben sich Konsequenzen für die geopolitischen Lagen. Geopolitik sieht Münkler nicht nur auf den globalen Maßstab bezogen, sondern er versteht darunter „die regionalen Mächteverhältnisse in Abhängigkeit von Geographie und Topographie, Demographie und Klima sowie wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Organisation [...]“. (303)

Sämtliche genannten Beispiele sind nach seiner Meinung im Zusammenhang von Kriegen und Eroberungen zu sehen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist dann „Frieden als Lösung nahezu aller Probleme“ als „prägende Leitvorstellung“ zu betrachten. (Ebd.) Diese Darstellung des Autors ist jedoch m.E. sehr fragwürdig angesichts der vielen regionalen Kriege weltweit in dieser angesprochenen Zeit. Für ihn ist diese Leitvorstellung durch die Covid-19 Pandemie durchbrochen worden. „Nicht Krieg und Eroberung, sondern deren genaues Gegenteil: Frieden, wirtschaftlicher Austausch und eine rege touristische Reisetätigkeit haben in diesem Fall zur rasanten Ausbreitung des Virus geführt.“ (Ebd.) Er nennt dies eine „paradoxe Verkehrung“, die durch die Maßnahmen der Politik zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus noch weiter ging: „Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und die Traumatisierung ganzer Bevölkerungsgruppen“. (Ebd.)

Münkler zufolge haben viele Menschen diese Paradoxie nicht verstanden und

er fügt etwas arrogant hinzu, dass viele überhaupt nicht die Fähigkeit haben, Paradoxien intellektuell einzuordnen. Daraus leitet er ab, dass Verschwörungstheorien einen solchen Zulauf erfahren. Sie beinhalten eine „strukturelle Leugnung des Paradoxen“, sehen bzw. fordern eine direkte Beziehung zwischen Ursache und Wirkung. Verborgene Mächte hätten dann das Virus produziert. Oder aber die Krankheit würde als eine viel zu große Gefahr stilisiert, um dann in deren Gefolge Maßnahmen durchzusetzen, die ansonsten die Bevölkerung nie mittragen würde. (304) Diese Unfähigkeit im Erkennen von Paradoxien hat für ihn geopolitische Konsequenzen, „insofern sie die bestehende Mächteordnung mit neuen (und verschiedentlich auch alten) Feindbildern überzieht, was zum Wiederaufleben nationalistischer Obsessionen oder zur Entstehung von Misstrauen gegen die eigene Regierung bzw. die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten führt.“ (Ebd.)

Während sich seiner Meinung nach wirtschaftliche Veränderungen durch die Pandemie eher langfristig entwickeln, sieht er für den Tourismus kurzfristig gravierende Konsequenzen, da in den kommenden Jahren ein Vor-Corona-Niveau nicht mehr erreicht werden wird. Er bezieht das vor allem auf die europäischen Urlauber in nichteuropäischen Ländern. In einigen dieser Länder könnte das zu einer drastischen Krise der Wirtschaft führen, was wiederum die staatliche Ordnung destabilisieren würde und so durch die in der Pandemie entstehenden „Ängste und Befürchtungen“ geopolitische Veränderungen zu erwarten sind. (305) Welche aber diese konkret sein könnten, darauf geht der Autor nicht ein. „Eine Veränderung der Geopolitik durch veränderte Geoökonomie wird vor allem durch einen geschrumpften Tourismus erfolgen.“ (306) Um die Versorgung sicher zu stellen, steht die EU vor dem Problem der Schaffung „mittelfristig autarkiefähige[r] Räume“; dafür müssten dann „Grenzen für den Not- und Ausnahmefall“ festgelegt werden. (307) Er sieht die USA als Verlierer und China

als den Gewinner in der Corona- Krise und macht das an folgenden Faktoren fest: Die Rolle des Staates und dessen Möglichkeiten des Eingriffs in das gesellschaftliche Leben, die Bereitschaft der Politik, sich an Experten zu orientieren „oder aber nach eigenen Vorstellungen oder den Stimmungen von Bevölkerungsteilen zu agieren“. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sieht Münkler Deutschland (bis Mitte Mai) „bei dieser Effizienzevaluation“ in einer Spitzenposition, was der Bundesregierung an politischem Einfluss zugutekommt. (308)

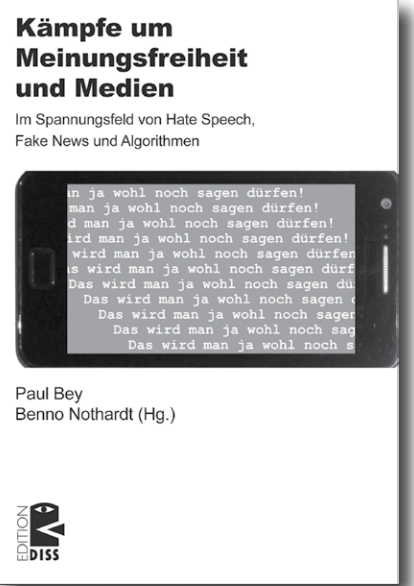
Der historische Blick von Münkler auf Pandemien ist interessant zu lesen. Seine Analyse geopolitischer Konsequenzen zeigt sich u.a. in der Entwicklung von unterschiedlichen Kräfteverhältnissen in wirtschaftlichen und politischen Organisationen und Institutionen. Wenn in vielen Ländern als Reaktion auf die Pandemie staatlicherseits ein Großteil der nicht lebensnotwendigen Produktion stillgelegt wurde und zum Teil noch wird, ist dies auch ein Beleg.

**CORONA-PANDEMIE: „KEIN SPRUNGBRETT IN EINE POSTWACHSTUMSGESELLSCHAFT“**

Dieser Beitrag von Klaus Dörre (311-322), Professor für Arbeits-, Industrie und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, beginnt mit folgender These: „Die Pandemie und die politisch herbeigeführte globale Wirtschaftskrise wirken spontan keineswegs als Sprungbrett, das uns in eine bessere, eine demokratische Postwachstumsgesellschaft hineinkapultiert. Je länger die Verwerfungen andauern, desto eher wird es für die verwundbarsten Teile der Weltbevölkerung um das nackte Überleben gehen. Massive Entsolidarisierungen könnten die Folge sein. Käme es dazu, würde zusätzlich behindert, was längst überfällig ist – eine Nachhaltigkeitsrevolution sowohl in der ökologischen als auch in der sozialen Dimension.“ (311) Diese These umreißt den gesamten Text, sodass die

nachfolgenden Ausführungen als Erläuterungen angesehen werden müssen. COVID-19 zeigt ihm zufolge, dass die Globalisierung „Gegenbewegungen“ auslöst, die gesellschaftsverändernd wirken, besonders in den „kapitalistischen Zentren“. Die weltweite Bedrohung durch eine solche Infektionskrankheit ist verursacht durch die globale Reisetätigkeit, die zunehmende Internationalisierung des Handels, die engere Mensch-Tierhaltung, bedingt durch immer weniger werdenden Lebensraum für Wildtiere, eine veränderte Tierhaltung und durch einen Klimawandel, der eine Artenwanderung ausgelöst hat. (312)

Die hinter der Pandemie wirkende Krise bezeichnet Dörre als „ökonomisch-ökologische Zangenkrise“. Damit meint er, dass die herrschende Produktions- und Lebensweise auf immer mehr Wirtschaftswachstum beruht, diese aber zunehmend gesellschaftlich und ökologisch zerstörerisch wirkt. Durch die Corona-Krise waren weltweit „81 Prozent der *global workforce* (2,7 Milliarden Menschen) vom Lockdown ganz oder teilweise betroffen.“ (314) Seinen Angaben zufolge haben allein in den USA 36 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren. Besonders betroffen, wobei das kaum überrascht, sind die informell und prekär Beschäftigten und die, die bei kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten. (Ebd.) Er attestiert der Bundesregierung durch die Finanzkrise 2007-2009 gelernt zu haben, denn sonst wäre nicht erklärbar, dass in kurzer Zeit die schwarze Null, die heilige Kuh der marktradikalen Ökonomie, geschlachtet wurde. Dass durch staatliche Abwehrmaßnahmen enorme Wirtschaftseinbußen erfolgten, sieht Dörre als Zeichen der Solidarität, um Leben zu schützen. Es stellt sich aber die Frage, wie lange der Gesundheitsschutz gegenüber der sozioökonomischen tiefen Krise Bestand hat. (315) Auch diese Pandemie zeigt, dass die soziale Ungleichheit zunimmt und hauptsächlich solchen Menschen schaden wird, „denen alsbald auch noch der Teller für die Suppe fehlen könnte“. (316) Verteilungskämpfe werden nicht ausbleiben – auch auf EU-Ebene



Paul Bey, Benno Nothardt (Hg.)  
**Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien**  
 Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen  
 ISBN 978-3-89771-773-2  
 Unrast-Verlag, 2019  
 Seiten: 160, Reihe: Edition DISS Band: 44

Die politische Kultur ist aktuell in einen Kampf um Meinungsfreiheit und mediale Wahrheit verwickelt. Während die einen den Medien weiterhin Unabhängigkeit und Objektivität bescheinigen, wird ihnen von der anderen Seite »Lügenpresse«, »Political Correctness« und »Fake News« entgegengeschleudert. Die Autor\*innen dieses Bandes untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln den umkämpften Begriff im Spannungsfeld von extremer Rechten, Leitmedien und Digitalisierung. Sie zeigen auf, mit welchen Strategien extreme Rechte Diskurse und digitale Algorithmen in sozialen Medien manipulieren, während sie gleichzeitig Meinungsfreiheit als Kampfbegriff nutzen, um Kritik an diskriminierenden Aussagen als vermeintliche Zensur abzuwehren. Gezeigt wird auch, wie sich der umkämpfte Begriff der Politischen Korrektheit verändert hat und Provokationen ein Teil des Erfolgsrezeptes für den Aufstieg der AfD sind.

»In der Tradition des DISS immer sehr präzise und akademisch genau belegt, in der Konsequenz nicht immer gerade einfach zugänglich, aber unbedingt lesenswert.« – Jörn Malik, Lotta

» ... höchst interessant und hilfreich, um sich für die Diskussion um das umstrittene Thema Meinungsfreiheit zu wappnen.« – Nina Rink, der rechte rand



zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten – und wahrscheinlich Entsolidarisierungen hervorrufen. Dörre sieht in Trump ein Beispiel für eine „Eskalationsstrategie“. Sobald der amerikanische Präsident erkannte, dass vor allem „*people of colour*, Arme und Schutzlose“ von der Infektion betroffen sind, entschied er sich, die Wirtschaftssanktionen nach und nach aufzuheben. Der Autor bezeichnet das als „verantwortungslose[n] Klassenpolitik“ und sieht „eine rassistische Konnotation“. (Ebd.)

Notwendig für ihn ist, „die Eigentumsfrage neu zu stellen“. Wenn der Staat privaten Unternehmen finanzielle Hilfen zukommen lässt, dann muss das seiner Meinung nach mit „Verfügungsrechten für Beschäftigte und/oder der öffentlichen Hand bezahlt werden“. (319) Momentan sieht er aber für eine solche Handlung durch die politische Elite keine Chance. Bezüglich Digitalisierung und Klimawandel wird nach Dörre die Rolle des Staates sich verändern und sich „ein Staatsinterventionismus neu-

en Typs durchsetzen“, da ansonsten in der Konkurrenz zu anderen imperialen Mächten Niederlagen drohen. Deshalb sind für ihn Staatsinterventionen nicht automatisch als progressiv zu bezeichnen. Dörre schließt seinen Beitrag mit der Hoffnung, dass „Realitätssinn“, „Skepsis des Verstandes“ und Solidarität mit all jenen, die in große Not geraten sind, „einer sozialökologischen Nachhaltigkeitskoalition zu kollektiver Handlungsfähigkeit in und nach der Krise verhelfen“ kann. (321)

Dörre gelingt es, seine eingangs aufgestellte These inhaltlich zu untermauern und damit deutlich zu machen, dass die Corona-Pandemie politisch keineswegs in eine demokratische Postwachstumsgesellschaft führt. Obwohl durch die ökologische Krise und durch die soziale Ungleichheitsschere an sich ein enormer Handlungsdruck besteht, wird der Staat, der auf einer „Verdichtung von Klassen- und Kräftekonstellationen beruht“ (320), sein Imperativ der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft nicht

aufgeben, um in der Konkurrenz der imperialen Mächte keine Niederlagen zu erleiden. Seine Analyse der Rolle des Staates ist klar und nachvollziehbar.

Alle vier Beiträge zeigen aus unterschiedlichen Blickwinkeln aktuelle Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft der „Corona-Gesellschaft“. Das macht alle vier Texte lesenswert, da sie soziologisches Orientierungswissen liefern in einem von nationalen wie internationalen Krisen durchzogenen Kapitalismus.

Die vier vorgestellten Beiträge sind veröffentlicht in:

Volkmer, Michael/ Werner, Karin (Hg.) 2020: *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Bielefeld: Verlag transkript, ISBN 978-3-8376-5432-5. 429 Seiten, 24,50 Euro.

**Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion und im AK Kritische Gesellschaftstheorie**

## Solidarischer Patriotismus vs. autoritärer Liberalismus

### ANMERKUNGEN ZU ZWEI NEUERSCHEINUNGEN AUF DEM RECHTEN BÜCHERMARKT

Von Helmut Kellershohn



1. Die 2020 erschienenen Bücher von Markus Krall („Die bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten“, Verlag Langenmüller) und Benjamin Kaiser („Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts“, Verlag Antaios) bilden zwei markante Pole in der innerrechten Debatte um Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie führen die Debatte fort, die zwischen Götz Kubitschek (Institut für Staatspolitik)<sup>18</sup> und André F. Lichtschlag (Zeitschrift „eigentlich frei“) bereits 2017 stattgefunden hat (vgl. Kellershohn 2019, 129-133).

Der Sache nach erinnert die Auseinandersetzung an Herbert Marcuses

18 Kaiser ist Mitarbeiter des Instituts für Staatspolitik.

Versuch von 1934 („Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung“), die damaligen Repräsentanten des Neoliberalismus und der Konservativen Revolution resp. des NS („heroisch-völkischer Realismus“) gegenüber zu stellen und den dialektischen Zusammenhang dieser Positionen „auf dem Boden derselben Gesellschaftsordnung“ (Marcuse) herauszuarbeiten. Insofern wiederholt sich hier (zwischen Krall und Kaiser) unter veränderten historischen Bedingungen eine weltanschauliche Gemengelage, die es zu dechiffrieren gilt.

2. In Kurzform lässt sich Kaisers Versuch über „solidarischen Patriotismus“, gewissermaßen eine Neuauflage von Hans Zehrer's „Rechts oder links? Die Verwirrung der Begriffe“ (1931), wie folgt zusammenfassen:

2.1 Kaiser argumentiert teils in Andeutungen, teils explizit vom Standpunkt einer *völkischen Weltanschauung* („volksverbundene Sicht“). Die klarsten Ausführungen diesbezüglich finden sich im Abschnitt 5.3, in dem er das Volk (im Sinne von *ethnos*) als „Subjekt der Geschichte“ (240) bezeichnet. Kaiser legt Wert auf eine moderatere Auslegung des Homogenitätsprinzips, fordert aber – gegenüber Einwanderern – die „Anerkennung der Hegemonie der aufnehmenden (Mehrheits-)Gemeinschaft“ (241).

2.2 Kaiser gibt vor, antikapitalistisch zu argumentieren. Erstens diagnostiziert er einen „klassenpolitischen“ Gegensatz zwischen den „Mittelschichten“ und den globalistischen Eliten (234) und reformuliert damit den gängigen populistischen Antagonismus als eine Art Klassenauseinandersetzung. Die Bestimmung der Mittelschichten ist freilich theoretisch haltlos, weil er qualitativ Unterschiedliches zusammenwirft: Lohnarbeiter, einfache Warenproduzenten (Kleinbürgertum) und mittlere Bourgeoisie (mit „einem Dutzend oder hunderten Mitarbeitern“, 234). Er konstruiert also eine Interessenkoalition, die er dann mit dem „Volk“ identifiziert. Zweitens reduziert er seinen Antikapita-

lismus auf ein Plädoyer für eine „gehegte“ oder „gesteuerte soziale Marktwirtschaft“, der er den ‚bösen‘ Kapitalismus der international operierenden Großkonzernen gegenüberstellt.

Die analytische *Trennung von Marktwirtschaft und Kapitalismus* ist ebenfalls theoretisch haltlos,<sup>19</sup> aber symptomatisch sowohl für völkische Antikapitalisten als auch für neoliberale Apologeten des Antimonopolismus (vgl. dazu die Studie von Hermann Turley<sup>20</sup>).

2.3 Mit der jungkonservativen Strömung der Neuen Rechten teilt Kaiser zunächst eine grundsätzlich *etatistische* Orientierung (Primat der Politik). Des Öfteren bezieht er sich auf Carl Schmitt, auf dessen Begriff des Politischen und auf dessen Parlamentarismuskritik (vgl. der Staat als „Beute“, Thor von Waldstein 2008), ohne freilich dessen Haltung in wirtschaftspolitischen Fragen zu übernehmen.

Die Steuerung der Marktwirtschaft und diesbezügliche Interventionen sind Sache des Staates, womit er sowohl gegen ein rechtslibertäres Staatsverständnis als auch gegen den neo(national)liberalen Kurs der Jungen Freiheit abgrenzt. In der Wahl der Mittel (von Seiten des Staates) geht Kaiser weiter als Kubitschek, der 2017 die Verstaatlichung der Infrastruktur einforderte. Nunmehr verlangt Kaiser (bei grundsätzlicher Anerkennung der freien Konkurrenz) die Verstaatlichung auch der Schlüsselindustrien und die „Entflechtung der monopolistischen Strukturen“ (272).

---

19 Die Nicht-Trennung kreidet Kaiser Marx als Fehler an. Neben vielen anderen ökonomietheoretischen Schnitzern (z.B. die Rede vom „Wertschöpfer“ Markt, 283) zeigt diese Kritik, dass es mit Kaisers Marxrezeption nicht allzu weit her ist. Auch Schumpeters Unterscheidung von „Kapitalist“ und „Unternehmer“ wird von Kaiser in sein theoretisches Korsett eingebaut (284).

20 Die Studie von Turley ist bereits 1961 in der Schriftenreihe des DDR-Instituts für Wirtschaftswissenschaften erschienen: „Neoliberale Monopoltheorie und ‚Antimonopolismus‘“ und trotz aller ML-Verrenkungen lesenswert.

2.4 Etatistische Orientierung bedeutet für Kaiser nicht die umstandslose Bejahung der gegenwärtigen Staatsform. „Unter Berücksichtigung des weite Spielräume offerierenden Grundgesetzes und bundesdeutscher Gesetzes-sammlungen“ (273, vgl. 283) strebt er einen „schrittweise[n] Bau des neuen deutschen Staates“ (273) an, also einen „Neubau“ (Spengler) oder „*Umbau des Staates*“ (269). Diesbezüglich referiert er auf de Benoist und dessen Konzept einer „organischen Demokratie“, die „von unten nach oben“ aufgebaut sein soll. Stichworte sind: lokale Autonomie, partizipative Demokratie, Leben in Vereinen und Gemeinschaften, Subsidiaritätsprinzip (230). Als Experimentierfeld („Musterregion“) gilt ihm Ostdeutschland (vgl. 273ff.). Das wirtschaftspolitische Gegenstück dazu ist Felix Menzels Idee des „nachbarschaftlichen Wirtschaftens“ mit der Präferenz für „regionale Wirtschaftskreisläufe“ (273). Ähnlichkeiten mit dem NPD-Konzept einer „raumorientierten Volkswirtschaft“ (ursprünglich entwickelt von Per Lennart Aae) liegen auf der Hand (vgl. dazu Kellershohn 2013, Botsch/Kopke 2019).<sup>21</sup>

2.5 Das Ziel des Umbaus – gleichbedeutend mit einer Lösung der sozialen Frage von rechts – definiert Kaiser wie folgt: „Solidarischer Patriotismus“ strebt nach einem konstruktiven, zukunfts-fähigen Verständnis einer gehegten sozialen Marktwirtschaft im Zeichen einer *solidarischen und patriotisch rückgebundenen Leistungsgemeinschaft*.“ (10) In der „volksverbundenen“ Sichtweise Kaisers ist die „Leistungsgemeinschaft“ (ein Begriff, der auch im NS-Sprachgebrauch gängig war) synonym zu lesen mit „Volksgemeinschaft“<sup>22</sup> und diese wie-

---

21 Zu Kaisers Konzept eines „ostdeutschen Regionalismus“ vgl. S. 279f. Zur europapolitischen Dimension dieser an de Benoist angelehnten Konzepte vgl. Till-Lucas Wessels im Verlag Antaios 2019 erschienenen Bändchen „europaradikal. Konzepte einer europäischen Zukunft“ (kaplaken Bd. 58). Zu de Benoist immer noch wichtig Schobert 2009, 37-60.

22 Der Begriff „Volksgemeinschaft“ ist an sich keine Erfindung des NS, sondern in der politischen Mitte der Weimarer Republik häufig im Gebrauch gewesen. Vgl. dazu



derum mit der „Gemeinschaft“ der sog. Leistungsträger, der „Mittelschichten“ (s.o.), die sich sowohl gegen „genuin kapitalistische[s] Profitstreben, mühe-lose[s] Einkommen (!), ökonomische[ ] Renten“ (267) abgrenzen als auch gegen Leistungs-„Verweigerer“ in den „unteren Schichten“. Letzteres spricht Kaiser nicht offen aus. Vielmehr liegt die Betonung auf der Abgrenzung gegen „Masseneinwanderung“, die mit einem Sozialstaat „auf Dauer unvereinbar“ sei. Sozialstaatlichkeit und Solidarität seien an eine „relative ethnische Homogenität“ (266) gebunden. Andererseits entwickelt Kaiser bezogen auf die Leistungs-/Volksgemeinschaft die Idee einer völkischen Verteilungsgerechtigkeit, wonach „Einkommens- und Vermögensunterschiede“ nicht „ein gesundes (?) Maß“<sup>23</sup> überschreiten und „an reale Unterschiede bei erbrachter Leistung, Dienstbereitschaft und Fleiß gekoppelt sein“ sollten (266). Erstrebenswert sei eine „relative soziale Homogenität“.

„Wo aber heute Kapitalanhäufung ohne Leistung auskommt, muß sie härter besteuert werden“ (267) – womit er galant Profite, Zinsen und Dividenden wieder in die Leistungs-/Volksgemeinschaft eingemeindet. Folgerichtig spricht Kaiser von „Mischformen des Wirtschaftens“ (284), die die von ihm gewünschte soziale Marktwirtschaft auszeichnen soll.

**2.6 Kaiser verfolgt mit seinem Buch ein strategisches Anliegen**, mit dem er sein Konzept einer „Mosaik-Rechten“ weiter ausbaut bzw. dessen Grenzen genauer umreißt. Erklärter Feind (metapolitisch gesehen) sind ihm die rechtslibertären Marktfundamentalisten, Vaterlands- und Staatsverächter: „Hayek steht hier

---

die materialreiche Arbeit von Jörn Rette-rath: „Was ist das Volk?“ Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917-1924, Berlin/Boston 2016.

<sup>23</sup> Kaiser schwebt bei den Einkommen ein Verhältnis von Maximal- und Minimalge-hältern im Bereich von 1:10 (nach Sombart) oder 1:15 (nach Wagenknecht) vor (43). Zu den Vermögensrelationen äußert er sich nicht.

pars pro toto für einen Personenzusammenhang marktliberaler Gesinnung, deren wichtigste Ideologiebausteine weder im Bereich nationaler noch im Bereich sozialer Fragen mit rechten Standpunkten unterschiedlichster Verortung vereinbar sind“ (241, vgl. 283).

In zweiter Linie ist ihm der Einfluss dieser Kräfte auf die Neokonservativen und selbst den jungkonservativen Neo(national)liberalismus der Jungen Freiheit ein Dorn im Auge, nicht zu vergessen der Meuthen-Flügel der AfD. Auf der linken Seite des politischen Spektrums entdeckt er eine Menge herunterliberalisierter Linker („Mehrheits-Linke“), die im Grunde genommen eine Art (negative) ‚Querfront‘ mit liberalen Rechten bildeten: „Globale Grenzenlosigkeit, offene Märkte, das Individuum als Maßstab des Denkens, Überwindung des Gemeinschaftsdenkens usw.: Hier treffen sich also postmoderne Linke, liber-täre Reaktion, neokonservative ‚Rechte‘, liberale Utopisten als Anverwandte (nicht: Wesensgleiche).“ (255) Diese ‚Querfront‘ sei, so Kaiser, aber nur der „metapolitische“ Gegner. Tatsächlich seien diese Kräfte nur der „verlängerte Arm der globalen Elite“, des eigentlichen Gegners und Hauptfeinds. Diese sei die „neue Klasse ökonomisch und politisch Herrschender in zahlreichen Ländern der Welt“ (255).

Das ist der entscheidende Antagonismus, mit Felix Menzel gesprochen: Globalkapitalismus vs. authentischer Populismus, wobei sich letzterer aus einem sozialen, ‚linken‘ Element (Kapitalismuskritik, soweit brauchbar) und einem rechten, völkischen Element zusammensetzen sollte. Der solidarische Patriotismus ist eine „Synthese“, die bereits 1931 Hans Zehrer und der TAT-Kreis als „nationalen Sozialismus“ bezeichneten. Genau in diese Fußstapfen tritt Kaiser, allerdings weniger im Sinne von Zehrerers „Querfront“, sondern eher im Sinne eines Drieu La Rochelle, wenn dieser Vordenker eines europäischen, faschistischen ‚Sozialismus‘ in den 1930er Jahren eine „linke Politik mit rechten Menschen“ einfordert.

3. Herbert Marcuse notierte 1934 zur Grundlage des Liberalismus: „[...] die freie Verfügung des individuellen Wirtschaftssubjekts über das Privateigentum und die staatlich-rechtliche garantierte Sicherheit dieser Verfügung. Alle ökonomischen und sozialen Forderungen des Liberalismus sind wandelbar um dieses eine stabile Zentrum – wandelbar bis zur Selbstaufhebung.“ (Marcuse 1967, 44) Dieser chamäleonhafte Zug des Liberalismus lässt sich an vielen historischen Beispielen nachweisen. Ludwig von Mises etwa, dessen Schrift „Liberalismus“ (1927)<sup>24</sup> Marcuse zitiert, begrüßte den italienischen „Faschismus (sic!) und alle ähnlichen Diktaturbestrebungen“, weil sie „für den Augenblick die europäische Gesittung“ vor dem marxistischen Sozialismus gerettet hätten: „Das Verdienst, das sich der Faschismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben.“ (v. Mises 2006, 45)<sup>25</sup>

Die Parole „*Freiheit oder Sozialismus*“ macht sich auch Markus Krall zu eigen, obgleich er von dem ewigen Verdienst des Faschismus heute nichts mehr wissen will, sondern den „nationalen Sozialismus“ nach dem Vorbild Hans-Hermann Hoppes totalitarismustheoretisch in dieselbe ‚Schublade‘ einordnet wie

---

<sup>24</sup> Neu veröffentlicht (mit einem Vorwort von Hans-Hermann Hoppe) von der Friedrich-Naumann-Stiftung im Academia Verlag 2006 (4. Auflage) als Band 1 in der Reihe „Klassiker der Freiheit“!

<sup>25</sup> An diese These vom Faschismus als „Notbehelf des Augenblicks“ knüpfte Hayek bei seinem Besuch in Chile 1981 an. In einem Interview mit der Tageszeitung El Mercurio äußert er sich zum Problem der Diktatur: „Nun, ich würde sagen, dass ich ganz und gar gegen Diktaturen als langfristige Einrichtungen bin. Aber eine Diktatur kann während einer Übergangszeit ein notwendiges System sein. Es ist manchmal notwendig für ein Land, für eine gewisse Zeit über eine Form diktatorischer Macht zu verfügen. Wie sie verstehen werden, ist es einem Diktator möglich, liberal zu regieren. Und ebenso möglich ist, dass eine Demokratie mit einem völligen Mangel an Liberalismus regiert. Persönlich ziehe ich einen liberalen Diktator einer demokratischen Regierung ohne Liberalismus vor.“ (zit. nach Chamayou 2019, 286)

den Kommunismus oder den bürgerlich-liberalen Interventions- und Sozialstaat (vgl. Hoppe 2018, 361-374). Sein Buch „Die Bürgerliche Revolution“ ist eine einzige Philippika für eine „Gegenrevolution“ gegen die liberale Verfasstheit der demokratischen Institutionen, gegen Sozialliberalismus und gegen den „beinharte[n] Sozialismus“ (12).

Sicherlich: Krall argumentiert nicht explizit völkisch – auch wenn es diesbezüglich Anklänge gibt, die auch Kaiser begrüßen würde<sup>26</sup> – und vermeidet antikapitalistische Töne, aber er trennt den ökonomischen *Liberalismus* ganz im Sinne Ludwig v. Mises' und Hayeks von kultureller und politischer Liberalität. Er will die Rückkehr zur klassischen Leitidee des ökonomischen Liberalismus, zum „*Besitzindividualismus*“ (MacPherson) und zu einer „*Eigentümerkommunität*“, in der das „Sondereigentum an Produktionsmitteln“ (v. Mises) absolut dominieren würde.

Um dies durchzusetzen, bedarf es einer Attacke auf den gegenwärtigen Staat. In diesem Punkt gibt es durchaus einige Gemeinsamkeiten mit dem Projekt des *Staatsumbaus*, das wir schon von Kaiser her kennen. Krall gibt sich alle Mühe, die Institutionen der Demokratie zu delegitimieren, z.B. den Parlamentarismus (Stichwort: adverse Selektion) oder die Gewaltenteilung, die seiner Meinung nach gar nicht existiert.

Dieser Delegitimierungsversuch ist eingebettet in eine Jeremiade über das Versagen der Eliten in Politik, Medien und Kirchen (!), womit denn auch dem populistischen Antagonismus Volk – Elite Rechnung getragen wird – „Volk“ verstanden als die bürgerlichen „Leis-

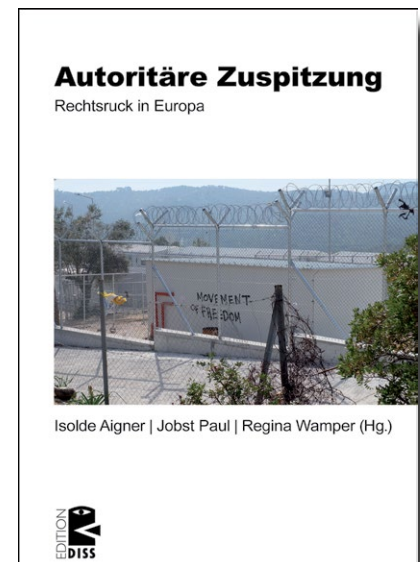
tungsträger“. Gegen die Herrschaft der verantwortungslosen Eliten setzt nun Krall seine „bürgerliche Revolution“ und verbindet damit konkrete Operationen, die, um dem Staats- und Elitenversagen ein Ende zu bereiten, auf Maßnahmen zielen, wie z.B. die Verweigerung des Wahlrechts für bestimmte Bevölkerungsgruppen (Transferempfänger!) oder die Überantwortung der politischen Entscheidungsprozesse an eine plebiszitäre Präsidialmacht oder gar einen Monarchen.<sup>27</sup> Insgesamt soll durch den Staatsumbau die Funktion des Staates darauf reduziert werden, die „Eigentümerkommunität“ durch eine entsprechende Rechtsordnung und autoritäre Sanktionsgewalt abzusichern.

Die Aufgabe eines solchen „Mini“-Staates bestünde darin, das autonom verstandene Marktgeschehen und das Eigentum vor Eingriffen jedweder Art zu schützen. Das wäre dann freilich ein Staat, den auch Kaiser nicht will. Kralls Staatsverständnis entpuppt sich als ein Konstrukt, das Hermann Heller – in der Auseinandersetzung mit Carl Schmitt – als „*autoritären Liberalismus*“, als Kombination von ökonomischen Liberalismus und autoritärem Staatsverständnis, gekennzeichnet hat (vgl. Heller 1971).

Ergänzt wird diese Kombination, worauf Krall sehr viel Wert legt, durch einen ausgesprochen rigiden *kulturellen Konservatismus*,<sup>28</sup> ein Punkt, in dem es auch gewisse Überschneidungen mit Kaiser gibt. Krall interpretiert Hayek als einen „konservative[n] Liberalen“ (12), womit er zum Ausdruck bringen will, dass der freie Markt, der sich im Sinne Hayeks als spontane, nicht konstruierte Ordnung in einem evolutionären Prozess

<sup>27</sup> Auch Hans-Hermann Hoppe plädiert zur Not für eine Monarchie, versteht sich aber eigentlich als „Anarchokapitalist“, der eine reine Privatrechtsordnung und damit einen „Nullstaat“ bevorzugt. Hoppe ist Mitherausgeber der Zeitschrift *eigentümlich frei*, in der auch Krall publiziert.

<sup>28</sup> Die Krall'sche Mischung von ökonomischem Liberalismus, autoritärem Mini-Staat und kulturellem Konservatismus (Wertkonservatismus) erinnert an den US-amerikanischen Paläoliberalismus rund um das Ludwig von Mises Institute of Alabama.



Jobst Paul, Regina Wamper, Isolde Aigner  
**Autoritäre Zuspitzung**  
 Rechtsruck in Europa  
 ISBN 978-3-89771-769-5  
 Unrast-Verlag, 2019  
 Seiten: 220  
 Reihe: Edition DISS Band: 40  
 Ausstattung: Softcover

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas haben extrem rechte Parteien und Bewegungen in den letzten Jahren massiv an Zuspruch gewonnen – nicht nur auf der Straße, sondern auch bei Wahlen. Hintergrund dieses Rechtsrucks sind vor allem die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa, die damit zusammenhängende administrative Krise und die islamistischen Anschläge in mehreren europäischen Städten. Doch kenntnis- und aufschlussreich wie gewohnt zeigt das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) in dieser Publikation, dass es ist nicht zuletzt die global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes ist, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die ihn letztlich weitertreibt.

<sup>26</sup> Krall argumentiert widersprüchlich: einerseits lehnt er ein „kollektivistische[s] Konzept[ ] ab, Gemeinschaft gilt ihm als „Summe der Individuen und ihrer Handlungen“ (215); andererseits baut er eine Brücke zu einem identitären Verständnis von Kultur, die „die Genesis eines Volkes“ reflektiere. Kultur sei „durch die Geschichte gestiftete Identität“ (217). Daran knüpfen dann Invektiven gegen Multikulturalismus („Einheitsbrei“), Islam und Migration an.



etabliert hat, nicht ohne entsprechende „Traditionen und Werte“, die der „freien Marktwirtschaft zur Entfaltung und zum Erfolg verhelfen“ und sich ebenfalls evolutionär herausgebildet haben, existieren kann. (Vgl. dazu näher Ptak 2007, 41-50)

Daher sei ein „Wertkonservatismus [...] konstitutiver Bestandteil liberalen Gedankenguts“ (13). Insbesondere der „Kulturmarxismus der Frankfurter Schule“, aus der Sicht Kralls die neueste Variante des ‚verderblichen‘ Sozialismus, wird in diesem Zusammenhang heftig angegriffen. Die Frankfurter Schule und ihr folgend die 68er seien schuld an einer „Werteerosion, die die *Werte von Freiheit, Familie und Eigentum*“ abgeschafft hätten. „Hedonismus und Sexualisierung der Gesellschaft plus die Entfremdung der Menschen vom Leistungsgedanken durch einen überbordenden Sozialstaat“ (108) hätten dafür die Grundlage geschaffen.

Des Weiteren beklagt er die linke Religionskritik und die Dämonisierung des Christentums, wo doch die Religion und speziell die „christlich-jüdisch inspirierte Aufklärung“ (sic!) die Grundlage des freiheitlichen Wertegerüsts gebildet hätten. Dieser letzte Punkt ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil er quasi-religiös die „Eigentümermarktgesellschaft“ zu einem ‚Allerheiligsten‘ überhöht und den Antagonismus Freiheit/ Sozialismus in den moralischen Antagonismus von Gut/Böse übersetzt.

*Strategisch* gesehen setzt Krall auf die große Krise („Crash“), eine „epochale[ ] Wirtschaftskrise“, verursacht durch „wirtschaftliche Ungleichgewichte“, die wiederum auf eine auf „Umverteilung ausgerichtete Geldpolitik“ (20) zurückzuführen seien. Die Übeltäter sitzen in Brüssel und in der EZB („Manipulationsnullzins“) und auf Seiten der durch die Nullzinspolitik alimentierten nationalen Regierungen. „Da der Nullzins ineffiziente, unproduktive und schlechte Unternehmen als unsichtbare Subvention künstlich am Leben erhält, fließen immer mehr Ressourcen in unproduktive und schlechte Verwendungen“ (34).

Das Produktivitätswachstum wird abgewürgt (35). „Die Wachstumskräfte erlahmen, und die wirtschaftliche Krise ist die unausweichliche Folge.“ (35)

Um auf diese Situation, die für eine „bürgerliche Revolution“ die *objektiven* Bedingungen schaffen würde, vorbereitet zu sein, entwickelt Krall ein metapolitisches Konzept, das sich am Vorbild der „demokratischen Bürgerbeteiligung“ (?) in den USA orientiert. Im Zentrum steht das „Konzept der *politischen Denkfabrik*“ (158), die als „Katalysator politischer Veränderung“ dienen soll: Erstens geht es um die Erringung der intellektuellen Denkführerschaft (Thought Leadership), zweitens um die der Meinungsführerschaft (Opinion Leadership), und drittens – darauf aufbauend – soll dann die Regierungsverantwortung (Exekutive Leadership) übernommen werden, mit dem Ziel, den Staatsumbau einzuleiten, in dessen Zentrum eine neue Verfassung stehen soll.

Dieses neue Grundgesetz würde (gegenüber dem alten) von allen „freiheitsfeindlichen Elementen“ (aufgrund falscher Kompromisse mit dem Sozialismus oder mangelnder Voraussicht) gereinigt sein. Es wäre die Grundlage für die „Republik der Freiheit“.

## LITERATUR

- Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.) 2019: Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph 2019: Zwischen „Raumorientierter Volkswirtschaft“ und „Antikapitalismus-Kampagne“, in: Becker/Eberhardt/Kellershohn (Hg.) a.a.O., 72-89.
- Chamayou, Grégoire 2019: Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus, Berlin.
- Heller, Hermann 1971: Autoritärer Liberalismus [zuerst 1933], in: Ders: Gesammelte Schriften, Bd. 2, Leiden, 643-653.
- Hoppe, Hans Hermann 2018: Demokratie. Der Gott, der keiner ist. Monarchie, Demokratie und natürliche Ordnung [zuerst 2001], 5. Auflage, Waltrop und Leipzig, 361-374.
- Kellershohn, Helmut 2013: Der völkische Nationalismus der NPD. Grundzüge der NPD-Programmatik, in: Ders. (Hg.): Die ‚Deutsche Stimme‘ der ‚Jungen Freiheit‘. Lesarten des völkische Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten, Münster, 30-52.
- Kellershohn, Helmut 2019: Mit Marx für einen ‚Antikapitalismus‘ von rechts? Über das wundersame Interesse neurechter Vordenker an Marx, in: Becker/Eberhardt/Kellershohn (Hg.) a.a.O., 128-147.
- Marcuse, Herbert 1967: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung [zuerst 1934], in: Abendroth, Wolfgang (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt/M., 39-74.
- Ptak, Ralf 2007: Grundlagen des Neoliberalismus, in: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ders.: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden.
- Schobert, Alfred 2009: Wurzeln finden, Reich erneuern oder: Wie Alain de Benoist mit Carl Schmitt der „Dampfwalze der Globalisierung“ trotzen will, in: Ders.: Analysen und Essays. Extreme Rechte – Geschichtspolitik – Poststrukturalismus, hrsg. von Dietzsch, Martin/Jäger, Siegfried/Zuckermann, Moshe, Münster, 37-60.
- Waldstein, Thor von 2008: Der Beutewert des Staates. Carl Schmitt und der Parlamentarismus, Graz.
- Zehrer, Hans 1931: Rechts oder Links? Die Verwirrung der Begriffe, in: DIE TAT H. 7, 505-559.

*Dieser Artikel entstand im Rahmen eines vom Ministerium für Kultur & Wissenschaft NRW geförderten und in das Netzwerk CoRE-NRW eingebundenen Projekts zur Neuen Rechten.*



# Klasse und Klassenkampf – längst überholte Begriffe?

Von Wolfgang Kastrup

*„Alles schreitet fort in dem Ganzen, nur bis heute das Ganze nicht.“ (Adorno)*

Sind die Begriffe Klasse und Klassenkampf überhaupt noch zeitgemäß und nicht Bezeichnungen vergangener Zeiten des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts? In den Sozialwissenschaften wird die Arbeiterklasse im Wesentlichen nicht mehr entdeckt, gibt es doch soziale Lagen und soziale Milieus, in denen die Lohnabhängigen zu finden sind. Und gar die Bezeichnung Proletarier wird eher als Beleidigung aufgefasst, der Prolet, heute der „Proll“, ungehobelt, roh und ungesittet. Nichts deutet mehr auf die Rebellion der Arbeiterklasse, deren starker Arm die Räder stillstehen lassen konnte. Davor fürchten sich heute weder Regierung noch Unternehmer. Also unzeitgemäß und zu entsorgen. Folglich ist davon auszugehen, dass die Grundlagen und Probleme, die diese Begriffe überhaupt hervorbrachten, verschwunden sind. Aber was ist dann mit denen, die in Armut leben, die Arbeitslosen, die millionenfach prekär Beschäftigten? Die individuellen Leiderfahrungen dieser Menschen – unsichere Lebensplanungen, zunehmende Arbeitshetze, der Kampf um bezahlbaren Wohnraum, der stärker werdende Konkurrenzdruck und der Zwang zur individuellen Selbstoptimierung – täglich können wir das erfahren und davon in den Medien hören und lesen. Und was ist mit den hunderttausenden Migranten\*innen, die als Erntehelfer, auf dem Bau, im Pflegebereich und in der Fleischindustrie unter unwürdigen Arbeitsbedingungen zu einem geringen Lohn schufteten müssen? Die ursächlichen Probleme des marktwirtschaftlichen Produzierens sind also doch nicht vorbei. Das Wort ‚Arbeiterklasse‘ ist verschwunden, die ‚Sache‘ in ihren Grundlagen ist geblieben.

Trotzdem hat sich im Lauf des vergangenen Jahrhunderts und der letzten Jahrzehnte für die abhängig Beschäftigten natürlich Einiges geändert. Nicht nur das schon lange bestehende allgemeine und gleiche Wahlrecht und die Stärkung der Gewerkschaften, sondern für viele Menschen geregelte tarifliche Löhne mit einem einigermaßen Wohlstand und den entsprechenden Konsummöglichkeiten, verbunden mit einem Freizeitverhalten, das Reisen ermöglicht. Hinzu kommt z.T. auch ein Immobilienbesitz. Also doch eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ von der einst Helmut Schelsky in den 1950er Jahren sprach oder entsprechend Theodor Geiger mit seinem Begriff von der „Klassengesellschaft im Schmelztiegel“. Damit sollte im westlichen Nachkriegsdeutschland die Klassenfrage erledigt werden, da ja durch höhere Löhne, Konsummöglichkeiten, Mobilität und Reisen eine neue Lebensqualität geschaffen worden sei; folglich ein gleichberechtigter Bürger mit neuer sozialer und nationaler Identität.

## ADORNO: KLASSENGESELLSCHAFT BESTEHT WEITER

Doch diese behauptete gemeinsame Sicht auf die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland war nur eine scheinbare wie der Soziologentag 1968 in der inhaltlichen Auseinandersetzung zwischen Theodor W. Adorno und Ralf Dahrendorf deutlich machte. „Denn Adorno erdreistete sich in den Augen seiner Kontrahenten, trotz oder gerade wegen aller eingeräumten empirischen Modifikationen gegenüber den von Marx analysierten gesellschaftlichen Zusammenhängen nach wie vor von einer kapitalistischen Klassengesellschaft auszugehen und hierbei auch die Klassenfrage für zentral zu halten.“ (Thien 2014, 164) Nach Adorno und Jaerisch hat die bürgerliche Gesellschaft es aber geschafft, die Arbeiterklasse weitgehend zu integrieren. Dieser Integrationsprozess ist auch durch materielle Zugeständnisse der Kapitaleseite gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften erreicht worden. Ein Klassenbewusstsein ist aber nicht automatisch mit dem Vorhandensein einer sozialen Klasse verbunden, was auch für den Klassenkampf gilt. „Der Klassenkampf alten Stils, im Sinn des Marx’schen Manifests, ist, einem Wort von Brecht zufolge, virtuell unsichtbar geworden. Seine Unsichtbarkeit selber ist nicht zu trennen von den Strukturproblemen. Tatsächlich sind die Manifestationen des Klassenverhältnisses in weitem Maß in den Funktionszusammenhang der Gesellschaft eingebaut worden, ja als Teil ihres Funktionierens bestimmt. Das ist allerdings kein Novum, als die Gesellschaft sich nicht nur trotz des Klassenverhältnisses am Leben erhielt, sondern durch es hindurch.“ (Adorno/Jaerisch 1968/1972, 183) Beide beschreiben hier die Funktionalität der Lohnabhängigen für die politische Ökonomie des Kapitals. Dazu gehört auch die Integration des sozialen Konflikts, der geregelt und kanalisiert immer wieder reproduziert wird. „Die gegenwärtige Lehre vom sozialen Konflikt kann sich darauf stützen, daß subjektiv der Klassenkampf vergessen ist, wofern er je die Massen ergriffen hatte.“ (Ebd., 184) Denn der Begriff des sozialen Konflikts, der aus der amerikanischen Soziologie entnommen ist, „ebnet positivistisch die Marx’sche Lehre vom Klassenkampf ein.“ (Ebd., 177) Für Adorno und Jaerisch heißt das aber nicht, dass durch diesen Integrationsprozess auch der objektive Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital verschwunden ist. „Nur seine Manifestation im Kampf ist neutralisiert. Die ökonomischen Grundprozesse der Gesellschaft, die Klassen hervorbringen, haben aller Integration der Subjekte zum Trotz sich nicht geändert.“ (Ebd., 184) Diese Erkenntnis steht im Gegensatz zu der fetischisierten Vorstellung der bürgerlichen Gesellschaft, wo Kapital, Grundeigentum und Arbeit als selbständige Quellen von Wert erscheinen, so die volkswirtschaftliche Lehrmeinung und der Alltagsverstand. Das würde dann nämlich bedeuten, dass sie das Einkommen aus ihrem Produktionsfaktor erhalten: Kapital erzeugt Gewinn bzw. Zins, Grundeigentum Grundrente und Arbeit resp. Arbeitskraft Lohn. Der gezahlte Lohn soll dann den Wert der Arbeit darstellen. Nicht die abstrakte,



vergegenständlichte Arbeit erscheint als Substanz des jährlich produzierten Gesamtwertes, sondern die Trinität der verselbständigten Erscheinungsformen aus Kapital, Grundeigentum und Arbeit. In den Lehr- und Schulbüchern wird die Lehre von den drei Produktionsfaktoren, d.h. Arbeit, Boden und Kapital, als notwendige wie natürliche Grundlage für den marktwirtschaftlichen Prozess dargestellt. Unterstellt wird dabei, dass Arbeit gleich Lohnarbeit bedeutet und zwischen beiden kein Unterschied gemacht wird. Die Mehrarbeit, die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft, verschwindet so. Kapitalistische Produktionsverhältnisse erscheinen so als sachliche, natürliche und unveränderliche Gegebenheiten bar jeder historischen Form gesellschaftlicher Produktionsprozesse. Hierin drücken sich Verkehrung und Mystifikation aus. Marx hat den Fetischbegriff im Band 1 des *Kapitals* (MEW 23) entwickelt.

Adorno und Jaerisch zufolge ist jeder Lohnkonflikt „latent stets noch Klassenkampf“, allerdings ist dieser „unsichtbar unter der Oberfläche des Partnertums“. Der Antagonismus verschiebt sich nach ihrer Ansicht in „gesellschaftliche Randphänomene“, die noch nicht so ganz von der Integration erreicht wurden oder im „Abhub der Erscheinungswelt“, der durch den antagonistischen Prozess erzielt wird: Irrationale Ausbrüche von Arbeitskräften und Konsumenten, die aus dem Integrationsprozess herausgefallen sind und Aggressionen gegen ausgestoßene Minderheiten und politisch gegen solche äußern, die sich nicht konform verhalten. „Der Zerfall in zentrifugale Partikeln ist die Kehrseite sozialer Integration. Je rücksichtsloser sie das Verschiedene unter sich begräbt, desto mehr zersetzt unterirdisch sich das soziale Gefüge.“ (Adorno/ Jaerisch 1968/1972, 188) Diese Analyse zeigt, wie Adorno und Jaerisch die Konsequenzen kapitalistischer Verhältnisse auf den Punkt bringen. Demirović gibt aber zu bedenken, dass dabei den beiden Autoren aus dem Blick gerät, dass sich aus solchen Verschiebungen ins Private „wiederum zahlreiche breite soziale Bewegungen und gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen bilden können, die jeweils das Potenzial haben, das Gesamte der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern und ihrerseits konflikttheoretisch eingeehgt werden durch Praktiken, die Antagonismen zu Agonismen herunterkühlen [...]“. (Demirović 2020, 434f.)

### BEDEUTUNG DES „AUTOMATISCHEN SUBJEKTS“

Für Friedrich Engels fällt der erste Klassengegensatz in der Geschichte – und das sollte nicht unerwähnt bleiben – zusammen mit „der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.“ (Engels 1884/1972, 68) Die Einzelehe war zwar für ihn ein geschichtlicher Fortschritt, zugleich aber auch ein relativer Rückschritt in dem Zurückdrängen der Frau. Die Begriffe Klasse und Klassenkampf werden von Marx und Engels an etlichen Stellen ihrer Werke genannt. Systematisch haben aber beide es nicht mehr geschafft, über Klassen zu schreiben. Es stellt sich die Frage nach dem Verhältnis der Kategorie ‚Klasse‘ zu dem „automa-

tischen Subjekt“, von dem Marx im *Kapital* spricht. Für Robert Kurz ist dieses automatische Subjekt der eigentliche Gegenstand der Kapitalismuskritik und „Klassen und überhaupt sämtliche sozialen Kategorien [...] bloße Funktionskategorien“ für dieses übergeordnete automatische Subjekt. Er schlussfolgert, dass Kapitaleigentümer und deren Manager „bloße Funktionäre der Kapitalakkumulation als Selbstzweck“ sind und die Menschen sich in „Anhängsel einer verselbständigten Ökonomie verwandelt“ haben, „deren Bewegungsgesetzen sie allesamt ausgeliefert sind [...]“. (Kurz 2001, 56f.) Was ist die Bedeutung des automatischen Subjekts für Marx? Erst einmal klingt das gegensätzlich. Im Unterschied zu W-G-W (Ware, Geld, Ware), wo der Konsum das Resultat bildet, muss die Zirkulation G-W-G' (also Geld-Ware-Geld mit Inkrement oder Zuwachs, das Marx als Mehrwert, als surplus value benennt) anders gesehen werden: „In der Zirkulation G-W-G' funktionieren dagegen beide, Ware und Geld, nur als verschiedene Existenzweisen des Werts selbst, [...]. Er geht beständig aus der einen Form in die andere über, ohne sich in dieser Bewegung zu verlieren, und verwandelt sich so in ein automatisches Subjekt.“ (Marx MEW 23, 168f.) In dieser Zirkulation G-W-G' ist der Wert der Zweck des ganzen Prozesses, da hier Mehrwert zugesetzt wird. „Insofern ist der Wert das Subjekt des Verwertungsprozesses. Allerdings ist Verwertung der einzig mögliche Zweck des Werts. Insofern ist der Wert ein ‚automatisches‘ Subjekt. So wie der Automat nur über die Fähigkeit zu einem einzigen Prozess verfügt (der Fahrkartenautomat kann Fahrkarten ausdrucken und sonst nichts), ist auch der Wert nur zu einem einzigen Prozess in der Lage, nämlich sich selbst zu verwerten.“ (Heinrich 2013, 111f.) Damit stellt sich die Frage, ob die Menschen, wovon Kurz ja ausgeht, nur Anhängsel des Verwertungsprozesses sind, wo Intentionen und Handeln der Menschen keine Bedeutung mehr zu haben scheinen. Das Subjekt ist also kein Wert als handelnder Akteur, handelnde Akteure können nur die Menschen sein. Nur sie sind in der Lage, Waren dem Markt zuzuführen. Es ist Heinrich zuzustimmen, wenn er schreibt: „Der Wert als ‚automatisches Subjekt‘ ist Resultat des Handelns der Menschen, allerdings eines Handelns, das der Logik der Zirkulationsform G-W-G' folgt.“ (Ebd., 112) Und das ist m.E. keine widersprüchliche Formulierung.

### KAPITALVERHÄLTNIS ALS AUSGANG FÜR DEN KAMPF

Nicht nur im Hauptwerk *Das Kapital*, sondern auch in den vielen weiteren Werken von Marx und Engels ist davon die Rede, dass Klassen integraler Bestandteil des gesamten kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses sind. So formuliert Marx die wichtige Erkenntnis, dass das Kapitalverhältnis selbst als Ausgang für den Kampf der beiden Klassen gesehen werden muss: „Der Kampf zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter beginnt mit dem Kapitalverhältnis selbst.“ (Marx MEW 23, 451) Für Demirović zeigt diese Formulierung, dass „das Kapitalverhältnis von vornherein als ein soziales Verhältnis des Kampfes begriffen werden muss. Dass es überhaupt Kapital gibt und mithin also Verwertung von Kapital durch



Aneignung von lebendigem Arbeitsvermögen durch Kapitaleigentümer, ist selbst bereits Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen Individuen, die sich darin zur Klasse formieren.“ Auch die in der Zirkulation erfolgte Verwandlung in ein automatisches Subjekt ist für ihn „eine Gestalt des Klassenkampfes und wird im und durch den Klassenkampf selbst reproduziert.“ (Demirović 2020, 430) Es geht also bei den Begriffen Klasse und Klassenkampf um die Aneignung der Mehrarbeit und damit um Ausbeutung.

## KLASSEN: WIDERSPRUCH UND KLASSENKAMPF

Für Nicos Poulantzas werden gesellschaftliche Klassen im Wesentlichen, aber nicht ausschließlich, durch die Stellung im Produktionsprozess bestimmt. Dieser ökonomische Bereich spielt zwar eine entscheidende Rolle, der politische und ideologische Bereich darf hier aber nicht vergessen werden, da auch sie wichtige Rollen einnehmen. Denn hier geht es um die Reproduktion der Gesellschaft und ihrer Produktionsweise. „Die gesellschaftlichen Klassen bedeuten für den Marxismus Widersprüche und *Klassenkampf* in *ein und derselben* Bewegung: die gesellschaftlichen Klassen existieren nicht *a priori*, als solche, um *anschließend* in den Klassenkampf einzutreten, was die Annahme zuließe, es existierten Klassen *ohne* Klassenkampf. Die gesellschaftlichen Klassen umgreifen *Klassenpraktiken*, d.h. den Klassenkampf, und sind nur in ihrem Gegensatz faßbar.“ (Poulantzas 1975, 14) Der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital beinhaltet also gleichzeitig den Klassenkampf, Widerspruch/Antagonismus und Klassenkampf sind Bestimmungen gesellschaftlicher Klassen. Das heißt auch, dass Klassen immer in der Auseinandersetzung sind, also immer im Kampf. Für diesen Klassenkampf sind wiederum die politischen und ideologischen Verhältnisse wichtig. Dass bei diesen Kämpfen der Begriff der Klasse keine Rolle spielt bzw. nicht vorkommt, lehrt die tägliche Erfahrung. So ist Demirović zuzustimmen, wenn er schreibt: „Allerdings finden viele dieser Kämpfe nicht in Begriffen der ‚Klasse‘, sondern in vielfältigen Formen statt: als Kämpfe des Volkes gegen die Macht, der Bürger\_innen um Rechte, der Frauen gegen das Patriarchat, der Rassifizierten gegen die Suprematie, der Narurschützer\_innen gegen die Industrie oder den Konsumismus.“ (Demirović 2020, 431) Bezüglich des ökonomischen Bereichs muss als Klassenkampf nicht nur der Kampf gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und der um die Lohnhöhe verstanden werden, sondern auch um Arbeitszeiten, betriebliche Hierarchien, Sicherheitskontrollen, Verhalten am Arbeitsplatz, Pausen (auch die für das Rauchen) oder Abwesenheiten. Klassenkämpfe der Arbeiterklasse können sich aber nicht nur gegen das Kapital richten, sie können auch gegen den Staat erfolgen, wenn dieser restriktiv Gesetze erlässt, die für die Lohnabhängigen Nachteile erbringen, so z.B. beim Kündigungsschutz oder bei der sozialen Absicherung. Wenn deutlich wird, dass Klassen sich immer im Kampf befinden, dann betrifft das nach Demirović auch die Existenzformen der Klassen, sodass auch die Lebensweisen, die Wohnform, die Erziehung und Ausbildung der Kinder, das Ernährungs- und Freizeitverhalten

usw. dazugehören. (Vgl. ebd.) Bei aller scheinbaren Plausibilität der Argumentation stellt sich m.E. trotzdem die Frage, ob es eine Grenze für diesen Begriff gibt. Wenn alle gesellschaftlichen Konflikte Klassenkämpfe sind, beginnt dann nicht eine Inflationierung des Begriffes? Ein weiterer Aspekt muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, der bei Poulantzas und Demirović nicht angesprochen wird. Wenn bei Lohnkämpfen von den Gewerkschaften ein „fairer Lohn“ oder ein „gerechter Lohn“ gegenüber der Kapitaleseite eingefordert wird, dann geht es nicht nur um materielle Verbesserungen für die Lohnabhängigen. In diesen Formulierungen um die Lohnhöhe kommt das fetischisierte Bewusstsein zum Ausdruck, dass mit dem Lohn der Wert der Arbeit bezahlt wird und zwischen Lohnarbeit und Arbeit kein Unterschied gemacht wird (vgl. oben). Das bedeutet, dass auch Klassenkämpfe nicht frei von fetischisierten Bewusstseinsinhalten sind.

Die wichtige Theorie von Poulantzas unterscheidet bei den gesellschaftlichen Klassen noch Fraktionen und Schichten zur Unterscheidung im Ökonomischen „und hier ganz besonders der Rolle der politischen und ideologischen Verhältnisse“. Eine weitere Unterteilung erfolgt durch die „*gesellschaftliche[n] Kategorien*, die *hauptsächlich* durch ihre Stellung in den politischen und ideologischen Verhältnissen abgesteckt sind: das ist der Fall für die *staatliche Bürokratie*, umrissen durch ihr Verhältnis zu den Staatsapparaten, und für die *Intellektuellen*, die durch ihre Rolle der Ausarbeitung und Umsetzung der Ideologie definiert sind.“ (Poulantzas 1975, 23f.) Das bedeutet aber nicht, dass diese gesellschaftlichen Gruppen unabhängig von ihrer jeweiligen Klasse gesehen werden können, sondern Fraktionen sind Klassenfraktionen wie z.B. die Fraktion der Handelsbourgeoisie zur Klasse der Bourgeoisie zu zählen ist. Die Arbeiteraristokratie ist eine Schicht der Arbeiterklasse. Bezüglich der Angehörigen der gesellschaftlichen Kategorien gilt, dass sie aus mehreren gesellschaftlichen Klassen stammen. (Vgl. ebd.) Allerdings scheint mir hier die Unterscheidung von Fraktion und Schicht bei Poulantzas ungenau, da er mal den Begriff Fraktion und mal den Begriff Schicht gebraucht, ohne eine Klärung vorzunehmen.

## DEUTSCHE GESELLSCHAFT: FÜNF KLASSEN

Für die deutsche Gesellschaft unterscheidet Thomas Sablowski fünf Klassen: 1. Kapitalistenklasse, 2. Mittlere Bourgeoisie, 3. Kleinbürgertum, 4. Lohnabhängige Mittelklasse und 5. Arbeiterklasse. Die einzelnen Klassen bilden jeweils keinen homogenen Block, sondern sind durch verschiedene Fraktionen und durch Spaltungen nach Geschlecht, Hautfarbe und nationaler Herkunft unterteilt. (Vgl. Sablowski 2020, 520-522)

Zu 1. Kapitalistenklasse: Großer Umfang an Privateigentum an (Re-)Produktionsmittel, sodass man ausschließlich von der Arbeit anderer leben kann. Hierzu zählt auch das Topmanagement wegen der unmittelbaren Machtbefugnis und der sehr



hohen Gehälter. Es finden Fraktionierungen zwischen Industrie-, Handels- und Bankkapital statt.

Zu 2. Mittlere Bourgeoisie: Geringerer Umfang an Privateigentum an (Re-)Produktionsmittel, sodass zwar Lohnarbeiter\*innen ausgebeutet werden, die eigene Mitarbeit in dem Unternehmen aber erforderlich ist. Es ist Mischform zwischen kapitalistischer und kleinbürgerlicher Produktionsweise. Interessant ist hier, dass die Bundesregierung bei den Unterstützungsprogrammen wegen der Corona-Krise Betriebe mit unter zehn und über zehn Beschäftigten unterschieden hat. Die unter zehn Beschäftigten beziehen sich Sablowski zufolge auf Unternehmen der mittleren Bourgeoisie. Es finden ähnliche Fraktionierungen wie oben statt.

Zu 3. Kleinbürgertum: Soloselbständige und Eigentümer von Familienunternehmen einschließlich Familienangehörigen, die mitarbeiten müssen. Keine Beschäftigung von Lohnarbeiter\*innen. Sie leben von der eigenen Arbeit. Soloselbständige sind oftmals Scheinselbständige, da sie von einem Auftraggeber abhängig sind. Auch hier ähnliche Fraktionierungen, s.o.

Zu 4. Lohnabhängige Mittelklasse: Beschäftigte im öffentlichen Dienst, in den Unternehmen des Non-Profit-Sektors, in den privaten Haushalten und Lohnabhängige in den kapitalistischen Unternehmen, hier Meister, Techniker und Ingenieure mit Aufsichtsfunktion (bis mittleres Management). Fraktionierungen zwischen den Beschäftigten der einzelnen Branchen.

Zu 5. Arbeiterklasse: Lohnabhängige Beschäftigte, die ausgebeutet werden und keine Herrschaftsfunktion im Betrieb ausüben. Fraktionierungen zwischen Arbeiter\*innen in der Produktion (produktive Tätigkeit) und denen in dem Zirkulationsprozess (unproduktive Tätigkeit da keine Mehrwertproduktion). Fraktionierungen in Facharbeiter, Angelernte und Ungelernte.

Hinzukommen, wie schon erwähnt, Spaltungen nach Geschlecht, Hautfarbe und nationaler Herkunft. Die Klassenverhältnisse sind, so Sablowski, komplex und die Interessen der Klassen nicht einheitlich, sondern in sich widersprüchlich.

### FRAGEN UND WEITERE ÜBERLEGUNGEN

So weit die Klasseneinteilung von Thomas Sablowski, die allerdings einige Fragen aufweist, die sich aber bei solchen konkreten Einteilungen häufig ergeben. So stellt sich die Frage, weshalb der Autor neben objektiven Antagonismen als Unterscheidungsfaktoren empirische Daten weitgehend außer Acht lässt. Hinsichtlich der Kapitalistenklasse muss zudem gefragt werden, ob im Stadium von transnationalen Unternehmen auch von einer transnationalen Klasse gesprochen werden kann, obwohl es keinen kapitalistischen Weltstaat gibt. Bezüglich der lohnabhängigen Mittelklasse werden hier alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angeführt. Hier ist die Spann-

breite der Beschäftigungsverhältnisse aber enorm groß, sodass hier nicht nur Fraktionierungen eine Rolle spielen können. Bei der Arbeiterklasse wird die große Zahl der Leiharbeiter, der prekär Beschäftigten und der hunderttausenden Migranten\*innen, die im Pflegebereich, als Erntehelfer, in der Fleischindustrie und im Baugewerbe arbeiten, nicht erwähnt. Wie erfolgt zudem die Eingruppierung der Arbeitslosen und Obdachlosen? Wie sind die klassenübergreifenden Abwertungs- und Ausgrenzungsprozesse zu beurteilen, die durch Rassismus und Sexismus ausgelöst werden? Ferner sollte auch die Unterscheidung zwischen einem strukturellem und einem historischen Klassenbegriff beachtet werden. Schließlich muss bei einer Einteilung von Klassen und dem entsprechenden Klassenkampf, ohne das dieser als Begriff erscheint, und der ja nicht nur von der Arbeiterklasse aus gedacht werden muss, sondern natürlich auch von der Kapitalistenklasse, die Rolle des Staates analysiert werden, d.h. wie der Staat im Kapitalismus begriffen werden muss, wie er seine Staatsapparate organisiert im Verhältnis zu den gesellschaftlichen Klassen und Klassenfraktionen. Dies alles sind Überlegungen, die in dem vorliegenden Rahmen nicht mehr ausgeführt werden können.

### LITERATUR

- Adorno, Theodor W./Jaerisch, Ursula 1968: Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute, in: Adorno, Theodor W. 1972: Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt/M.
- Demirović, Alex 2020: Undoing Class. Warum von Klasse, Klassenkampf und Klassenpolitik reden? In: PROKLA 200, 429-438.
- Engels, Friedrich 1884/1972: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW Bd. 21, 27-106.
- Heinrich, Michael 2013: Wie das Marxsche „Kapital“ lesen? Teil 2, Stuttgart.
- Kurz, Robert 2000: Marx lesen, Frankfurt/M.
- Marx, Karl 1971: Das Kapital, Bd.1 [n.d. 4. Aufl. v. 1890], MEW Bd. 23, Berlin.
- Poulantzas, Nicos 1975: Klassen im Kapitalismus - heute, Westberlin.
- Sablowski, Thomas 2020: Klassenkämpfe in der Corona-Krise, in: PROKLA 200, 519-542.
- Thien, Hans-Günter 2014: Klassentheorien - Die letzten 50 Jahre, in: PROKLA 175, 163-190.

**Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion und im AK Kritische Gesellschaftstheorie**

# Lütten Klein

## LEBEN IN DER OSTDEUTSCHEN TRANSFORMATIONSGESELLSCHAFT

Von Peter Höhmann

Steffen Mau hat ein lesenswertes Buch verfasst. Er beschreibt zentrale Wandlungsvorgänge in Ostdeutschland und verbindet bei diesem Thema sehr anschaulich den Transformationsprozess in der früheren DDR mit den lokalen Veränderungen in dem Rostocker Stadtteil Lütten Klein.

Das Buch ist in zwei größere Abschnitte gegliedert. Der erste befasst sich mit den Lebensbedingungen in dem Rostocker Quartier und in der Gesellschaft der DDR. Der zweite stellt vor dem Hintergrund dieser Folie zentrale Veränderungen seit der Wiedervereinigung dar. Der soziale Wandel von der DDR nach Ostdeutschland wird überzeugend und kenntnisreich unter 13 Schwerpunktthemen diskutiert, in denen sowohl die Lebenslagen in den lokalen Gemeinschaften als auch die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen aufgezeigt werden. Die hierfür zugrunde gelegten Quellen sind breit gefächert. Sie umfassen persönliche Stellungnahmen, ebenso wie Photos, sozialstatistische Daten oder Befunde aus anderen Veröffentlichungen. Unter dem Leitbegriff einer „frakturierten Gesellschaft“ fasst Mau seine Informationen in einem Konzept zusammen, das sozialstrukturelle Kernelemente und mentale Lagen miteinander verbindet. (S. 14 und S. 244ff.)

Dem Autor ist eine Arbeit gelungen, die in den Sozialwissenschaften durchaus nicht immer eingelöster Standard ist: Das Buch enthält eine theoretisch klar aufbereitete Interpretation personaler

und struktureller Änderungen in Ostdeutschland. Zugleich ist es anschaulich und in einer lesbaren Sprache geschrieben, ohne dabei einen wissenschaftlichen Anspruch aufzugeben. In der Sa-

auch die Überschichtung der ostdeutschen Sozialstruktur durch westdeutsche Transfereliten (S. 177ff.). Die Rede von einer gesellschaftliche Krise, der sich die Menschen in der DDR ausgesetzt sahen, ist so unter unterschiedlichen Schwerpunkten klar nachzuvollziehen: Über den Bruch mit den bisherigen Wissens- und Erfahrungsbereichen, über die unzureichenden Kenntnisse zu den dann folgenden Handlungsmustern oder auch über eine Gemeinsamkeit in den Deutungen in Ost und West.

Hat das Buch so in der Beschreibung der Umbruchsituation seine Stärken, so hätte ich mir zwei Ergänzungen gewünscht. Mit Blick auf die Rede des Verfassers von einer auch aktuell bestehenden „ostdeutschen Gesellschaft“ (z.B. S. 247 f.) wären weitere Ausführungen, etwa zu weiter bestehenden oder geänderten gemeinschaftlichen Konfliktlinien und Kontrollmustern, sicherlich hilfreich gewesen. Vor allem hätte ich mir aber zusätzliche Hinweise über einen Vergleich mit den Verhältnissen im Saarland oder im Ruhrgebiet vorstellen können, um so die gesellschaftliche Situation

in Ostdeutschland gerade im Kontrast zu den im Westen bestehenden strukturellen und kulturellen Änderungen begrifflich und sinnlich genauer einzuordnen.

**Dr. Peter Höhmann, Oberkirchenrat i.R., ist Mitarbeiter im AK Gesellschaftstheorie im DISS**



che sind die auch in anderen Arbeiten immer wieder vorgebrachten umfassenden strukturellen Ausgliederungsvorgänge aus dem gewohnten Alltag und hierauf bezogen, die Verunsicherung und das Gefühl der Benachteiligung in der Bevölkerung gut nachvollziehbar. Dies gilt etwa für die Umwälzung der Beschäftigungsverhältnisse (S. 150ff.), eine Neuordnung und Verstärkung von Mobilitätsblockaden (S. 160ff.) oder



# Eine moralphilosophische NS-Analyse auf Abwegen

Von Stefan Vennmann

LOTHAR FRITZE

## Die Moral der Nationalsozialisten



Fritze, Lothar 2019:  
Die Moral der Nationalsozialisten.  
Reinbek: Lau Verlag  
556 Seiten, 38,00 Euro.  
ISBN: 978-3-95768-204-8

Das Buch hat, anders als der Titel vermuten lässt, sich nicht zu Aufgabe genommen, die Moralvorstellungen der nationalsozialistischen Verbrecher:innen zu ergründen, um ihnen retrospektiv moralische Schuld und Verantwortung sowie die Notwendigkeit historischer Aufarbeitung zuzurechnen. Vielmehr soll die Argumentation mit ihren umfassenden moralphilosophischen Konstruktionen die ‚Rechtfertigungsgründe‘ der Täter:innen untersuchen, mit der sie die Kriegsbereitschaft und die antisemitische Vernichtungspolitik vor dem Hintergrund ihrer Ideologie zu rechtfertigen in der Lage gewesen sind.

Was wie eine krude, philosophische Rechtfertigung klingt und wofür die ‚eigenwillige Interpretation‘ der Nazi-Quellen Evidenz liefert. Auch wenn immer wieder darauf insistiert wird, dass die nationalsozialistischen Rechtfertigungsgründe ‚für uns‘ unplausibel, inakzeptabel seien (135) und wir die ‚Mittel‘ der Nazis „an sich für unmora-

lisch, illegitim oder für nicht erforderlich“ (196) halten können, wird schnell deutlich, dass die Analyse der nationalsozialistischen Moral benutzt wird, sich gegen die „herrschende moralische Überzeugung“ (230) der Gegenwart aufzulehnen sowie einen moralischen und menschenrechtlich begründeten Universalismus zu delegitimieren.

Fritzes Werk darf dabei nicht als Versuch verstanden werden, einen Diskurs zur Vergangenheitspolitik mit moralphilosophischen Kategorien anzureichern und zu entwickeln. Denn seine Argumentation ist nicht an Erkenntnissen über einen philosophischen Begriff historischer Verantwortung interessiert. Vielmehr folgt der ‚Totalitarismusforscher‘ des *Hannah-Arendt-Instituts*, der wegen seiner Aktivität in der Sezession und der Winterakademie des Instituts für Staatspolitik bereits in der Kritik stand, einer politischen Logik, die den Schulterschluss mit der extremen Rechtsucht.

### MORALPHILOSOPHISCH BEGRÜNDETER RELATIVISMUS

Dem Buch fehlt in seiner sprunghaften Argumentation, der stetigen Wiederholung der selben Argumente für unterschiedliche Sachverhalte und dem verharmlosenden Duktus (z. B. 123, 133, 255) nicht nur die kritische historische und politische Einordnung der nationalsozialistischen Verbrechen. Vielmehr werden die Funktionselemente der Nazis und besonders Hitler als genuine Moraltheoretiker dargestellt. Anstatt *Mein Kampf* als die antisemitische, antidemokratische und gewaltverherrlichende Propagandaschrift zu benennen, die sie nun mal ist, wird sie als „Analyse“ (233) einer „Lebensraumtheorie“ (235) verstanden, die zwar durch bestimmte Vorstellungen von rassistischer „Hö-

her- und Minderwertigkeit von Völkern kofundiert“ (148), nicht aber durch sie *begründet* ist. Die partikuläre Moral der Nazis wird als in ihrer historisch-politischen Einhegung legitimes, soziales Koordinatensystem dargestellt, das – wenn auch nicht von „weltanschaulich-ideologischen Ideensystemen unabhängig“ (99) – moralphilosophisch anerkannt werden müsse.

Letztlich wird die Begründung der nationalsozialistischen Moral biologistisch erklärt. Die moralische Präferenz für das Eigene benötige keine Darlegung, da sie „einen biologischen Ursprung“ (143) habe, der genetisch aus kollektiven Gruppenloyalitäten von – mit Ernst Nolte gedachten – exklusiven, an Herkunft und Territorium gebundene „Völker, Staaten und Kulturen“ (147) entspringt. In diesem Sinne werden auch nationalsozialistische Abtreibungs- und Euthanasieprogramme sowie Heimat- und Naturschutz als genuin moralisch begriffen, auch wenn sie nicht „ausschließlich dem mutmaßlichen Interesse der Betroffenen dienen sollten“ (256f.). Hier nicht die bevölkerungspolitische und antisemitische Logik zu reflektieren, die sämtliche Politiken der Nazis durchzog, ist mit der historischen und aktuellen Forschung zum Nationalsozialismus unvereinbar.

### VERKENNUNG DES ANTISEMITISMUS

Die analytische Notwendigkeit des Antisemitismus zum Kern des Verständnisses der nationalsozialistischen Gemeinschaftsordnung zu machen, auf der Kritiker von Theodor W. Adorno bis Michael Wildt insistieren, wird von Fritze ganz entsprechend der vereinheitlichenden Totalitarismus-, letztlich Extremismustheorie, systematisch ignoriert.

Den Antisemitismus nur als kontingenten Freund-Feind-Mechanismus gegen



„Angehörige eines ‚artfremden‘ Volkes“ (137) zu begreifen, führt Fritze zur Argumentation eines Antiuniversalismus der Prägung Alain de Benoist. Da auch in der Demokratie ungleiche Lebensverhältnisse täglich akzeptiert werden, sei auch hier nicht von einem wirklich moralischen Universalismus zu sprechen, wohingegen „Hitler einen in jeder Hinsicht universalistischen Standpunkt vertreten“ (143) hätte, da er ‚jedem Volk‘ sein Recht auf den mit ‚guten Gründen‘ im ‚Wesen‘ (hier also der Biologie) begründeten Überlebenskampf zugestand.

Da auch in der partikularen Moralvorstellung der Nazis vermeintlich universalistische Tendenzen enthalten wären – die mit einem Menschenrechtsuniversalismus selbstverständlich nichts zu tun haben – unterscheidet sich die moralische Struktur des Nationalsozialismus, zum unspezifischen Totalitarismus degradiert, nicht prinzipiell von der einer Demokratie. Beide setzen auf die absolute „Austauschbarkeit und Verrechenbarkeit des Individuums“ (376). Eine Diagnose die bei Fritze ebenso falsch ist wie bei Giorgio Agamben.

Auf letzteren wird sich direkt bezogen, wenn zu zeigen versucht wird, dass die Mordpraxis in den Vernichtungslagern nichts mit den konkreten Moralvorstellungen der Nazis zu tun hätte (173), sondern lediglich die politische Ontologie der modernen Gesellschaft radikalisiere. Die Moral der Nazis wird moralisch für unangreifbar erklärt. In diesem Nimbus sei auch die Shoah nicht dem Antisemitismus entsprungen, sondern auf eine „der Rationalität dienende Rechtfertigungsformel“ (197) des ideologischen „Ideensystem“ (239) der Naziführung zurückzuführen, die sie aus ihrer subjektiven Moral begründen können. Die diversen Relativierungen des Antisemitismus (187, 279, 291, 315, 339), des deutschen Expansionskrieges (168, 226) und des alliierten Kriegseinsatzes gegen die Nazis (139, 453), die die Deutschen erst zu den „barbarischen Methoden“ (181) nötigte. Dass es sich hier um wissenschaftlich unbrauchbare Elemente eines rechten Schuldabwehrdiskurses handelt, ist offensichtlich.

### WER SIND, DIE NATIONALSOZIALISTEN?

Da es „um die *Struktur* des Denkens der Nationalsozialisten geht und nicht um inhaltliche Bewertung“ (266f.), soll gezeigt werden, dass der Nationalsozialismus eine partikulare Gemeinschaft darstellt, deren Grundsätze sich auch dann moralisch rechtfertigen lassen, wenn wir die „zugrundeliegenden außermoralischen Annahmen und Überzeugungen als falsch erachten“ (398). Auf persönliche Charakterschwäche, „individuell-biographische Umstände“ (473), „Kaltschnäuzigkeit“ (224) und „Schmeicheleien“ (299) zurückgeführt, werden die Verbrechen der Nazis ausschließlich an die moralische Überzeugung der NS-Elite gekoppelt, die moralisch davon überzeugt gewesen sein sollen, keine Verbrechen zu begehen, sondern eine für den Fortbestand des Kollektivs elementare Aufgabe zu erfüllen, die sie moralisch rechtfertigen konnten.

Das „eigentliche Ergebnis der Analyse“ (261) ist, dass die Nazi-Elite in ihrer moralischen Überzeugung, das Richtige zu tun, die „optimale Urteils- und Willensbildung“ (403) der Deutschen einschränkte. Hitlers demagogisches Talent schuf eine ‚unzureichende Erkenntnisbasis‘ (418), die die Verbrechen auf einen „Modus der unbewussten Fahrlässigkeit“ (407) innerhalb einer hierarchischen Befehlsstruktur zurückführt (138f.; 182). Die konkreten Exekutoren der Verbrechen haben demnach keine Verbrechen begangen, ihnen ist nur „kognitives Versagen“ (398) vorzuwerfen – sie konnten Täter mit gutem Gewissen sein, weil sie entweder ihre eigene Ideologie glaubten oder von Demagogen getäuscht wurden. Eine solche Analyse eines ‚monolithischen Faschismus‘ ist politiktheoretisch von Franz L. Neumann 1944, empirisch von Herbert Jäger 1967 und moralphilosophisch jüngst von Hans Bernhard Schmidt zurückgewiesen worden.

Auch wenn Fritze ‚nicht völlig‘ mit Rolf Peter Sieferles Diagnose im antisemitischen Pamphlet *Finis Germania* – ein Schelm wer hier ansonsten ideologische Übereinstimmung vermutet – zustim-

mend und „totalitäre Politiker“ (449) durchaus für verantwortlich hält, muss konstatiert werden, dass jegliche Verantwortungszuschreibung in der Gegenwart abgelehnt wird. Wenn nur die Demagogie der moralisch verantwortlichen Eliten zu den Verbrechen führte, diese Eliten aber tot oder juristisch verurteilt wurden, hat sich die historische Verantwortung aufgelöst. Dass auf eine gesellschaftstheoretische Analyse, die sicherlich andere Ergebnisse bedingt hätte, „weitgehend verzichtet“ (472) wurde, folgt dem politischen Kalkül der moralischen Entlastung Deutschlands für die Verbrechen der Vergangenheit. Das ‚Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie‘ wird zugunsten einer neuen deutschen Partikularmoral der moralischen Kritik entzogen um stattdessen einen moralischen Antiuniversalismus als Mittel zur extrem rechten Diskursverschiebung im bürgerlichen Gewand zu rechtfertigen.

**Stefan Vennmann promoviert an der Universität Duisburg-Essen und ist Mitarbeiter im AK Antiziganismus im DISS.**



# Neuer Faschismus? Der Aufstieg der Rechten in Italien.

Von Dirk Diluweit



Renner, Jens (2020): *Neuer Faschismus? Der Aufstieg der Rechten in Italien*  
 Berlin: Bertz + Fischer (Politik aktuell, 8)  
 ISBN: 9783865057617; 8 €.

Laut des britischen Historikers Perry Anderson lässt sich in Italien die europäische Situation in besonders konzentrierter Form beobachten (vgl. Renner 2020, 14). Deshalb besteht laut Jens Renner die Gefahr, dass der Rechtsruck in Italien auf andere europäische Länder ausstrahlt (vgl. ebd., 14). Aus diesem Grund untersucht er in „Neuer Faschismus? Der Aufstieg der Rechten in Italien“, ob sich „das Mutterland des Faschismus abermals auf dem Weg in ein autoritäres Regime“ (ebd., 10) befindet.

Renners Untersuchung basiert auf dem Faschismusbegriff Umberto Ecos. Dementsprechend definiert er Faschismus als eine politische Ordnung, in der ein Führer als Interpret des Volkswillens auftritt (vgl. ebd., 12). Faschismus ist somit eine Art des Denkens, Handelns und Fühlens, die an keine Epoche gebunden ist, sondern bezeichnet Handlungs- und Wahrnehmungsdiskpositionen, die Eco „Ur-Faschismus“ (Eco 2020, 30) nannte.

Schon vor Berlusconi und Salvini kooperierte die italienische Polizei und Justiz mit Rechtsextremisten (vgl. Renner, 21). Beispiele hierfür sind die Bürgerkriegstruppe Gladio, die Geheimloge P2 und die Strategie der Spannung. Weiterhin exis-

tierte mit der MSI bereits seit 1946 eine offen neofaschistisch agierende Partei, die sich in der Tradition Mussolinis sah. Dies stellte einen eindeutigen Rechtsverstoß dar, da es nach der italienischen Verfassung verboten ist, die Partei Mussolinis wiederzugründen (vgl. ebd., 17). Da die Democrazia Christiana in den Neofaschisten jedoch nützliche Mehrheitsbeschaffer sah, schützte sie die MSI.

Als Berlusconi im Jahr 1994 italienischer Ministerpräsident wurde, gelang ihm dies, weil er eine Koalition mit der MSI und der Lega Nord einging (vgl. ebd., 22). Dadurch schaffte es Berlusconi, Großunternehmertum und aufstiegsorientierte Mittelschichten im Kampf gegen die Linke zu vereinigen. Damals etablierten Berlusconis Frauenfeindlichkeit, seine persönlichen Angriffe gegen politische Gegner und seine offensichtlichen Lügen einen Politikstil, der Aspekte von Trump vorwegnahm (vgl. ebd., 29). Berlusconis Vorarbeit ermöglichte es der neu gegründeten Fünf Sterne Bewegung und der Lega, im Jahr 2018 eine Regierungskoalition aus Rechts- und Linkspopulisten zu bilden.

Ursprünglich wurde die Lega als Lega Nord gegründet und war eine reine Regionalpartei, die Südtalien beschuldigte, auf Kosten des Nordens zu leben (vgl. ebd., 36). Erst seit 1989 mobilisiert die Lega gegen Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten. Im Jahr 2012 trat Bossi als Sekretär der Lega Nord zurück. Bossis Nachfolger wurde Maroni, der sein Amt jedoch im Jahr 2013 an Salvini übergab. Salvini, der sich stärker gegen die EU und gegen Zuwanderung aussprach, wandte sich gleichzeitig dem Süden Italiens zu. Um diesen Kurswechsel zu betonen, gab er seiner Partei einen neuen Namen.

Der Erfolg der Lega lässt sich jedoch nur zum Teil mit ihrem migrationsfeindlichen Wahlkampf erklären. So gelang es bereits Umberto Bossi, durch provokante Äußerungen und kalkulierte Tabubrüche die Lega Nord als Alternative zum „Alten System“ erscheinen zu lassen. (vgl. ebd., 37) Um ihre Strategie umzusetzen, unterhält die Lega eine eigene Abteilung für Online-Attacken (vgl. ebd., 45). Zwar ist die genaue Arbeitsweise dieser Abteilung unbekannt, jedoch wird angenommen, dass die Lega prüft, welche Themen in sozialen Netzwerken diskutiert werden. Zu diesen Themen kann die Lega dann provozierende und emotionalisierende Inhalte posten (vgl. ebd., 45). Aufgrund ihrer positiven Bezüge zu Mussolini bildet die Lega „ein Kraftzentrum“ (ebd., 49) für neofaschistische Sektierer, das diesen Kleinstparteien als taktisches und ideologisches Vorbild dient.

Während die Lega vor allem gegen Migranten polemisierte, gelang es der Fünf-Sterne-Bewegung mit ihrer Forderung

nach einem Bürgereinkommen Gefolgschaft zu mobilisieren (vgl. ebd., 64). Obwohl die Fünf-Sterne-Bewegung zahlreiche Themen linker Bewegungen aufgriff, wie Proteste gegen Großbauprojekte und gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, beklagte sie ebenfalls, dass Italiens kulturelle Identität durch Zuwanderer bedroht sei (vgl. ebd., 67). Neben diesen thematischen Überschneidungen beim Thema Migration nutzten Lega und die Fünf-Sterne-Bewegung eine ähnliche Mobilisierungsstrategie. So setzt ihr Gründer und Anführer, der ehemalige Fernseh-Entertainer Beppe Grillo, ebenfalls auf verbale Entgleisungen und gezielte Provokationen (vgl. ebd., 64). Bei den Parlamentswahlen am 4. März 2018 gelang es der Fünf-Sterne-Bewegung mit 32,7% der gültigen Stimmen stärkste Partei zu werden. Ende Mai 2018 beschloss die Fünf-Sterne-Bewegung eine Koalition mit der Lega zu bilden. „Möglich wurde sie vor allem durch einen rasanten Rechtsruck der Fünf-Sterne“ (ebd., 69).

Die neue Koalition wählte den Juristen Giuseppe Conte zum neuen Ministerpräsidenten. Salvini, der Vorsitzende der Lega, wurde unter der neuen Regierung Innenminister. Während seiner Amtszeit sprach sich Salvini gegen die EU, gegen Zuwanderung und für Strafrechtsverschärfungen aus (vgl. ebd., 71). Zudem beschuldigte Salvini George Soros, mit der Fluchtmigration nach Europa einen Bevölkerungsaustausch voranzutreiben. Gleichzeitig warf er der Justiz vor, nicht entschieden genug gegen Kriminalität vorzugehen (vgl. ebd., 83). Als Regierungspartei gelang es den 5-Sternen nicht, umstrittene Bauprojekte zu verhindern (vgl. ebd., 76). Bei der nächsten Europawahl im Januar 2019 mussten die 5-Sterne deutliche Einbußen hinnehmen, wogegen die Lega stärkste Partei wurde (vgl. ebd., 79). Nach diesem Debakel für die 5-Sterne-Bewegung galt es in Italien als sicher, dass die Lega die Regierungskoalition aufkündigen wird. In einer solchen Situation muss der italienische Staatspräsident Neuwahlen ansetzen oder dem Parlament einen Ministerpräsidenten zur Wahl vorschlagen. Für den Fall von Neuwahlen rechnete die Lega damit, stärkste Partei zu werden. Als die Lega einen Antrag der 5-Sterne zum Anlass nahm, das Regierungsbündnis zu verlassen, folgte das Parlament dem Vorschlag des Staatspräsidenten Mattarella und wählte Conte mit Hilfe der PD, der 5-Sterne und der linken LeU zum Ministerpräsidenten. Dies wertete Renner als Indiz dafür, dass Italiens Eliten kein Interesse an einer neofaschistischen Regierung haben (vgl. ebd., 119).

Die italienischen Linksparteien konnten der Lega nur wenig entgegensetzen. Vielmehr schwenkten die dortigen Mitte-links-Parteien auf einen neoliberalen Kurs um und trugen so zu den Stimmengewinnen der Lega bei (vgl. ebd., 117). Die daraus resultierende Schieflage ermöglichte es den 5-Sternen und der Lega im Jahr 2018 eine Regierung zu bilden (vgl. 109). Allerdings sieht Renner in zivilgesellschaftlichem Engagement eine Möglichkeit, populistischen Bewegungen etwas entgegenzusetzen. Ein Beispiel hierfür sind Aktivisten auf Sardinien, die Flashmobs gegen rassistische Hetze organisierten (vgl. ebd., 114).

## Entfremdung Identität Utopie



Marvin Chlada, Peter Höhmann,  
Wolfgang Kastrop & Helmut Kellershohn (Hg.)



Marvin Chlada, Peter Höhmann, Wolfgang  
Kastrop, Helmut Kellershohn (Hg.)  
Entfremdung – Identität – Utopie  
ISBN 978-3-89771-774-9  
200 Seiten, Oktober 2020  
Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkshaften«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.



Auch wenn die heutige Situation in Italien nur wenig Ähnlichkeit mit der Ära Mussolini hat, zeigt Renner mit Ecos Faschismusbegriff, dass es zwischen beiden Bewegungen zahlreiche Gemeinsamkeiten gibt (vgl. ebd., 119). So basiert die Politik beider Gruppen auf Verschwörungsdenken und der Idee, eine zerfallende Nation kulturell zu erneuern. Rassismus und Ultrarationalismus sind zwei weitere Punkte, die der Faschismus und der autoritäre Populismus gemein haben (vgl. ebd., 120). Die von Rechtspopulisten errungene Hegemonie kann rechtspopulistische Regierungen überdauern. Obwohl es der Lega nicht gelang, ohne die 5-Sterne-Bewegung zu regieren, besteht für Renner deshalb weiterhin die Gefahr, dass in Italien eine autoritäre Regierung an die Macht kommt (vgl. ebd., 125). Da Verschwörungsdenken, Rassismus und Nationalismus auch in der deutschen Bevölkerung verbreitet sind, wäre auch hierzulande eine rechtspopulistische Regierungsbeteiligung denkbar. Allerdings bedürfte es hierzu einer charismatischen Führerfigur wie Salvini (vgl. ebd., 130).

Im Schlusskapitel beschuldigt Renner die Politik der Lega für den schweren Verlauf der Corona-Pandemie in Norditalien verantwortlich zu sein. So wäre es eine Folge der Kürzungs politik im Gesundheitswesen, dass während der Pandemie zu wenig Intensivbetten zur Verfügung standen (vgl. ebd., 132). Zudem machte Renner die Lega, die in der norditalienischen Politik fest verankert ist, dafür verantwortlich, dass in Betrieben keine oder unzureichende Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie umgesetzt wurden. Zwar verlor die Lega während der Corona-Pandemie an Rückhalt in der Bevölkerung, jedoch konnten andere Rechtsparteien auf Kosten der Lega Stimmenzuwächse erzielen (vgl. ebd., 148).

Renners Buch überzeugt durch die detaillierte Darstellung der politischen Verhältnisse Italiens. Gerade das letzte Kapitel sticht in dieser Hinsicht besonders hervor.

Allerdings unterlässt es Renner zu begründen, warum die Gefahr bestünde, dass der Rechtsruck in Italien auf andere Länder ausstrahlt. Hierzu wäre es zweckmäßig gewesen, wenn Renner die Argumente Andersons stärker berücksichtigt hätte. So zeigt Anderson, dass sich auch in anderen EU-Staaten ein postdemokratisches Politikmodell durchgesetzt hat, dass es populistischen Bewegungen ermöglicht, sich gegenüber der EU oder transnationalen Konzernen als Vertreter des Volkswillens auszugeben. (vgl. Anderson 2015, 13).

Auch das Faschismuskonzept Ecos hätte Renner stärker in seine Argumentation einbinden können, als dies im vorletzten Kapitel der Fall war. Auf diesem Wege hätte Renner zeigen können, dass das politische Verhalten Salvinis in zahlreichen Punkten dem entspricht, was Eco als „Urfaschismus“ (Eco 2020, 30ff.) bezeichnete. Hier wäre es wünschenswert gewesen, wenn Renner diskutiert hätte, inwiefern die Kommunikationsstrategie Salvinis und Berlusconis die politische Öffentlichkeit und damit die Grundlagen eines demokratischen Gemeinwesens untergraben kann. Zwar spricht er an, dass Berlusconi und Salvini

die politische Kultur Italiens nachhaltig veränderten. Jedoch beschränkt sich Renner darauf, zu zeigen, dass beide die öffentliche Debatte auf die Themen Migration und innere Sicherheit verengten. Nach Eco beruht Salvinis Kommunikationsstrategie auf einer „rohen Intoleranz“ (vgl. ebd., 58), die die Gültigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse und logischer Prinzipien bestreitet. Dadurch zerstört das populistische Politikmodell den Grundkonsens, der rationale Diskurse und eine demokratische Öffentlichkeit voraussetzt (vgl. Bourdieu 2014, 21).

Mit Manows (2018) Untersuchung zur politischen Ökonomie des Populismus hätte man zeigen können, warum und wodurch sich links- und rechtspopulistische Bewegungen voneinander unterscheiden. So agitiert die 5-Sterne hauptsächlich gegen die EU und gegen Bauprojekte, wogegen die Lega gegen Migration mobilisiert. Zwar deutet Renner mit dem Hinweis auf die süditalienische Tradition von Klientelpolitik an, warum diese Unterschiede zustande kommen, jedoch versäumt er es, seine Andeutung näher zu erläutern. Hier hätte Renner mit Hilfe von Manow zeigen können, wie unterschiedliche Wirtschaftsmodelle verschiedene Arten populistischen Protestes hervorbringen.

Da Renner die Konzepte Ecos und Andersons nicht voll ausschöpft und es versäumt, Autoren wie Manow in seine Argumentation miteinzubeziehen, gelingt es ihm nicht immer das Ausmaß und die Konsequenzen des Rechtsrucks in Italien darzustellen. Trotz dieser Schwachstellen zeigt Renner, welcher Taktik sich Lega, Berlusconi und die Fünf-Sterne bedienen und wie sie dadurch die politische Debatte in Italien veränderten. Deshalb ist dieses Buch Leser\*innen, die sich für die politischen Verhältnisse Italiens und das konkrete Handeln populistischer Bewegungen interessieren, zu empfehlen.

**Dirk Diluweit ist Sozialwissenschaftler, lebt in Darmstadt und forscht zu sozialer Ungleichheit, Ethnizität und Migration.**

## LITERATUR:

- Anderson, Perry 2015: Das italienische Desaster, Berlin.
- Bourdieu, Pierre; Champagne, Patrick; Brühmann, Horst; Willim, Petra 2014: Über den Staat. Vorlesungen am Collège de France. Berlin.
- Eco, Umberto 2020: Der ewige Faschismus, München.
- Manow, Philip 2018: Die politische Ökonomie des Populismus, Berlin.
- Renner, Jens 2020: Neuer Faschismus? Der Aufstieg der Rechten in Italien, Berlin.

# „Nichts ist, wie es scheint. Über Verschwörungstheorien“

Von Dirk Diluweit

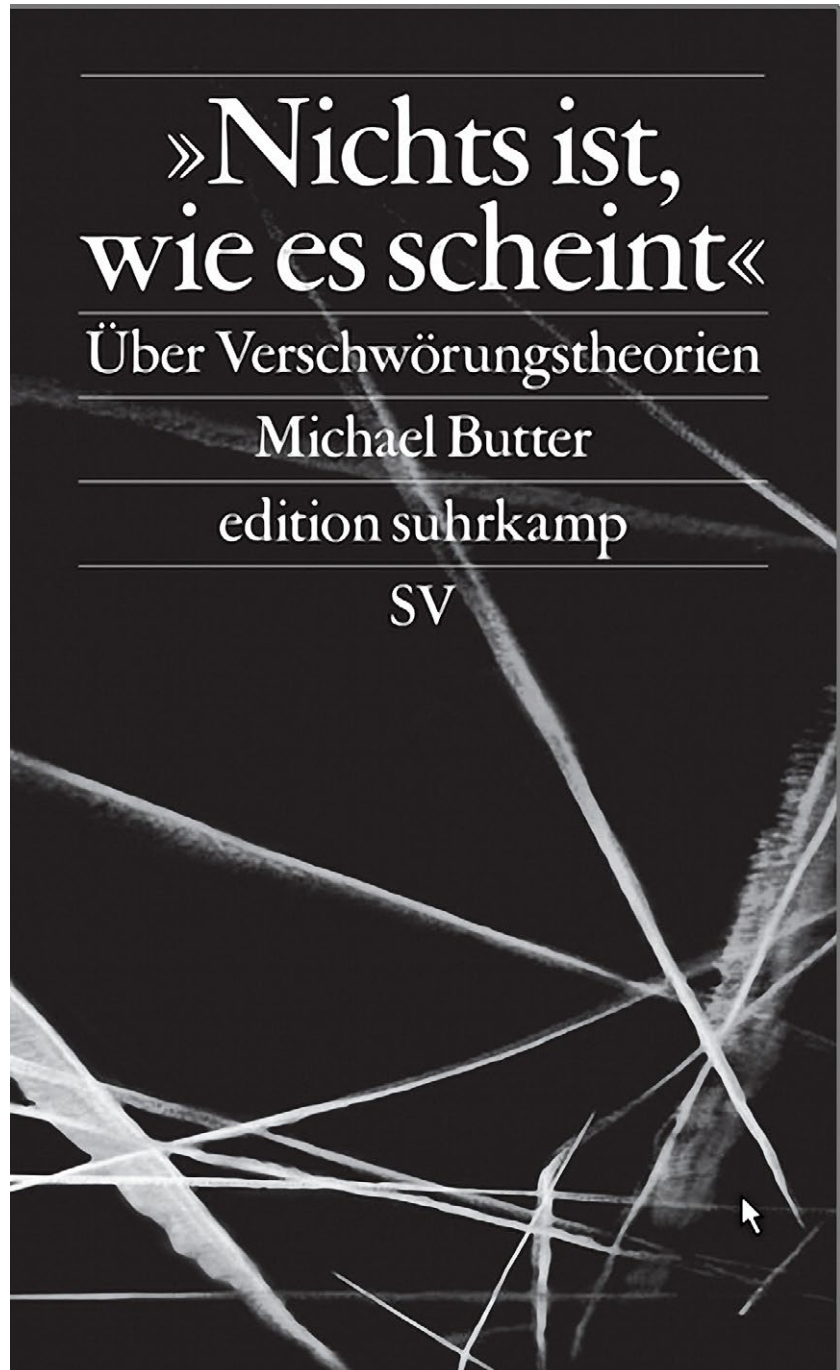
Butter, Michael: „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien. Edition Suhrkamp. Suhrkamp Verlag, 2018. ISBN: 3518073605; 18 €

In „Nichts ist wie es scheint. Über Verschwörungstheorien“ legt der Tübinger Professor für amerikanische Literatur- und Kulturgeschichte, Michael Butter, eine Definition des Begriffs Verschwörungstheorie vor. Mit Hilfe dieser Definition möchte er herausfinden, ob Verschwörungstheorien in den letzten Jahren populärer geworden sind und welche Gefahren von solchen Theorien ausgehen (vgl. Butter, 12). Neben einer Einleitung und einem Schlussteil ist das Buch in fünf Kapitel gegliedert.

Im *ersten Kapitel* erläutert Butter, was er unter Verschwörungstheorien versteht. Hierfür greift er auf eine Definition des Politikwissenschaftlers Michael Barkun zurück. Laut Barkun gehen Verschwörungstheorien davon aus, dass nichts durch Zufall geschieht. Zweitens postulieren sie, dass nichts so ist, wie es den Anschein hat, und behaupten schließlich, dass alles miteinander verbunden sei.

Diesen Ansatz ergänzt Butter durch eine These des Historikers Geoffrey Cubitt, nach dessen Auffassung Verschwörungstheorien rigide zwischen Gut und Böse unterscheiden (vgl. ebd., 22ff.). Verschwörungstheorien gehen somit davon aus, dass sich gesellschaftliche Entwicklungen langfristig planen lassen und, dass alle historischen Ereignisse die Folgen intentionaler Handlungen sind (vgl. ebd., 28). Deshalb basieren Verschwörungstheorien auf einem unrealistischen Geschichts- und Menschenbild (vgl. ebd., 39). Somit bestreitet Butter nicht, dass es Verschwörungen gibt, sondern widerspricht den Grundannahmen von Verschwörungstheorien.

Neben dieser Definition schlägt Butter eine Typologie vor, die es erlaubt, Ver-



schwörungstheorien anhand der postulierten Verschwörung voneinander zu unterscheiden. Hier geht Butter davon aus, dass sich die Elemente verschwörungstheoretischen Denkens nicht beliebig kombinieren lassen und nicht alle Kombinationen gleich häufig auftreten. Zunächst unterscheidet Butter hierfür zwischen Verschwörungen von oben und Verschwörungen von unten.

Theorien, die eine Verschwörung von oben behaupten, unterstellen, dass eine mächtige Gruppe ihre Macht durch konspirative Handlungen sichern oder ausbauen will. Dagegen behaupten Theorien die Verschwörungen von unten, dass die Verschwörer soziale Institutionen infiltrieren, um an die Macht zu kommen (vgl. ebd., 30).



Als nächstes differenziert Butter zwischen Theorien, die Verschwörungen entweder von außen und von innen beschreiben. Theorien, die Verschwörungen von außen behaupten, gehen davon aus, dass die Verschwörer\*innen nicht der Institution angehören, die sie unterwandern wollen. Verschwörungen von außen werden laut Butter meistens als Verschwörungen von unten beschrieben (vgl. ebd., 31). Im Gegensatz hierzu sind Verschwörer\*innen, die an einer Verschwörung von innen beteiligt sind, schon immer Angehörige der Institutionen gewesen, in denen sie agieren. Jedoch haben die Verschwörer\*innen irgendwann damit begonnen, innerhalb einer Institution eigene Ziele zu verfolgen (vgl. ebd., 31).

Ereignisverschwörungstheorien handeln von einem singulären, zumeist eindeutig abgrenzbaren Ereignis. Dagegen unterstellen Systemverschwörungstheorien den Verschwörer\*innen für gesellschaftliche Entwicklungen verantwortlich zu sein. Superverschwörungstheorien sind nach Butter ein Konglomerat aus mehreren System- oder Ereignisverschwörungstheorien. Ein Beispiel hierfür wäre die nationalsozialistische Theorie der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung, für die aus zwei Systemverschwörungstheorien eine Superverschwörungstheorie gebildet wurde (vgl. ebd., 34).

Daraus schließt Butter jedoch nicht, dass sich Verschwörungstheorien immer gegen die jeweilige Staatsdoktrin oder das legitime Wissen richten müssen. So waren Verschwörungstheorien während der McCarthy-Ära Teil des offiziellen Wissens. (vgl. ebd., 50). Da für Butter jedes Wissen ideologische Elemente besitzt, lehnt er es ab, zwischen Verschwörungstheorien und Verschwörungsideologien zu unterscheiden (vgl. ebd., 53). Butter bestreitet ebenfalls, dass Verschwörungstheorien nicht falsifizierbar wären. Im Gegenteil werden nach Butter Verschwörungstheorien ständig widerlegt, ohne dass dies ihre Anhänger\*innen beeindrucken würde (vgl. ebd., 54).

Im *zweiten Kapitel* beschreibt Butter, wie Verschwörungstheoretiker\*innen argumentieren und wie es ihnen gelingt, einen anderen Blick auf die Welt anzubieten. Da Verschwörungstheoretiker\*innen hinter allem eine zentrale Ursache vermuten, fragen sie meistens, wem ein Ereignis nützt (vgl. ebd., 60). Hierzu passend postulieren Verschwörungstheoretiker\*innen, dass nur ein großangelegter und langfristig verfolgter Plan ein funktionierendes Ganzes entstehen lassen kann. Um ihre Thesen zu stützen, führen Verschwörungstheoretiker\*innen häufig Indizien wie geheime Dokumente oder vermeintliche Überläufer an (vgl. ebd., 65).

Verschwörungstheorien unterstellen einer Gruppe von Verschwörer\*innen, sehr mächtig zu sein, Expert\*innen in ihre Pläne einbinden zu können oder das Potenzial zur Täuschung zu haben. Dadurch können auch Fakten, die eine Verschwörungstheorie widerlegen, als Finten angesehen werden, mit denen die Verschwörer\*innen ihre wahren Absichten verschleiern möchten (vgl. ebd., 79). Andererseits lehnen es Verschwörungstheoretiker\*innen ab, von ihnen vorgetragene Indizien als Zufälle gelten zu lassen.

Neben Verschwörungstheoretiker\*innen, die explizite Verschwörungstheorien formulieren, geben Verschwörungstheoretiker\*innen wie der Historiker Daniele Ganser vor, Fragen zu stellen oder auf angebliche Widersprüche in der offiziellen Version hinzuweisen. In diesen Fällen wird es den Leser\*innen oder Zuschauer\*innen überlassen, die vermeintlichen Widersprüche zu einer Verschwörungstheorie zusammenzufügen (vgl. ebd., 83).

Indem Verschwörungstheorien Verschwörer\*innen als amoralische Übermenschen darstellen, ermöglichen sie es den Verschwörungsgläubigen, sich und die eigene Gruppe moralisch aufzuwerten (vgl. ebd., 101).

Im *dritten Kapitel* beantwortet Butter die Frage, warum Menschen an Verschwörungstheorien glauben. Nach

Butter betonen Verschwörungstheorien menschliche Handlungsfähigkeit (vgl. ebd., 104). Zudem bieten Verschwörungstheorien an, eine wenn auch defizitäre Methode Wissen zu generieren sowie Sinn und Ordnung zu stiften. Dabei kommen Verschwörungstheorien der Funktionsweise des menschlichen Gehirns entgegen. So neigen Menschen dazu, Muster zu erkennen und Ereignisse als Folgen intentionalen Handelns zu begreifen (vgl. ebd., 106). Trotzdem sind Verschwörungstheorien nicht bei allen Menschen gleichermaßen populär. So beeinflussen der Bildungsgrad und das Gefühl machtlos zu sein die Affinität zu Verschwörungstheorien (vgl. ebd., 122).

Obwohl Verschwörungstheorien oft eine feindliche Fremdgruppe konstruieren, stabilisieren sie Gemeinschaften nicht zwangsläufig. Unter ungünstigen Umständen können sie dazu beitragen, dass Menschen einander misstrauen und sich nicht mehr als Teil eines Gemeinwesens sehen (vgl. ebd., 110).

Im *vierten Kapitel* erläutert Butter, unter welchen Voraussetzungen Verschwörungstheorien formuliert werden können und wie sich solche Theorien historisch entwickelten. *Erstens* lassen sich Verschwörungstheorien erst artikulieren, wenn Ideen von Zeitlichkeit und handlungsfähigen Subjekten institutionalisiert wurden. Um wirksam werden zu können, benötigen Verschwörungstheorien *zweitens* eine Öffentlichkeit, in der sie in Text- oder Bildform zirkulieren können. *Drittens* setzt dies mediale Bedingungen voraus, die es ermöglicht, solche Ideen zu vervielfältigen (vgl. ebd., 140). Dies legt nahe, dass es sich bei Verschwörungstheorien um Denkfiguren handelt, die nur in der Antike und während der Aufklärung entstehen konnten und sich durch die Kolonialisierung weltweit verbreiteten (vgl. ebd., 141). Jedoch widerspricht Butter Popper, der Verschwörungstheorien als Religionsersatz im Zeitalter der Säkularisierung beschreibt. So weist Butter darauf hin, dass Verschwörungstheorien und Religion miteinander kompatibel sind, da viele Verschwörungstheorien religiöse Inhalte aufgreifen. Zudem wurden Ver-

schwörungstheorien bereits in der Antike formuliert (vgl. ebd., 143).

Erst der Holocaust führte dazu, dass Verschwörungstheorien delegitimiert und stigmatisiert wurden (vgl. ebd., 151). Nach 1945 wurden Verschwörungstheorien mit zwei Argumenten verworfen. Ein psychologisches Argument klassifizierte Verschwörungstheoretiker als pathologisch, wogegen ein epistemologisches Argument die Widersprüche in Verschwörungstheorien benannte (vgl. ebd., 153). Da Verschwörungstheorien inzwischen nicht mehr kulturell anerkannt sind, deuten Verschwörungstheoretiker ihren Status als Außenseiter positiv um oder weisen den Vorwurf zurück, Verschwörungstheorien zu verbreiten (vgl. ebd., 158).

Im *fünften Kapitel* erläutert Butter, dass Verschwörungstheorien in letzter Zeit durch das Internet etwas populärer geworden sind. Allerdings sorgte das Internet nicht dafür, dass Verschwörungstheorien so populär wurden, wie häufig angenommen wird (vgl. ebd., 180). Auch wenn Verschwörungstheorien in letzter Zeit nicht den Status legitimen Wissens errungen haben, können sie dazu führen, dass die Öffentlichkeit fragmentiert wird, was die Grundlagen demokratischer Debatten untergräbt. So können Verschwörungstheorien die Öffentlichkeit in Teilöffentlichkeiten spalten, in denen Verschwörungstheorien jeweils akzeptiert oder abgelehnt werden (vgl. ebd., 181). Besonders deutlich wird dies in den USA, wo die Anhänger der Republikaner und Demokraten auseinanderdriften (vgl. ebd., 194).

Im Schlussteil diskutiert Butter, ob Verschwörungstheorien gefährlich sind und wie gegen sie vorgegangen werden kann. Herr Butter möchte nicht pauschal sagen, dass Verschwörungstheorien gefährlich sind. Leute, die an Verschwörungstheorien glauben, müssen nicht zwangsläufig gewalttätig sein, wogegen Terrorgruppen, die sich nicht auf Verschwörungstheorien beriefen wie die IRA, tödliche Anschläge verübten (vgl. ebd., 222). Zusätzlich hält Butter nicht alle Arten von Verschwörungstheorien

für gleichermaßen gefährlich. So hält er Verschwörungstheorien, die sich gegen Minderheiten richten, für gefährlicher als Theorien, die Eliten beschuldigen, hinter Verschwörungen zu stecken (vgl. ebd., 223). Da Menschen, die psychologische oder sozialwissenschaftliche Kenntnisse besitzen, seltener an Verschwörungstheorien glauben, schlägt Butter vor, entsprechendes Wissen in der Schule zu vermitteln (vgl. ebd., 229).

Butters Argumentation weist einige Widersprüche und Leerstellen auf. Dadurch kann sein Buch nicht durchgängig überzeugen. Butter legt allerdings plausibel dar, dass Verschwörungstheorien auf einem unrealistischen Gesellschafts- und Menschenbild basieren. Dadurch suggerieren sie ihren Anhängern Handlungsfähigkeit und wecken bei ihnen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Dies erklärt auch, warum Verschwörungstheorien in stark individualistischen und aufgeklärten Ländern wie den USA Anklang finden (vgl. ebd., 211). Seine Warnung, dass Verschwörungstheorien dazu beitragen können, die Öffentlichkeit zu fragmentieren, ist ebenfalls schlüssig.

Jedoch bleibt unklar, warum Verschwörungstheorien falsifizierbar sein sollen. Wie Butter anhand zahlreicher Beispiele zeigt, deuten Verschwörungstheorien Komplote als „Urwahrheit“ im Sinne Ecos (Eco 2020, 31). Demnach können auch Gegenbeweise, die die Verschwörungstheorie widerlegen, Teil der Verschwörung sein. Da in solchen Fällen nicht angegeben werden kann, welche Beobachtungen solchen Theorien widerlegen, sind solche Theorien nicht falsifizierbar und besitzen somit keinen Informationsgehalt (vgl. Diekmann 132ff.).

Von daher ist nicht schlüssig, warum es Butter ablehnt, zwischen Verschwörungstheorien und Verschwörungsideologien zu unterscheiden. Auch wenn jedes Wissen ideologische Bestandteile aufweist, bestehen Verschwörungstheorien zur Gänze aus Fantasiegehalten. Deswegen kann diese Weltsicht nur defizitäres Wissen generieren. Da Ver-

## Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin COMPACT die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet



Felix Schilk

EDITION  
DISS

Felix Schilk

Souveränität statt Komplexität

Wie das Querfront-Magazin »Compact« die politische Legitimationskrise der Gegenwart bearbeitet

ISBN 978-3-89771-768-8

Erscheinungsdatum: März 2017

Seiten: 192

Reihe: Edition DISS Band: 39

Ausstattung: softcover

Compact, Jürgen Elsässers »Magazin für Souveränität«, liefert dem Umfeld von AfD und Pegida Stichworte, Symbole und Ideologeme. Die monatlich erscheinende Zeitschrift verbindet das Bedürfnis nach Homogenität und rigiden Ordnungsvorstellungen mit einer verschwörungsideologischen Deutung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen und bietet Projektionsflächen für Sozialcharaktere, die sich durch einen selektiven und verhärteten Zugriff auf die Wirklichkeit auszeichnen.



Siegfried Jäger, Jens Zimmermann (Hg.)  
 Lexikon Kritische Diskursanalyse  
 Eine Werkzeugkiste  
 ISBN 978-3-89771-755-8  
 Oktober 2019, 144 Seiten  
 Reihe: Edition DISS Band: 26

Die Diskurswerkstatt im DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung) hat ein Begriffslexikon zur Kritischen Diskursanalyse erarbeitet. Dieses Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzten Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. In einer Einleitung wird das zentrale Netz von Diskurstheorie und Diskursanalyse entfaltet, in dem sich diese Begriffe verorten lassen.

Diskursanalyse (-theorie) im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Das Begriffslexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.

Neben einer solchen anwendungs-spezifischen wissenschaftlichen Ausrichtung ist das Lexikon auch dazu geeignet, Studierenden den Zugang zu dem Standardwerk Kritische Diskursanalyse (KDA). Eine Einführung (7. Aufl. 2015) zu erleichtern. Es kann komplementär zu dieser Einführung gelesen werden und so ein tieferes Verständnis der Theoriearchitektur und des methodischen Vorgehens ermöglichen.

schwörungstheorien nur dazu beitragen können, ein positives Selbstbild zu bewahren, erfüllen solche Ideologien die gleichen Funktionen, die Olivier Roy (2018) religiösen Fundamentalismen zuspricht. Nach Roy haben sich Fundamentalisten aus zumeist narzisstischen Motiven dafür entschieden, radikal zu sein (vgl. ebd., 104). Wenn sich Verschwörungstheoretiker aus ähnlichen Motiven vom wissenschaftlichen Weltbild abgewandt haben, ist fraglich, ob sozialwissenschaftliche Bildung dabei helfen kann, dies zu ändern.

Auch die Aussage, Verschwörungstheorien könnten sowohl Links als auch Rechts entstehen (vgl. Butter 2020, 176), kann nicht überzeugen. Davon abgesehen, dass Butter einen Satz später einräumt, dass Verschwörungstheorien ein gewisser Konservatismus inhärent wäre, verwischt er mit dieser Behauptung die Unterschiede zwischen rechtem und linkem Denken. Mit Sicherheit gibt es auch in linken Bewegungen Leute, die verschwörungstheoretisch argumentieren. Linke Sozialtheorien sprechen sozialen Verhältnissen jedoch eine Eigendynamik zu, die es schwierig macht, gesellschaftliche Entwicklungen als Folge eines langfristig angelegten Plans zu deuten. Zudem liegt nach linkem Politikverständnis die Ursache sozialer Konflikte in Widersprüchen, die einer Gesellschaftsordnung immanent sind. Dadurch können sich die Kontrahenten trotz gegensätzlicher Interessen weiterhin als Mitglieder eines Gemeinwesens begreifen. Dies verringert das Risiko, dass soziale Konflikte die politische Öffentlichkeit zerstören.

Butter fordert, Leuten, die an Verschwörungstheorien glauben, realitätsgerechtere Deutungsangebote zu unterbreiten. Jedoch lässt er offen, ob linke Gesellschaftstheorien Leuten, die sich in etablierten Narrativen übergangen fühlen, Alternativen zu Verschwörungstheorien bieten. Weiterhin bleibt dadurch unklar, ob die steigende Popularität von Verschwörungstheorien eine Folge der Internetnutzung ist, oder ob Verschwörungstheorien populärer wurden, weil linke Narrative nach dem Zusammen-

bruch des Ostblocks delegitimiert wurden.

Zwar verweist Butter auf empirische Studien. Jedoch erläutert er nur oberflächlich, von wem und in welchem Ausmaß an Verschwörungstheorien geglaubt wird. Deshalb gelingt es ihm nicht immer, seine Aussagen empirisch zu fundieren. Ein Beispiel hierfür ist seine Aussage, Verschwörungstheorien wären im Internetzeitalter populärer geworden, seien aber nicht mehr so populär wie früher (vgl. ebd., 180).

**Dirk Diluweit ist Sozialwissenschaftler, lebt in Darmstadt und forscht zu sozialer Ungleichheit, Ethnizität und Migration.**

#### LITERATUR:

- Butter, Michael 2020: Nichts ist wie es scheint. Über Verschwörungstheorien, Berlin.
- Diekmann, Andreas 2000: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendung, Hamburg.
- Eco, Umberto 2020: Der ewige Faschismus, München.
- Roy, Olivier 2018: Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod. Der Dschihad und die Wurzeln des Terrors, Bonn.



## Neuerscheinung in der Edition DISS: **Entfremdung – Identität – Utopie**

Herausgegeben von Marvin Chlada, Peter Höhmann, Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn, erschienen im Unrast Verlag, Münster 2020, 196 Seiten, ISBN 978-3-89771-774-9, 19,80 Euro.

Abdruck einer stark gekürzten Einleitung der Herausgeber:

*Der vorliegende Sammelband enthält Vorträge, die auf dem Kolloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) gehalten wurden, das vom 22. bis 24. November 2019 in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg unter dem Titel Entfremdung, Identität und Utopie stattfand. [...]*

*1. Die zu beobachtende Renaissance des Entfremdungsbegriffs (wie etwa auch die des Begriffs der Verdinglichung) reflektiert das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistischen Gesellschaften durchziehen und nach neuen Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird – theoriegeschichtlich – das Verhältnis zwischen dem „frühen“ Marx und dem Marx der „Kritik der politischen Ökonomie“, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Aktualisierend wird diskutiert, inwieweit der Entfremdungs- bzw. Fetischbegriff für die Analyse heutiger politischer, gesellschaftlicher und – nicht zuletzt – ökologischer Problemlagen fruchtbar gemacht werden kann. [...]*

*Ein anderer Bezugspunkt des neueren Entfremdungsdiskurses sind die individuellen Leiderfahrungen, die den Alltag vieler Menschen bestimmen, verursacht durch Armut, Arbeitslosigkeit, prekäre Lebensverhältnisse, unsichere Lebensplanungen, zunehmende Arbeitshetze und -verdichtung und durch den immer stärker werdenden Konkurrenzdruck. [...] Mit der neoliberalen Regulierung des Kapitalismus sind die erwähnten Leiderfahrungen vieler Menschen intensiver geworden. [...]*

*2. Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. ‚Identität‘ (bzw. ‚kollektive Identität‘) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen für eine Umgestaltung der herrschenden Lebens- und Denkweisen einsetzen. Die jeweiligen Gemeinschaftsvorstellungen, ihre Begründungen und Handlungsstrategien werden seit einigen Jahren breit und kontrovers erörtert.*

*In dieser Diskussion stellt sich für ‚die‘ Linke vor allem die Frage, wie Identitäts- und Klassenpolitik zueinander stehen und miteinander vermittelt werden können. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil sich Identitätspolitik in dem Zwiespalt bewegt, Forderungen durchsetzen zu wollen, die auf konkrete und als benachteiligt verstandene Lebenslagen bezogen sind, deren Umsetzung jedoch vielfach auf systemische Grenzen trifft. [...]*

*Der Bedeutungsgewinn der Rechtspopulisten wird in letzter Zeit oftmals linken Kräften und Organisationen selbst zugeschrieben. Hier richtet sich die Kritik auf die zu starke Fokussierung auf Antidiskriminierungsfragen speziell in der Genderpolitik und des Antirassismus. Mit der Vernachlässigung der sozialen Frage habe man, so die Kritik, den Kampf für die Interessen vieler Subalternen als den eigentlichen Kern linker Politik aufgegeben. Als Reaktion auf diesen Verlust der ‚Klassenpolitik‘ sei die Rechte erstarkt und habe so an Bedeutung gewonnen. [...]*

*Während also auf der Linken Identitätspolitik durchaus umstritten ist, operieren Rechtspopulisten und extrem rechte Kräfte explizit identitätspolitisch, indem sie das „Deutsch-Sein“ (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche ‚Wir‘ zum bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. [...]*

*Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen, Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des „Völkischen“. Das im Kern völkische und rassistische Denken der Rechtspopulisten enthält ein Versprechen, dass die geforderte Unterordnung unter das gemeinschaftliche Wir [...] vergolten wird durch die Stabilisierung und Stärkung ansonsten einzelner Individuen: Identitätsgewinn durch autoritäre Identifikation. [...]*

*3. Zukunftsorientierungen, utopische Elemente sind, wie deutlich geworden ist, aus dem Diskurs über Identität und Entfremdung nicht wegzudenken. [...]*

*Seit Karl Mannheim und Ernst Bloch wird Utopie nicht mehr primär als literarisches Genre („Staatsromane“, „soziale Utopien“), sondern als Denkform, als „utopisches Bewusstsein“ (Karl Mannheim) betrachtet, das es für kultur- und sozialwissenschaftliche Analysen fruchtbar zu machen gilt. Gefragt wurde danach, inwieweit sich Utopie von Ideologie unterscheiden lässt. Oder allgemein nach der sozialen Funktion von Utopien angesichts der seit Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmenden Bedeutung sozialer Bewegungen [...] und der Ausdifferenzierung klassischer utopischer Diskurse hin zu Teildiskursen, die keine gesamtgesellschaftlichen Entwürfe mehr, sondern diverse Aspekte des gesellschaftlichen Lebens in den Mittelpunkt stellen: Schul- und Bildungsutopien, Frauenutopien, ökologisch orientierte Utopien etc.*

*Damit stellt sich aktuell während der Corona-Krise auch die Frage, wie mit der Pandemie alte Denkformen und Lebensformen überwunden werden können hin zu konkreten Utopien der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion [...].*

**Mit Beiträgen von Marvin Chlada, Stefanie Graefe, Peter Höhmann, Wolfgang Kastrup, Helmut Kellershohn, Eleonora Roldán Mendivil, Marvin Müller, Baf-ta Sarbo, Jörg Senf, Lea Susemichel.**



**Anna Lisa Kleinsorg: „Vulva-Tapete“ Linolschnitt (2020)**

**Ellipsen mit Charakter: Eine haptische Wandtapete in blush bis mauve wird zum Tabubruch. In Pastellfarben steht sie für weibliche Vielfalt, für die Brisanz der Realität und fordert mehr Akzeptanz und Achtung für den weiblichen Körper.**